PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 50 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Montag, dem 5. Mai 1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

7. Mai 1975 Jg. 3 Nr. 18 50 Pfennig



In Bonn demonstrierten am 2. Mai 400 vietnamesische Studenten ihre Unterstützung für die Revolutionsregierung

Die Landtagswahlen in NRW und Saarland

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ging es für die bürgerlichen Parteien um mehr als nur um die Mehrheiten in den Landesparlamenten und Sitze in der Regierung.

Die CDU/CSU wollte der SPD/FDP-Regierung die entscheidende politische Niederlage zufügen, ihre Mehrheit im Bundesrat auf eine Dreiviertelmehrheit ausbauen , um so die gesamte Gesetzgebung der gegenwärtigen Bundesregierung lahmlegen zu können und so selber näher an den Schalthebel der Macht und die Pfründe zu kommen. Die SDP/FDP kämpfte gegen die Pläne, wollte die kämpfte gegen die Pläne, wollte die Bundesregierung stabilisieren und eventuell die Bundesratsmehrheit der CDU in eine der SPD/FDP umwandeln.

In Nordrhein-Westfalen wird die Koalition von SPD und FDP erneut die Landesregierung stellen. Die SPD hat zwar 1,3 % verloren und ist bei 44,8 %, dafür hat die FDP 1,5 % gewonnen und hat 7 %, die CDU hat gleichfalls 0,8 % dazugewonnen und liegt bei 47,1 % (nach vorläufigen Ergebnissen des Mannheimer Morgen vom 5.5.1975). Im Saarland hat die CDU 25 Sitze und die SPD (22) und die FDP (3) zusammen ebenfalls 25 Sitze, so daß keine Mehrheit im Parlament für die eine oder andere Partei vorhanden ist und ein "Patt" existiert.

Die Sonthofener Rede von Strauß – ein Geschenk für die SPD

Ministerpräsident Kühn von Nordrhein-Westfalen hat dieses Ergebnis unter anderen darauf zurückgeführt, daß mit der Strauß-Rede von Sonthofen der SPD ein "Geschenk des Himmels" gemacht worden sei. Er hat recht. Denn war die SPD zunächst hilflos und demoralisiert gewesen, weil die kapitalistische Krise Arbeitslosigkeit hervortrieb, Verschärfung der Arbeitshetze und Lohndrückerei, so ist die SPD durch die Strauß-Rede von Sonthofen erst wieder in die Lage versetzt worden, von diesen Auswirkungen der Krise abzulenken und positive Ziele zu vertreten. Die von Strauß verkündete Politik: rücksichtslose Auspressung der Arbeiterklasse, Beschneidung ihrer Rechte und Versuch, sie politisch zu knebeln, ist in der Arbeiterbewegung auf Empörung gestoßen und auf Haß gegen diesen Klassenfeind. Die SPD nutzte dies, um sich als Fürsprecher der Arbeiter aufzuspielen. Sie hat sich einerseits als "Verteidiger der Demokratie" hinstellen können und zugleich die bürgerliche Demokratie und ihren Klassencharakter vertuschen können.

In der CDU herrscht großer Ärger über Strauß. Zweifellos hat der CDU diese Rede geschadet. Und zweifellos lebt die bürgerliche Demokratie, die eine Herrschaftsform der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse ist, davon, daß die bürgerlichen Parteien das Geschäft der Kapitalistenklasse betreiben und mit welchen Worten auch immer die Arbeiterklasse und das Volk an die bürgerliche Gesellschaft binden. Das dürfen sie aber nicht so offen sagen, wie es Strauß rausgelassen hat. Das schadet ihnen.

Weiter hat die CDU ganz darauf gesetzt, die Unsicherheit der Existenz der Lohnabhängigen, wie sie in der gegenwärtigen Krise deutlich geworden ist, auf ihre Mühlen zu lenken. Natürlich hat sie keinen Weg gewußt, wie diese Unsicherheit zu beseitigen ist. Denn sie verteidigt grad die kapitalistische Gesellschaft, die gesetzmäßig diese Unsicherheit hervortreiben muß. Sie hat diese Unsicherheit lediglich ausnutzen wollen, um mehr Sitze und Pfründe zu erlangen. Als sich abzeichnete, daß sich die gegenwärtige Krise nicht weiter verschärft, war es auch mit dieser Politik gegenüber der Arbeiterklasse aus.

Der Widerspruch zwischen den Klassen kann im Streit zwischen CDU und SPD nicht gelöst werden

So kommt in diesem Wahlergebnis mit einer außerordentlich hohen Wahlbeteiligung zum Ausdruck: Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft treibt alle Klassen, Gruppen und Schichten der Gesellschaft zur politi- Schichten der Gesellschaft zur poli- schen Äußerung und zieht sie in die Politik hinein, wie umgekehrt die bürgerlichen Parteien im Kampf um Mehrheiten und Vorteile an alle appellieren müssen. Wächst die Polarisierung der Klassen, so drückt sie sich zugleich noch verzerrt im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus aus, wo der Klassenwiderspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse durch die bürgerlichen Parteien noch verwischt werden kann und vor allem die SPD ihn vertuschen kann durch den Widerspruch zwischen "rechts" und "gegen rechts".

In dieser Lage muß die DKP auch notwendigerweise verlieren. Im Saarland ist sie von 2,7 % auf 1 %, in Nordrhein-Westfalen von 0,9 % auf 0,5 % gesunken. Das kann man gut verstehen. Denn eine Partei, die sich in ihrer Politik von der SPD als bürgerlicher Arbeiterpartei nicht unterscheidet, gleichzeitig im parlamentarischen System aber keine Bedeutung hat, kann auch keinen Erfolg haben. Zumal jeder, der diese Politik überprüft, weiß, daß man bei einer Unterstützung der DKP nicht nur die Politik der eigenen Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung unterstützt, sondern gleich dazu die der neuen Bourgeoisie in der DDR. Diese ist mit ihrer Filiale in der BRD auch äußerst unzufrieden. In der 'Welt' wird berichtet, daß das Zentrale Komitee der SED heftig die bisherige Erfolgsbilanz der DKP kritisiert habe, vor allem ihr schlechtes Abschneiden bei den Wahlen.

Die Weichen für Korruption sind gestellt

Im Saarland wird es jetzt spannend. Beide Lager, die CDU auf der einen Seite und die SPD/FDP auf der anderen Seite, sind im Parlament gleich stark vertreten. Neuwahlen wollen alle drei Parteien nicht, weil man dies "nicht den Wählern erneut zumuten könne". Alle drei bürgerlichen Parteien wissen natürlich, daß nochmals ein solcher Wahlkampf bloß den Überdruß wecken kann. Und alle drei befürchten, daß sie bei erneuten Wahlen zu den Verlierern gehören könnten. Da ziehen sie den jetzigen Zustand vor. So beginnt jetzt die Kungelei, die Bestechung und der Versuch der Korruption. Der 'Mannheimer Morgen' hat bereits berichtet: "Es könnte immerhin sein, daß einer der beiden Gruppen im Landtag es gelänge, einen Abgeordneten aus dem anderen Lager ins eigene zu ziehen."

Diese Wahlen, mit denen bis auf Bremen im Herbst jetzt eine ganze Serie von Landtagswahlen abgeschlossen worden ist, sind von den bürgerlichen Parteien mit großem Aufwand geführt worden. Grad weil ihre politische Grundlage gleich ist: Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Pro-

Fortsetzung Seite 3

Vietnam : ein Sieg für die sozialistische Weltrevolution

Das vietnamesische Volk hat den endgültigen Sieg über den USA-Imperialismus errungen. Ein kleines und armes Volk, das in seiner Mehrzahl aus Bauern besteht und den Mut hatte, sich zum Kampf zu erheben, hat die Aggression einer gewaltigen imperialistischen Supermacht zurückgeschlagen. Das ist ein Ereignis, zu dem sich in der Geschichte der Menschheit wenig Vergleichbares findet.

Ho Chi Minh, der verstorbene Führer der vietnamesischen Revolution und Präsident der Demokratischen Republik Vietnam, hat am 10.5.1969 in seinem Testament geschrieben: **"Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrungen wird unser Volk gewiß den Sieg davontragen. Die amerikanischen Imperialisten müssen sich mit Gewißheit aus dem Staube machen. Unsere Landsleute in Nord und Süd werden gewiß wieder unter einem Dach vereint sein. Unser Land wird die vorzügliche Ehre haben, im heroischen Kampf zwei große imperialistische Mächte, die französische und die amerikanische, besiegt und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet zu haben.** Das Testament Ho Chi Minhs ist heute erfüllt.

Ein bedeutender Schritt in der Weltrevolution

Der Sieg des vietnamesischen Volkes ist nicht nur ein Festtag in der Geschichte Vietnams. Er ist gleichzeitig ein bedeutender Schritt in der sozialistischen Weltrevolution des Proletariats, mit der sich der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus eng verbunden hat. Mit der Befreiung Südvietnams haben die Ausgebeuteten und Unterdrückten in der ganzen Welt über die herrschenden Klassen einen Sieg errungen. Die Befreiungskämpfer haben das zum Ausdruck gebracht, als sie am 1.Mai – nur einen Tag nach der Kapitulation des Marionettenregimes – im befreiten Saigon mit einer Parade und in großen Massendemonstrationen den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse feierten.

Das vietnamesische Volk hat erneut unter Beweis gestellt: Die gegenwärtige Epoche des Imperialismus ist vor allem die Epoche der sozialistischen Revolution des Proletariats. Revolution ist die unumkehrbare Haupttendenz in der Welt. Und während die Völker in aller Welt ihre Freude über den Sieg in Vietnam bekunden, sind die Ausbeuterklassen überall betroffen. *"Dies ist eine Wende der Zeiten"* schreiben die Journalisten in Westdeutschland (Stuttgarter Zeitung vom 2.5.75).

Der USA-Imperialismus hat die Initiative verloren

Eine schwere Niederlage hat der USA-Imperialismus erlitten, der noch vor wenigen Jahren unbesiegbar und übermächtig erschien. Heute fühlen sich die Kommentatoren der bürgerlichen Klasse *"erinnert an das Mao-Wort, Amerika sei nur ein Papiertiger"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.5.75). Die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus haben sich vollkommen bestätigt: Strategisch und auf lange Sicht können die Völker den Imperialismus geringschätzen, ist er ein Papiertiger, der unter ihrem Ansturm zusammenbrechen wird. Taktisch aber müssen sie ihn ernst nehmen, ist er ein wirklicher Tiger, der seine Krallen durch die schwere Niederlage keineswegs verloren hat.

Die imperialistische Bourgeoisie tröstet sich denn auch damit, daß *"Saigon nur eine verlorene Schlacht ist"*. Und wegen einer verlorenen Schlacht wird sie ihren Krieg gegen die Völker der Welt und gegen die ausgebeuteten Klassen nicht einstellen. *"Eine Macht wie die Vereinigten Staaten wird ihre Folgerungen aus der bitteren Lektion ziehen."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.4.75)

Die Folgerungen, welche die USA-Imperialisten aus ihrer Niederlage ziehen, sind ähnlich wie die Folgerungen, die ihre Truppen vor einigen Jah-

Fortsetzung Seite 2



Ho Chi Minh

1.Mai 1975 Berichte und Fotos auf den Seiten 3,12 u.16

Vietnam....

Fortsetzung von Seite 1

ren in Vietnam ziehen mußten. Die amerikanischen Aggressionstruppen traten an mit der Taktik "Suchen und Zerstören" und versuchten durch Überfälle in die befreiten Gebiete die Initiative im Krieg zu gewinnen. Im Meer der ihnen feindlichen Volksmassen aber blieben sie hängen und verloren die Initiative. Sie mußten übergehen zu der Taktik "Verteidigen und Halten", während die Volksbefreiungsstreitkräfte in die Initiative kamen.

Dasselbe findet jetzt im Weltmaßstab statt. Der USA-Imperialismus hat gegenüber den Völkern der Welt strategisch die Initiative verloren. In Thailand und auf den Philippinen müssen die US-Imperialisten vorgeschobene Stützpunkte aufgeben. In Portugal und Griechenland geraten sie unter Druck. Stärker als vorher werden sie sich auf Europa und Japan konzentrieren, um dort ihre Positionen zu festigen. Kissinger und Ford haben angekündigt: *"die neue Rolle der Vereinigten Staaten einer Beurteilung zu unterziehen"* und die *"neu entstandene Lage ... mit den Verbündeten zu prüfen"* (Stuttgarter Zeitung vom 2.5.75). Angesichts der immer stärker werdenden historischen Strömung, daß Staaten die Unabhängigkeit wollen, Nationen die Befreiung und Völker die Revolution, lautet die Schlußfolgerung der Imperialisten: *"Die USA muß strategische Schwerpunkte bilden, das ist die Lehre aus Vietnam."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.5.75)

Eine Niederlage auch für den Sozialimperialismus

Über die offenkundige Niederlage des USA-Imperialismus herrscht bei der zweiten, rivalisierenden Supermacht kein Jubel. Im Gegenteil. Die Presse berichtet: *"Moskau hält sich deutlich zurück."* Und über die Veranstaltungen am 1.Mai, die in der ganzen Welt geprägt waren von der Freude über den Sieg des vietnamesischen Volkes, wird aus Moskau berichtet: *"Die Grußbotschaft des Zentralkomitees an das sowjetische Volk, die vor Beginn der großen Maiparade auf dem Roten Platz verlesen wurde und die ersten Seiten der Zeitung beherrschte, erwähnte Vietnam nicht. Als Ehrengast auf der Tribüne interviewte das sowjetische Fernsehen während des Vorbeimarsches wohl den amerikanischen Astronauten Stafford ... nicht aber die Vertreter Hanois oder der siegreichen Provisorischen Revolutionsregierung."* (Süddeutsche Zeitung vom 2.5.75)

Die Freude über die Niederlage des Rivalen blieb aus bei den Sozialimperialisten, weil es die Revolution ist, die gesiegt hat. Und diese Renegaten am Sozialismus hassen die Revolution wie die Sünde, weil sie ihr Streben nach Weltherrschaft durchkreuzt. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS schrieb zum Sieg des vietnamesischen Volkes: *"Der Gefahrenherd für die internationale Entspannung und militärische Konflikte ist beseitigt worden."* (UZ vom 3.5.75). Sie gibt damit zu verstehen, daß der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes der Sowjetunion bis zuletzt lästig war. Noch lästiger werden ihr die befreiten Völker sein, die in der Revolution fortschreiten.

Eine große Zahl von Revolutionären aus der jüngeren Generation in Westdeutschland ist über die Erfahrung des Befreiungskampfes in Vietnam zum bewußten politischen Leben erwacht. Diese internationale Bedeutung der vietnamesischen Revolution ist mit dem Sieg über den USA-Imperialismus nicht vorüber. Ho Chi Minh hat in seinem Testament auch für die jetzt bevorstehenden Aufgaben die Richtung gezeigt: **"Mein letzter Wunsch ist, daß unsere Partei, unser ganzes Volk, eng zusammengeschlossen im Kampf, ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches, blühendes Vietnam erbaut und damit einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution leistet."**

–W.M.–

PRAWDA verbirgt Sieg in Vietnam

Die Meldung von der Befreiung Saigons hat in der "Prawda", dem Zentralorgan der KPdSU, am 1. Mai 1975 keinen Platz auf der ersten Seite gefunden. Das Blatt, an dem einstmals Lenin mitgearbeitet hat, berichtete über diesen bedeutenden Sieg in der Weltrevolution auf der 5. Seite, ohne jeden redaktionellen Kommentar.

1.Mai in Peking

China feierte am 1. Mai den großen historischen Sieg des vietnamesischen Volkes. Nur wenige Stunden nach der Befreiung der südvietnamesischen Hauptstadt wurden in den Städten Chinas Transparente mit Losungen aufgehängt, die den Genossen in Vietnam zum Sieg gratulierten. Rundfunk und Lautsprecher verbreiteten Glückwunschtelegramme des Vorsitzenden Mao Tsetung und des Ministerpräsidenten Tschou En-lai an die Revolutionäre Regierung Südvietnams. Hunderttausende von Chinesen bereiteten auf den Maifeiern den diplomatischen Vertretern der Demokratischen Republik Vietnam und der südvietnamesischen Befreiungsfront stürmische Ovationen. In Peking sangen und tanzten die Diplomaten der DRV und der Revolutionsregierung auf den Straßen vor dem Botschaftsgebäude. Die chinesischen Wachposten stellten ihre Gewehre ab und applaudierten (Nach: Süddeutsche Zeitung vom 2. Mai).



Khieu Samphan, Stellvertretender Ministerpräsident der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK), und Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha.

Siegfried Hausner nach dem Transport aus Stockholm gestorben

Siegfried Hausner, einer der fünf an der Besetzung der deutschen Botschaft Beteiligten, ist am Sonntag in der Intensivstation der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim an seinen Verletzungen gestorben. Hausner, der allein fünf Schädelbasisbrüche hatte, war gegen den Willen der schwedischen Ärzte, die ihn für nicht transportfähig erklärten, in die Bundesrepublik geflogen worden. Die dennoch angeordnete Überführung stellte unter diesen Umständen ein Todesurteil dar. Bestanden hat darauf die Bundesregierung.

Zwangsevakuiert auf Guam

Eine Gruppe früherer Soldaten des südvietnamesischen Marionettenregimes, die sich in einem Flüchtlingslager auf Guam aufhält, will nach Vietnam zurückkehren. Von den amerikanischen Militärbehörden wurde das Ersuchen abgelehnt. Die Gruppe hat sich daraufhin an das Rote Kreuz gewandt (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.5.1975).

Unfreiwillige amerikanische Waffenhilfe

Waffen im Wert von mehr als 5 Milliarden DM sind den südvietnamesichen Volksbefreiungsstreitkräften in die Hände gefallen. Darunter befinden sich modernste amerikanische Flugzeuge, Panzer, Kanonen und Marineeinheiten, die zum Teil noch frisch verpackt und fabrikneu ihnen in die Hände gefallen sind. Der 'Spiegel' schätzt: "Der Gesamtwert der Kriegsbeute, die Vietnams siegreiche Kommunisten einsammeln können, dürfte etwa dem entsprechen, was ihnen die Sowjetunion während des ganzen Krieges an Waffenhilfe gewährte." Die USA hatten über zwanzig Jahre hinweg das Saigoner Marionettenregime "mit offiziell insgesamt 352 Milliarden Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe ... gestützt" (Spiegel vom 5.5.1975). Auf diese unfreiwillige Weise stärken jetzt die USA die Unabhängigkeit Vietnams und seine Fähigkeit, alle imperialistische Aggression zurückzuschlagen.

Fähigkeit, alle imperialistische Aggression zurückzuschlagen.

Interview mit Prinz Sihanouk „Wir haben gesiegt, weil Volk und Nation fest vereint waren"

Peking. Kürzlich gab Prinz Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha und Vorsitzender der Nationalen Einheitsfront Kambodschas, in seiner Pekinger Residenz einen Empfang. Der Korrespondent der KVZ erhielt eine persönliche Einladung von Sihanouk und konnte an einem Gespräch mit ihm teilnehmen. Sihanouk sprach hierbei auch über einige wichtige Fragen ("Ich sage das alles, damit Sie darüber schreiben!") zur Außenpolitik seines Landes.

"Die Befreiung Kambodschas", sagte Sihanouk, "ist ein bedeutender historischer Sieg des kambodschanischen Volkes. Wir haben gesiegt, weil das Volk und die Nation fest vereint waren im Kampf gegen die USA-Imperialisten und ihre Lakaien." "Als die amerikanischen Imperialisten nach fünf Jahren Krieg das Land verlassen mußten, da dauerte es nur noch vier Tage, bis die Lon-Nol-Verräter besiegt waren. Das beweist, daß diese Clique absolut keinen Rückhalt und keine Basis im Volk hatte und daß sie sich nur so lange halten konnte, weil die USA sie stützte."

Sihanouk führte weiter aus, daß das Beispiel seines Landes die Richtigkeit von Mao Tsetungs Feststellung vom 20.Mai 1970 kurz nach dem CIA-Putsch in Phnom Penh bestätigt hat. Mao Tsetung hatte nämlich gesagt: **"Wer eine gerechte Sache vertritt, der kann breite Unterstützung finden; wer eine ungerechte Sache vertritt, der kann nur geringe Unterstützung finden. Ein schwaches Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es den Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke in die eigene Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte."**

Sihanouk: "Korea, China und Indochina, wir bilden eine große Einheit. Diese Einheit ist fest und kann nicht zerschlagen werden." In Südkorea wird letztenendes auch das Volk die USA hinauswerfen und die Marionetten stürzen. Die thailändische Regierung ist schwankend gegenüber den Vereinigten Staaten nach Meinung Sihanouks, sie wird sich jedoch wahrscheinlich Kambodscha anzunähern versuchen und schließlich neutral werden. Aber auch in Thailand drängt das Volk nach Revolution, **"denn die Lage dort ist unstabil und unhaltbar, und es gibt dort Befreiungskämpfer".**

"Die USA müssen sich von hier überall zurückziehen. Sie wollen sich nun auf Indonesien, die Philippinen, Japan, Malaisia, Singapur und Thailand stützen. Wir müssen sehr wachsam, äußerst wachsam sein." Und weiter sagte Sihanouk: **"Alle diese Länder, eben die fünf ASEAN-Länder** (ASEAN = Vereinigung südostasiatischer Länder) **und Japan, stürzen sich nun auf uns und wollen diplomatische Beziehungen aufnehmen. Die ASEAN gibt vor, die kulturelle und ökonomische Zusammenarbeit anzustreben. In Wirklichkeit hat sie aber die gleichen Aufgaben wie die SEATO** (SEATO = Südostasienpakt). **Die USA wollen, daß diese Länder jetzt mit uns Beziehungen aufnehmen, weil die USA-Imperialisten wissen, daß sie in Phnom Penh keine Botschaft etablieren können. Das ist die neue subversive Linie der USA."**

Kambodscha ist in den letzten Wochen von einer Reihe weiterer Länder diplomatisch anerkannt worden. Aber Sihanouk sagt, daß die FUNK (Nationale Einheitsfront Kambodschas) und die GRUNK (Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas) sehr vorsichtig sind, wenn derartige Angebote gemacht werden: **"Diejenigen, die ein zu breites Lächeln haben und auf einmal schnell und unbedingt Beziehungen aufnehmen wollen, vor denen werden wir ganz besonders aufpassen. Ich beeile mich da nicht, denen eine Antwort zu geben; und ohne daß wir uns abgesprochen haben, hält die FUNK das genauso. Wir werden diese Angebote nicht ablehnen. Wir werden sie lesen und in den Büroschrank legen und auf Eis tun. Wir werden sie einfach ignorieren. Und die Botschaften, die wir in Phnom Penh zulassen, werden wir ganz genau im Auge behalten und bewachen. Was die Vertretungen der ASEAN-Staaten betrifft, so wäre es viel zu früh, sie bei uns hereinzulassen."** Auch die Vertretungen europäischer Staaten wie z. B. Frankreich werden genau beobachtet werden.

Sihanouk sagte weiter, daß es nur bestimmte Staaten sind, die jetzt drängen. Andere, wie **"China, die Demokratische Republik Vietnam, die Demokratische Volksrepublik Korea, die afrikanischen Länder usw. drängen nicht".**

Er betonte, daß Kambodscha die afrikanischen Völker in ihrem Kampf gegen rassistische Regimes unterstützen und Südafrika und Rhodesien nicht anerkennen wird. Sein Land wird das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker und alle fortschrittlichen Länder in ihrem Kampf gegen den Imperialismus unterstützen.

Sihanouk berichtete, daß fünf Tage nach der Eroberung Phnom Penhs zwei Franzosen bei ihm waren, die ihn aufforderten, "endlich" Kambodscha für den Handel mit dem Ausland zu öffnen. Die beiden meinten, es sei unerhört, daß noch nicht wieder eine internationale Fluglinie nach Phnom Penh eingerichtet worden sei. Sihanouk: **"Wir wollen keine ausländischen Investitionen in unserem Land haben. Infiltration und Subversion geschieht heute nicht nur durch Botschaften."**

Die nächsten Jahre, sagte er, werden für Kambodscha sehr hart sein. Er selber werde sich nicht in die Innenpolitik einmischen. Die Innenpolitik sei die Aufgabe der FUNK und von Khieu Samphan. Er werde sich um die Außenpolitik kümmern und "viel reisen", beispielsweise zur UNO nach New York, um die USA zu "verdrießen".

Die im Westen in der letzten Zeit aufgetauchten Behauptungen, zwischen der FUNK und "Sihanoukisten" gebe es scharfe Widersprüche, bezeichnete er als Unsinn. Wenn es derartige Gegensätze geben würde, sagte er, dann hätte der amerikanische Imperialismus nicht geschlagen werden können und hätte nicht am 12.April aus Phnom Penh fliehen müssen. **"Ich werde alle mir von den Roten Khmer vorgelegten Gesetze mit geschlossenen Augen unterschreiben"**, denn die Roten Khmer haben gezeigt, daß sie das Volk vertreten.

Die FUNK wird sich nun – wo Frieden im Land herrscht – weiter entwickeln. **"Sie wird das Land aufbauen ... Wir werden alles verstaatlichen. Es wird keine private und keine 'gemischte' Wirtschaft geben. Alles wird schließlich dem Staat gehören."** Beim Aufbau des Landes wird das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft gelten.

Die FUNK wird die einzige politische Partei sein. **"Niemand ist demokratischer als die FUNK, und außer den Roten Khmer gibt es keine Demokraten in Kambodscha."** Es darf nicht einfach jeder Mitglied bei der FUNK werden, der will. Jeder muß eine längere Zeit und nach den Taten genau geprüft werden. Das Prinzip bei der Aufnahme wird "wie in China" sein, sagte Sihanouk. Und weiter: **"Verräter müssen bestraft werden. Mit Leuten, die heute noch auf der Seite der USA stehen und den amerikanischen Lebensstil bewundern, haben wir nichts zu tun."**

Uwe Kräuter, Peking

GRUSSTELEGRAMM

An die Provisorische
Revolutionäre Regierung
der Republik Südvietnam

An die Botschaften der PRR
in Paris und Berlin (DDR)

Liebe Freunde!

Mit großer Freude und Begeisterung haben wir die Nachricht von der endgültigen Befreiung Südvietnams aufgenommen und senden unsere herzlichsten Glückwünsche zu diesem Sieg von welthistorischer Bedeutung.

Der langandauernde, heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes ist das leuchtende Beispiel für den Kampf der unterdrückten Völker, entscheidender Beitrag und größte Ermutigung für den revolutionären Kampf der internationalen Arbeiterklasse.

Dieser Sieg hat die Lage auf der Welt verändert, hat dem Imperialismus eine entscheidende Niederlage beigebracht und die Kräfte der Revolution auf der ganzen Welt gestärkt. Er hat den Imperialisten ihr unausweichliches Schicksal vor Augen geführt.

Wir sind gewiß, daß das vietnamesische Volk weiter große Siege auf dem Weg der Wiedervereinigung des Landes und beim Aufbau des Sozialismus erringen wird.

Kommunistischer Bund
Westdeutschland
Zentrales Komitee

Mannheim, den 30. April 1975

Erklärung der Jusos Nienburg über ihren Austritt aus der SPD

Am 27.3.1975 beschlossen die aktiven Jungsozialisten Nienburgs mit großer Mehrheit, aus der SPD auszutreten.

Der größte Teil von uns ist Anfang der 70er Jahre eingetreten. Die SPD, insbesondere Willy Brandt, versprachen der Bevölkerung durch Reformen eine neue Lebensqualität. Dieses wurde von den SPD-Führern mit dem Begriff "demokratischer Sozialismus" umschrieben. Wir verstanden uns damals schon als bewußte Sozialisten und hofften, die SPD könne durch die angestrebten Reformen den Sozialismus in Ansätzen herbeiführen. Doch die Hoffnungen wurden enttäuscht, denn sie waren unbegründet, wie wir heute meinen.

Die Bundesrepublik ist eine Klassengesellschaft. In ihr stehen sich unversöhnlich die Arbeiterklasse auf der einen und die Kapitalistenklasse auf der anderen Seite gegenüber. Die Kapitalistenklasse besitzt alle Produktionsmittel und konzentriert sie in wenigen Händen. Die arbeitende Klasse ist von den Produktionsmitteln (Fabriken usw.) getrennt und ist gezwungen, ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten zu verkaufen.

Der Staatsapparat steht nicht über diesen Klassengegensätzen, sondern ist ein Werkzeug der Kapitalistenklasse. Jegliche Reformen, die der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung dienen, mußten und werden in Zukunft scheitern, da der Staat einzig und allein die Interessen der Kapitalisten vertritt. Über diese Funktion des heutigen Staates kann sich auch eine SPD-Regierung nicht hinwegsetzen.

Was wurde der Bevölkerung von der SPD-Regierung versprochen?

- Die Reform der beruflichen Bildung
- Die Reform des § 218
- Die Hochschulreform
- Die Schulreform
- Die Steuerreform
- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Die Mitbestimmung
- Die Justizreform

Das Ergebnis ist für die Bevölkerung äußerst traurig. Einfache Modernisierungsmaßnahmen der SPD/FDP-Regierung werden von ihr als Reformen verkauft, obwohl sie den Namen überhaupt nicht verdienen. Stattdessen werden die demokratischen Rechte der Bevölkerung von der SPD-Regierung eingeschränkt. Dies zeigt sich deutlich in dem neuen Verteidigerausschlußgesetz, in der Handhabung der Berufsverbote und in den Großrazzien der Polizei gegen die Bevölkerung.

Der Hauptpunkt jedoch, warum wir austraten, betrifft die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse. Die inhumane kapitalistische Wirtschaftsweise bringt Zeiten der Krise und der Hochkonjunktur mit sich. In beiden Perioden trifft es die Arbeiterklasse. Denn in der Krise verliert der Arbeiter seine Arbeitsplatz oder muß sich mit Kurzarbeit begnügen. In der Hochkonjunktur wird seine erhöhte Arbeitsleistung mit Geldentwertung bestraft. Heute befinden wir uns mal wieder in der Krise. Eine Million Arbeitslose, hunderttausende Kurzarbeiter auf der einen, Rationalisierungsmaßnahmen und Profitsteigerung der Konzerne auf der anderen Seite kennzeichnen die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik. Schuld an dieser Situation ist die Kapitalistenklasse, denn ihre Entscheidungen werden vom Profit diktiert und orientieren sich nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. Ziel der Arbeiterklasse und des Volkes muß es daher sein, diese Wirtschaftslage zu beseitigen und den Sozialismus herzustellen.

Und wie verhält sich die SPD? Sie predigt Lohnverzicht, beschönigt die Arbeitslosigkeit, indem sie auf das Ausland verweist, bindet die Gewerkschaften auf Regierungskurs und schmeißt schließlich den bankrotten Kapitalisten 600 Millionen DM Steuergelder in den Rachen, damit diese weiter rationalisieren und die Arbeitshetze steigern können.

Das Verhalten der SPD sowie der Regierung zeigt deutlich, welche Interessen die SPD unterstützt, nämlich die der herrschenden Kapitalistenklasse. Damit stellt sie sich gegen die Arbeiterklasse, gegen das Volk. Darüber können auch einige linke Hanswürstchen (Jusos usw.) nicht hinwegtäuschen. Enttäuscht wandern die Wähler ab, denn sie können den Worten der SPD-Funktionäre nicht mehr trauen, die ihnen einst versprachen, "Unter einer SPD-Regierung wird es keine Arbeitslosigkeit geben!".

Aber sie gehen leider bis heute noch geschickteren Betrügern auf den Leim, denn die CDU schildert zwar offen die miserable wirtschaftliche Lage der Bevölkerung, führt diese logischerweise aber nicht auf das kapitalistische Wirtschaftssystem zurück, sondern macht die SPD-Regierung dafür verantwortlich.

Nur der Sozialismus kann uns aus dem Teufelskreis von Krise und Geldentwertung, Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze, Reichtum und Armut befreien. Die SPD will den Sozialismus nicht mehr, sondern hat sich offen auf die Seite der herrschenden Klasse gestellt. Darum fordern wir alle ehrlichen, konsequenten Sozialisten auf, die SPD zu verlassen und sich damit frei zu machen, um der Bevölkerung eine sozialistische Alternative zu zeigen. Diese Alternative besteht darin, eine neue starke Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Da in der Bundesrepublik die KPD durch die Bourgeoisie verboten und zerschlagen wurde, ist es unsere vordringliche Aufgabe, mit dem Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zu beginnen.

Landtagswahlen ...

Fortsetzung von Seite 1

duktionsmitteln, Verteidigung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie, mußten sie zugleich viel Späne machen.

Grad weil der Inhalt ihrer Politik ein gemeinsamer ist und diese Politik gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet ist, die sie zugleich für sich gewinnen müssen, müssen sie diese Frage aus dem Wahlkampf heraushalten und er wird dadurch ungeheuer leer. Deshalb sind auch die bürgerlichen Kommentatoren besorgt. In seinem Kommentar zur Wahl hat ZDF-Woller erklärt, daß soviele Landtagswahlen auf einen Schlag mit soviel Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien allmählich der "Demokratie" schaden könne. Er befürchtet Auswirkungen auf das "Staatsvolk", da es doch überdrüssig werden könne.

Was der gute Mann befürchtet, ist nichts anderes, als daß die Massen sich nicht auf Dauer und nicht mit nochsoviel Aufwand an die bürgerliche Gesellschaft und ihre politischen Parteien binden lassen, sondern sich von dieser abwenden. —HJH—

Vietnamesische Studenten in Bonn

Am 2. Mai, zwei Tage nach der vollständigen Befreiung ganz Südvietnams, versammelten sich in Bonn-Bad Godesberg vor der bisherigen Botschaft des Thieu-Regimes rund 400 vietnamesische Studenten aus der ganzen BRD und Westberlin. Sie demonstrierten ihre volle Unterstützung für die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) und für das neue Zehn-Punkte-Programm der Versöhnung und nationalen Eintracht der PRR.

Im Sinne dieses Aussöhnungsprogramms wurde das Botschaftspersonal einschließlich des vormaligen Botschafters des Thieu-Regimes in der Bundesrepublik aufgefordert, sich auf die Seite des Volkes und der Revolution zu stellen. Die Botschaftsangehörigen und die Bundesregierung wurden aufgefordert, das Botschaftsgebäude, das nun Eigentum der Revolutionären Regierung des Volkes von Südvietnam ist, bis zum Amtsantritt eines Botschafters der PRR nach der Anerkennung durch die Bundesregierung gut zu erhalten.

Die Demonstration brachte die tiefe Freude der in der BRD lebenden Vietnamesen über den "vollständigen und unwiderruflichen Triumph des vietnamesischen Volkes über die neokolonialistische Herrschaft der USA und ihres Saigoner Marionettenregimes zum Ausdruck.

Die tiefe, von außen verursachte Zerrissenheit vieler Familien, von denen die einen in den Dienst der Marionettenarmee gepreßt worden waren, während die anderen für ihre antiimperialistische und gegen das Marionettenregime gerichtete Gesinnung hinter Kerkermauern und in KZs verschwanden, das alles kann jetzt nach der Zerschlagung der US-Thieu-Herrschaft im Geiste der Aussöhnung und nationalen Eintracht überwunden werden und ein unabhängiges, demokratisches und blühendes Vietnam kann aufgebaut werden. Das entspricht voll und ganz dem Testament Ho Chi Minhs, dessen Portrait von den vietnamesischen Studenten mitgeführt wurde. Eine der mitgeführten Parolen zum Beispiel war: "Wir werden das Werk Ho Chi Minhs nie vergessen."

Eine andere war aus dem Testament Ho Chi Minhs: "Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit."

Die vietnamesischen Studenten brachten auch ihre Freude darüber zum Ausdruck, daß die Zerschlagung der Herrschaft des Saigoner Regimes "auch das Ende der skrupellosen Unterdrückung und Verfolgung der vietnamesischen Studentenschaften in der BRD durch die ehemalige Saigoner Botschaft bedeutet." "Wir Studenten fühlen uns auch in diesem Sinne als Teil der befreiten Bevölkerung Südvietnams." Erstmals konnten sie in der Bundesrepublik offen und ohne Angst vor Abschiebung zurück nach Südvietnam und in die dortigen Gefängnisse des Thieu-Regimes sowie verschiedener anderer Repressalien auftreten. Allerdings ist ihre Lage solange weiterhin unsicher, solange die Bundesregierung die Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam nicht anerkennt.

Zum Zeichen der Freundschaft zwischen dem vietnamesischen Volk und dem Volk in Westdeutschland wurden auch allen Umstehenden und auch den zur Abschirmung des Botschaftsgeländes eingesetzten Polizisten rote Nelken überreicht. Auf einem der Transparente stand: "Es lebe die deutsch-vietnamesische Freundschaft!". M.L.

1. Mai 1975 - ein Schritt voran für die Arbeiterklasse

Auf der ganzen Welt feierten am 1. Mai die Millionenheere der Arbeiterklasse, der Ausgebeuteten und Unterdrückten und der Völker, die schon ihre Befreiung erkämpft haben, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse. Der 1. Mai 1975 war überall geprägt vom endgültigen Sieg des vietnamesischen Volkes über den US-Imperialismus am Vorabend des 1. Mai. Als Tag des Sieges konnte dieser 1. Mai gefeiert werden, zeigt doch der Sieg der Völker Indochinas über den US-Imperialismus, daß die Kraft der Ausgebeuteten und Unterdrückten größer ist als der übermächtig scheinende Imperialismus.

Seit dem 1. Mai 1886, an dem die kapitalistische Staatsmacht in Chicago ein blutiges Massaker unter den für ihre Rechte kämpfenden Arbeitern anrichtete, wird dieser Tag als Kampftag gefeiert, an dem die Arbeiterklasse in allen Ländern ihre Kräfte ausrichtet und für ihre Ziele demonstriert.

In Deutschland wurde der 1. Mai nach der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung durch die Faschistenherrschaft der Bourgeoisie zum Feiertag der Arbeit erklärt. Feiertag ist er geblieben, aber ein Feiertag, den die Arbeiterklasse mit jedem Jahr mehr nutzt, um für ihre Rechte zu demonstrieren und ihre revolutionären Ziele auszudrücken.

Dies zeigen zunächst die Zahlen. Nach den Berichten der Orts- und Ortsaufbaugruppen des KBW und der mit dem KBW sympathisierenden Gruppen waren auf den gewerkschaftlichen Kundgebungen und Demonstrationen am 1. Mai rund 230 000 auf den Straßen (nach den 92 Berichten, die uns bis Redaktionsschluß erreichten). Diese Berichte erfassen die größten Städte der Bundesrepublik, aber auch eine große Anzahl kleinerer Städte. Insgesamt werden aber noch einige Zehntausend mehr am 1. Mai demonstriert haben, da dieses Jahr in vielen Orten das erste Mal seit Jahren eine DGB-Kundgebung oder Demonstration stattfand und wir nicht von allen Orten Berichte haben.

Gegenüber dem letzten Jahr ist dies insgesamt ein Fortschritt, obwohl in wenigen Städten auch weniger auf die Maikundgebung kamen, so in Westberlin, wo dieses Jahr zwischen 30 000 und 35 000 auf der gewerkschaftlichen Kundgebung waren gegenüber zirka 50 000 im letzten Jahr. In Hamburg waren dieses Jahr zirka 30 000, während letztes Jahr 15 000 geschätzt wurden. In München waren wenigstens 20 000 auf der gewerkschaftlichen Maikundgebung. Vor allem im Ruhrgebiet war die Beteiligung an den 1. Mai-Kundgebungen wegen des Wahlkampfes wesentlich höher als im letzten Jahr.



Mit der Fahne der siegreichen Befreiungsfront Südvietnams voran. Am 1. Mai für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, für den Sieg des Sozialismus. Maidemonstration des KBW in Freiburg.

Einerseits ist dies dem Auftreten der SPD-Politiker geschuldet, andererseits sind diese Politiker nicht freundlich empfangen worden. Bei der zentralen Maikundgebung des DGB in Gelsenkirchen wurden Schmidt und Vetter mit Protesten der 10 000 Teilnehmer begrüßt. In Bielefeld, wo Brandt sprach, kamen 30 000. Dies muß vor allem als eine Kundgebung gegen die CDU gewertet werden, nachdem dort vor wenigen Wochen Strauß von 25 000 ausgepfiffen wurde. In Dortmund waren 10 000, in Düsseldorf 4 000 auf der gewerkschaftlichen Maikundgebung. Im letzten Jahr waren dort bei der Maikundgebung dagegen nur zirka 1 500.

Keineswegs aber ist das Anwachsen der gewerkschaftlichen Maikundgebungen nur auf das Interesse am Wahlkampf zurückzuführen. Denn im ganzen Land gab es mehr gewerkschaftliche Kundgebungen, und wo sie traditionsgemäß stattfanden, war die Teilnehmerzahl meist größer.

Mißt man die Zahl der Teilnehmer an der Zahl der 7,5 Millionen gewerkschaftlich Organisierten, so ist sie dennoch gering, mißt man sie jedoch daran, daß der DGB im allgemeinen nichts zur Mobilisierung unternommen hat und meistens sogar alles daran gesetzt hat, sie zu verhindern, dann drückt sich darin die wachsende Bereitschaft aus, für die Klasseninteressen zu kämpfen. Denn nicht dem Maiaufruf des DGB sind die Massen gefolgt, sondern ihrem Klasseninteresse, dem die Maireden der DGB-Führer entgegenstehen.

Während die Rednertribünen bei den DGB-Kundgebungen von den bürgerlichen Politikern der SPD und der DGB-Führung beherrscht wurden, waren die Massenversammlungen selbst von roten Fahnen und klassenkämpferischen Parolen beherrscht. Darin besteht überhaupt der wichtigste Fortschritt dieses 1. Mai, daß kaum mehr Transparente für die Mitbestimmung mitgeführt wurden, sondern fast ausschließlich die Forderungen und Ziele der Arbeiterklasse, für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, für den Sozialismus. Forderungen nach dem 7-Stundentag, nach 80 % Arbeitslosengeld für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, für Streikrecht im öffentlichen Dienst, für die Einheitsschule und gegen die Jugendarbeitslosigkeit, für die Abschaffung der Akkordarbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Solidarität der deutschen und ausländischen Arbeiter, Abschaffung des § 218. In fast allen Demonstrationen wurde das Ziel der Arbeiterklasse, der Kampf für den Sieg des Sozialismus, auf großen Transparenten propagiert. Auf der DGB-Kundgebung in Hannover trug eine Gruppe von VW-Arbeitern unter großem Beifall einen Sarg mit der Aufschrift: "Wir begraben unseren Glauben an Sicherheit der Arbeitsplätze, Wirtschaftswunder und Mitbestimmung!"

Der Kommunistische Bund Westdeutschland hatte an allen Orten, wo er vertreten ist, unter seinem Maiaufruf erfolgreich zur Beteiligung an den gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen aufgerufen und an vielen Orten zur anschließenden Demonstration und Kundgebung für die revolutionäre Linie des Kampfes der Arbeiterklasse, die allein den Sieg über die kapitalistische Ausbeuterherrschaft möglich macht.

An mehr als 60 Orten fanden Demonstrationen und Kundgebungen des KBW statt. An einigen Orten mußten sie gegen Übergriffe der Polizei durchgesetzt werden (siehe zum Beispiel den Bericht über Delmenhorst auf Seite 16). In Trier konnte die Polizei eine eigene Kundgebung der Sympathisantengruppe des KBW verhindern, indem sie mehrere Genossen der noch kleinen Truppe am Vorabend unter einem Vorwand verhaftete. Die größten Demonstrationen und Kundgebungen des KBW in Bremen, Bremen-Nord, Heidelberg, Mannheim, Frankfurt, Köln, Freiburg, Berlin, Göttingen, Darmstadt und Kiel hatten zwischen 500 und 2 000 Teilnehmer. In Bremen beteiligten sich von den über 4 000 Teilnehmern der DGB-Kundgebung zirka 2 000, in Heidelberg 2 000, wo der DGB eine Feier im Saal abhielt, in Köln 1 500 bei 6 000 auf der DGB-Kundgebung. Insgesamt waren auf den Kundgebungen des KBW zirka 17 600. Auf den Veranstaltungen des KBW am Vorabend des 1. Mai in zirka 70 Orten waren insgesamt etwas über 9 000 Teilnehmer.

Der KBW hat an diesem 1. Mai zur Stärkung der Arbeiterbewegung beigetragen und hat zugleich selbst an Stärke gewonnen im Kampf um die Gewerkschaftseinheit auf der Linie des Klassenkampfes und für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für den Sieg des Sozialismus. —Red.—

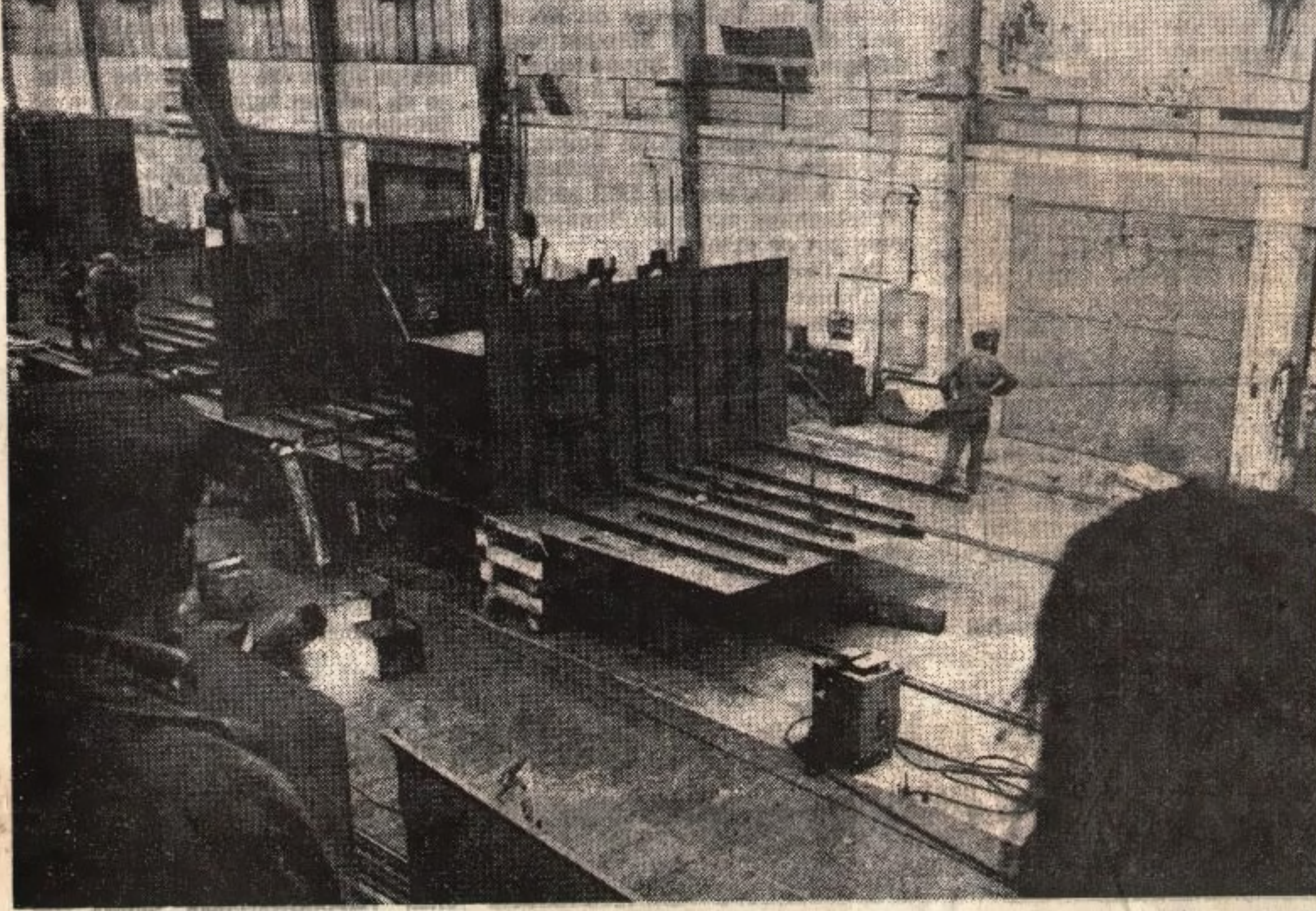
Die Vulkan-Arbeiter treten Manövern der Geschäftsleitung entgegen

Auf der Branchenversammlung beschließen die Schiffbauer ihre Forderungen

Bremen. Am Dienstag, den 22. April, gehen Meister durch die Branchen im Schiffbaubereich und teilen den Kollegen mit, daß ab Freitag, den 25. September, für fast den ganzen Schiffbaubereich keine Überstunden mehr drin liegen.

Der neue Betriebsrat ist gerade bei seiner konstituierenden Sitzung, wenige Stunden alt, und erfährt erst nach Feierabend davon.

Am Mittwoch herrscht große Aufregung im Schiffbaubereich. Langsam sickert die Nachricht auch in den Maschinenbaubereich durch.



Vulkan-Werft: Sektionszusammenbau in der Schiffbauhalle

Vulkan-Werft: Sektionszusammenbau in der Schiffbauhalle

Überall dieselbe Frage bei den Kollegen: Vorübergehende Produktionsschwierigkeiten – oder ist etwas anderes im Busch?

Auf jeden Fall wird eine Ausgabe unserer Betriebszeitung "Ruder" lebhaft diskutiert.

Die Vorschläge: Bezahlung des Urlaubsgeldes nach Monaten Januar, Februar, März, Ablehnung der Überstunden von allen Kollegen, sofort zusätzliche Betriebszahlung, finden im Schiffbaubereich Anklang.

Unter den Vertrauensleuten im Schiffbaubereich finden Absprachen statt. Für Mittwochmittag wird im Schiffbaubereich eine Branchenversammlung einberufen und der neue Betriebsrat hierzu eingeladen.

Der seinerseits ist bemüht, auf einer Betriebsratssitzung einem anwesenden Direktor die Würmer aus der Nase zu ziehen. Nach zähem Nachhaken kommt auch etwas dabei heraus. Es sind zwei Obo's (kombinierte Massengut- und Öldampfer) um zwei Monate bzw. ein Jahr verschoben worden.

Gleichzeitig will eine Reederei einen Auftrag (Großtanker) zurückziehen. Die Geschäftsleitung ist mit dieser Reederei in Verhandlungen, um dafür andere Aufträge zu bekommen.

Im Schiffbaubereich greifen unsere Vorschläge

Am Mittwochnachmittag ist die Branchenversammlung im Schiffbaubereich.

Die SPD-Betriebsgruppe bleibt ihr ganz und gar fern. Fortschrittliche Betriebsräte schwanken noch. Sie meinen, daß es sich vielleicht nur um eine vorübergehende Produktionsdrosselung handelt, die die Kapitalisten durch Abblasen der Überstunden bei den meisten Kollegen im Schiffbaubereich und Umstellung der Produktion überwinden wollen. Sie setzen sich aber ein für die Urlaubsgeldregelung.

Die Kommunisten gehen weiter. Sie erklären, daß es sich möglicherweise nicht nur um Übergangsschwierigkeiten handelt. Sie legen dar, was die Direktion inzwischen selber zugegeben hat. Ihr Appell an die Kollegen: "Alle müssen sich schon heute vorbereiten, falls Entlassungen kommen sollten."

Als ersten Schritt beschließen die etwa 700 bis 800 anwesenden Kollegen, daß niemand mehr Überstunden machen sollte, um die Einheit zu festigen, um "sich nicht noch selber frühzeitig aus dem Tore zu arbeiten".

Als zweites wird der Vorschlag zur Urlaubsgeldregelung des Betriebsrates unterstützt, desgleichen eine zusätzliche Betriebsversammlung.

Alle Beschlüsse werden bis auf eine Gegenstimme einstimmig gefaßt. Am Donnerstag ist erneut Branchenversammlung im Schiffbaubereich. Die Lage ist am Anfang verworren. Am Mittwoch hatte die Geschäftsleitung eine Pressekonferenz gegeben. Donnerstagmorgen können alle Kollegen in der Tagespresse lesen, was verbraten wurde. Die Direktion schildert die Lage in rosigen Farben. In der Zeitung taucht nicht einmal ein Wort von vorübergehenden Produktionsschwierigkeiten auf. Im Gegenteil, die Vulkan-Direktion bejammert noch, daß etwa 500 Arbeitskräfte fehlen.

Auf der Branchenversammlung verschaffen sich die Kollegen Klarheit

Die kommunistischen Betriebsräte zeigen auf, daß sich durch die Pressekonferenz der Direktion nichts an den Tatsachen geändert hat:

Die Terminverschiebungen sind geblieben. Verhandlungen finden um den möglichen Auftragsrückzug von einem Großtanker statt. Die Überstunden sind für große Teile der Belegschaft abgeblasen. Gleichzeitig hat die Direktion einen totalen Einstellungsstopp verfügt.

Die Branchenversammlung hält an ihren Beschlüssen fest.

Über ein Angebot der Geschäftsleitung, den Monat Mai von der Urlaubsgeldregelung auszunehmen, von der Mehrheit des Betriebsrates – u.a. gegen die Stimmen der Kommunisten – den Kollegen zur Annahme empfohlen, wird nicht mehr abgestimmt.

Der Meinungskampf in der Belegschaft entbrennt

Im Betrieb geht es hoch her. Im Schiffbaubereich haben sich unsere Vorschläge zunächst weitgehend durchgesetzt. Fast kaum noch Kollegen machen Überstunden. Die Kollegen dort sind schon direkt betroffen und haben sich schon in Branchenversammlungen zusammengerauft.

Die übrige Belegschaft ist noch weitgehend uneins. Vielfach herrscht noch die Meinung vor, daß es sich um saisonbedingte Erscheinungen handele, die schon immer in den Jahren vorher aufgetreten sind. Die festen Sozialdemokraten im Betriebsrat und im Vertrauensleutekörper setzen derweil ihren Propagandaapparat in Bewegung. "Saisonbedingte Erscheinungen, wie schon in anderen Jahren" ist ihre Devise. Gleichzeitig verweisen sie stolz auf "unser Management", das wie keine Werft in Westdeutschland mit den Reedern so große Vorweganzahlungen ausgehandelt hätte. Das hinterläßt natürlich auch seinen Eindruck bei den Kollegen.

Die Geschäftsleitung haut noch einmal in die gleiche Kerbe. Am Montag bringt sie im Betrieb Aushänge heraus, in denen sie die Lage noch einmal rosig schildert.

Die Vulkan-Kapitalisten verschärfen die Gangart...

Am Dienstag, den 29. April, will die Direktion vom neuen Betriebsrat die Genehmigung, 100 Schweißer in einen Zwangsurlaub von 14 Arbeitstagen schicken zu können. Bei den Schweißern haben sich etwa 300 Kollegen noch nicht in die Urlaubsliste eingetragen. Von diesen 300 Kollegen sollen 100 "ausgeguckt" werden. Anderenfalls, läßt die Geschäftsleitung durchblicken, droht Kurzarbeit.

In der Schweißerei finden sich nur knapp zwei Dutzend Kollegen, die bereit sind, freiwillig im Mai in den Zwangsurlaub zu gehen. Die 300 Kollegen sind fast alles ausländische Kollegen, die erst ihre finanzielle Lage abwarten wollen, um zu entscheiden, wann sie ihren Urlaub in ihren Heimatländern antreten wollen. Dabei wollen sie möglichst günstige Charterflüge nehmen. Unmöglich für die meisten, in ein paar Tagen alles zu regeln.

In der Belegschaft vergrößert sich die Zahl der Kollegen, die mißtrauisch werden und erhebliche Zweifel an den Worten der Direktion hegen.

... Der Betriebsrat macht einen Schritt nach vorne

Der Betriebsrat wendet sich mit einer Stimmenthaltung gegen den Zwangsurlaub und beschließt mit dem gleichen Stimmverhältnis eine zusätzliche Betriebsversammlung für Montag, den 5. Mai, die später um einen Tag verschoben werden muß, weil erst dann die Direktion Zeit hat. Der Beschluß ist ein guter Schritt nach vorn und sorgt dafür, daß sich zwei Feinde, die Belegschaft und die Direktion, endlich gegenübertreten können.

Auf das Nein des Betriebsrates zum Zwangsurlaub hat die Direktion inzwischen beschlossen, 50 Schweißer nach der AG "Weser" zu verleihen. Gleichzeitig hat sie in den Reparaturbranchen (Elektriker, Kranschlosser und Reparaturschlosser) Überstundenstopp verhängt.

D., Betriebszelle Bremer Vulkan

Die Lage in der Werftindustrie verschärft sich

Seit knapp einem Jahr finden sich in den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen Parteien besorgte Berichte über die Entwicklung der Frachtraten bei seegehenden Schiffen, wohlgemerkt, man macht sich Sorgen um die Frachtraten.

Hier die Katze aus dem Sack zu lassen, was das für die Arbeitsplätze der Werftarbeiter heißt, daran hat die Kapitalistenklasse noch kein Interesse, will sie die Belegschaften der Werftindustrie doch möglichst unvorbereitet treffen.

Im Mineralölbereich fahren heute schon Großtanker für Frachtraten, mit denen sie nur ein Viertel ihrer Betriebskosten decken können.

Die Reedereien gehen deshalb verstärkt daran, Tankeraufträge in andere Schifftypen umzuwandeln, die im Fracht- oder Containerbetrieb usw. eingesetzt werden sollen.

Weil sie alle hier noch einmal den großen Reibach machen wollen, ist abzusehen, wann hier der Markt mit Schiffstonnage übersättigt ist und die Krise sich noch verschärft.

Dieselben Ursachen – Anarchie und Konkurrenz der kapitalistischen Profitwirtschaft – hat auch die Krise im Mineralölgeschäft: Während der Hochkonjunktur war es das Ziel der Reedereien, durch Neubau von Tankern möglichst schnell möglichst viel Anteil am Profit zu erhaschen, den Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Die Krise in allen kapitalistischen Ländern hat die Profitmaximierung verengt und zig Millionen von Schiffstonnage für die Kapitalisten überflüssig gemacht. Verschärft wird das alles durch neue Bestimmungen, wonach Tankeraufträge nach dem 1. Januar 1975 mit Doppelböden versehen sein müssen. So ist nach dem 1. Januar 1975 unseres Wissens kein neuer Auftrag nach Mineralöltankern in der Welt eingegangen.

Nach neuesten Analysen des Bremer Institutes für Seewirtschaft werden immer mehr Schiffe der jüngsten Baujahre mangels Beschäftigung angebunden. Ihr Anteil beträgt zur Zeit 48 % gegenüber knapp 6 % im Dezember 1974! (Weser-Kurier vom 24. April)

Maschinentempo runter

Wiedereinstellung der 17 entlassenen Kollegen!

Wiesbaden. Im letzten Monat wurden in der Abteilung Galvanik der Firma Glyco 17 Kollegen auf einen Schlag fristlos entlassen. Mit diesen Entlassungen will die Geschäftsleitung die gesamte Belegschaft disziplinieren, um die Akkordverschärfung durchzudrücken.

Denn in derselben Abteilung wurden vorher, Anfang März, die drei großen Automaten schneller gestellt. Aufgrund der Umstellung von Gruppen- auf Einzelakkord gibt es auch keinen Springer mehr, ein Automatenführer wurde freigesetzt. Da die Kollegen nicht vom Automat wegkönnen, sind pro Schicht zwei Kurz-
können, sind pro Schicht zwei Kurz-
pausen abgesichert. Diese Neuregelung wurde mit Zustimmung des Betriebsrats für zunächst 3 Monate "zur Probe" festgesetzt.

Die Kollegen wußten aber schon am ersten Tag, daß die Maschinen zu schnell laufen. Das Tempo ist kaum noch zu schaffen, und die Kollegen haben auch die Stückzahlen von vor der Umstellung nicht erreicht.

Die Kollegen beider Schichten gingen sich denn auch geschlossen beschweren. Eine Schicht hat eine Resolution verabschiedet mit den Forderungen:

- **Die Automaten müssen wieder auf die alten Taktzeiten eingestellt werden.**
- **Voller Lohnausgleich für alle Ausfälle, die durch die Neuregelung entstanden sind.**
- **Für alle Kollegen Bezahlung in der Lohngruppe 6.**
- **2 Kurzpausen pro Schicht, 5 Minuten Waschzeit vor Schichtende.**
- **Für jeden Automat einen Automatenführer, der auch als Springer arbeitet.**

Als die Geschäftsleitung dann noch für einen Samstag Überstunden angeordnet hat, war das den Kollegen, die teilweise schon 8 Jahre bei Glyco arbeiten, zu viel. Von den Kollegen einer Schicht ist keiner gekommen. Die Geschäftsleitung sah hier ihre Möglichkeit, alle 17 zu entlassen, um den Arbeitern jeden Gedanken an Widerstand auszutreiben.

Es kommt jetzt darauf an, weiter im Betrieb für die Zurücknahme der Akkordverschärfung zu kämpfen, um so auch den entlassenen Kollegen, die vor Gericht für ihre Wiedereinstellung kämpfen, den Rücken zu stärken.

Wir werden die Gewerkschaft einsetzen müssen als Instrument der Belegschaft im Kampf gegen die Maß-
legschaft im Kampf gegen die Maß-
nahmen der Geschäftsleitung. Bisher haben viele Kollegen, weil sie Kritik an der Politik der Gewerkschaft haben, den gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper nicht beachtet oder standen ihm ablehnend gegenüber. Ohne gewerkschaftliches Rückgrat werden wir aber unseren Zusammenhalt gegen die Maßnahmen der Kapitalisten nicht stärken.

Beauftragen wir unsere Vertrauensleute, sich für die entlassenen Kollegen einzusetzen und gegen das Schnellerstellen von Maschinen anzugehen! Der Betriebsrat hat ebenfalls seine Zustimmung zu den Kündigungen zurückgezogen und sich für die Wiedereinstellung der Kollegen eingesetzt! Die Gewerkschaft hat den Kollegen einen Anwalt bezahlt; der Prozeß wird am 20. Mai um 14.30 Uhr im Arbeitsgericht sein.

Von den Kollegen, die die Geschäftsleitung für die Entlassenen eingestellt hat, sind schon die meisten wieder gegangen, weil ihnen die Arbeit zu schwer war.

–U.–

Ford: Betriebsratswahl

Die mitgeteilten absoluten Zahlen (z. B. für die Liste 5 4 200 Stimmen und die Liste 11 2 500 Stimmen) beziehen sich auf einen Stand von 75 % der ausgezählten Stimmen. Die Liste 11 (Lück und Kuckelkorn) holte dann noch auf, so daß schließlich im Endergebnis die Listen 5 und 11 etwa gleich viele Stimmen erhielten. Die in dem Artikel angeführten Listenplätze geben das Endergebnis wieder. Zusammengerechnet bedeutet dieses Ergebnis, daß die rechten Sozialdemokraten vom Schlage Lück und Kuckelkorn mit ihren verschiedenen Listen 17 Plätze im neuen Betriebsrat erhalten. Demgegenüber stehen die restlichen 24 Plätze.

Irrtümlich wurde weiter behauptet, der Listenführer der Liste 5, Schwarzenberg , sei bereits zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden. Eine Wahl hat noch nicht stattgefunden.

S., Ford-Aufbauzelle–

Streik bei Siemens Bruchsal

Bruchsal. Aus Unmut über geplante Entlassungen in der Werkzeugmacherei bei Siemens in Bruchsal traten die Kollegen der Werkzeugmacherei am 19. März in einen Warnstreik (nicht am 14. April, wie ihr in der letzen KVZ, Seite 5, geschrieben habt). Sie konnten damit zunächst die Entlassungen in ihrer Abteilung verhindern. Doch die Siemens-Kapitalisten planen die Entlassungen schon wieder für einen späteren Zeitpunkt. Auch andere Abteilungen sind davon betroffen. Gegenwärtig haben die Siemens-Kapitalisten den Betrieb erst einmal für zwei Wochen dicht gemacht.

Über diese Lage diskutierten Kollegen von Siemens und Neff auf einer IG-Metall-Versammlung.

Alle waren der Auffassung, daß das Vorgehen der Kollegen in der Werkzeugmacherei beispielhaft für alle Kollegen bei Siemens und überhaupt ist. Ein solches Vorgehen dürfe nicht auf eine Abteilung beschränkt bleiben.

U., Bruchsal

VW-Salzgitter Betriebsversammlung

Verlegung des Fahrzeugbaus muss verhindert werden

Salzgitter. 5 000 waren zur Betriebsversammlung am 29. April gekommen. Die Betriebsversammlung war eine einzige Anklage gegen die VW-Kapitalisten, gegen die Sanierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und Vorsitzende der IG Metall, Loderer, wurde minutenlang ausgepfiffen, bevor er sprechen konnte.

Schmücker hatte sich erst gar nicht getraut zu kommen und sich den Kollegen zu stellen.

Der Betriebsrat begrüßte auf dieser Betriebsversammlung auch Vertreter der Presse, aber bis heute ist über diese Versammlung nirgendwo eine Zeile Gedrucktes zu lesen gewesen.

Neun Kollegen meldeten sich in der Diskussion zu Wort, darunter eine Kollegin und ein ausländischer Kollege. Klar gemacht wurde, daß die Arbeiter von VW nicht ihren Kopf hinhalten wollen für die Folgen der kapitalistischen Krisenwirtschaft.

Der Betriebsratsvorsitzende Anklam sagte in seiner Rede: "Die Arbeiter sind nicht schuld an der Krise des VW-Konzerns."

Ein Redner stimmte ihm zu und erklärte: "Wenn die Arbeiter keine Schuld trifft, dann ist es gerecht, wenn die Arbeiter nicht die Lasten der Krise tragen wollen und wenn sie dagegen angehen!"

Schmücker kann mit 800 000 Mark im Jahr ohne Sorgen in die Zukunft sehen, aber für die Arbeiter geht es um ihre Existenz. Die meisten Kollegen werden, wenn sie entlassen werden, hier und anderswo so schnell keine Arbeit finden.

Schmücker hat in der Presse gesagt, daß die Qualität wieder die von früher werden müßte. Auf der Betriebsversammlung wurde darauf geantwortet: "Haben wir etwa bisher nicht gut gearbeitet? Haben wir an der Maschine und am Band etwa nicht ordentliche und saubere Arbeit gemacht? Das Gegenteil ist der Fall. Jeder einzelne hat immer gute Teile gefahren und auf Qualität geachtet. Wenn jetzt Herr Schmücker sagt, wir müßten noch mehr auf Qualität achten, dann ist das eine Unverschämtheit, die wir entschieden zurückweisen müssen." Unter Beifall stimmten die Kollegen zu.

Für eine weitere Verbesserung der Qualität kam der richtige Vorschlag, der großen Beifall erhielt: Schmücker soll mehr Arbeiter ans Band stellen, die Stückzahlen senken und täglich 20 Autos weniger ziehen lassen, dann wird automatisch die Qualität noch besser.

Der Werksleiter Korff sagte: "Wir alle haben unter der Krise zu leiden, und die Tausende von Entlassungen sind notwendig, um in Zukunft die Arbeitsplätze zu sichern." Das ist es, was die Kapitalisten den Arbeitern weismachen wollen. Gemeinsames Leiden ist nötig zum Wohle aller. Den Standpunkt der Arbeiterklasse machte ein Redner unter Beifall der Kollegen deutlich: "Wer hat denn hier das Leid zu tragen? Jedenfalls Herr Schmücker nicht mit 800 000 Mark im Jahr, auch nicht die Großaktionäre und auch nicht die im Aufsichtsrat. Immer sind es die Arbeiter, die die Lasten der Krisenwirtschaft tragen sollen, die die Produktion heben und die Qualität verbessern sollen. Also die Arbeiter, die keinerlei Schuld an der gegenwärtigen Krise haben. Das Motto "mehr Qualität" bedeutet für uns, daß wir mehr, schneller und besser arbeiten sollen als bisher. Wenn aber die Arbeiter nicht schuld an der Krise sind, was ist dann die Ursache?

Die Ursache ist das Profitstreben der Kapitalisten, der Großaktionäre und die Konkurrenz der Automobilkonzerne untereinander. Jeder einzelne Konzern will billiger und besser als die anderen produzieren lassen. Und im Ausland werden deshalb Fabriken gebaut, weil die Arbeiter dort niedrigere Löhne haben und mehr arbeiten müssen als hier. Und solange dieses Wirtschaftssystem der Kapitalisten existiert, solange wird das immer so sein, daß Produktionsstätten ins Ausland verlagert werden, hier Arbeiter entlassen und die, die noch einen Arbeitsplatz haben, mehr und schneller arbeiten müssen. Wir haben jedenfalls überhaupt keinen Nutzen davon, daß im Ausland Werke gebaut werden. Einer meiner Vorredner hat hier gefragt, wann es wieder sichere Arbeitsplätze gibt. Solange es eine kleine Gruppe von Schmarotzern gibt, die von unserer Hände Arbeit lebt, solange wird es keine sicheren Arbeitsplätze geben!

Und es nützt uns überhaupt nichts, daß wir irgendwelche Opfer bringen, wie es von uns gefordert wird. Darauf können wir uns nicht einlassen, weil wir mehr arbeiten müssen, also die Arbeitshetze zunehmen wird, weil der Lohn gedrückt und künftig doch Arbeiter entlassen werden. Denn den Kapitalisten geht es nur darum, aus so wenig Arbeitern wie möglich so viel wie möglich herauszuholen. Das grenzenlose Profitstreben der Kapitalisten wird weiter Arbeitslose erzeugen. Und wie das künftig mit uns hier bei VW weitergeht, das kann man jetzt schon sehen. In den letzten Wochen und Monaten sind fast überall die Stückzahlen erhöht worden, und wo früher zwei Kollegen gearbeitet haben, ist jetzt nur noch einer, und es sind Lohnrückstufungen vorgenommen worden.

Auf der 1 000 Mann starken 1. Mai Demonstration in Salzgitter wurden die Forderungen getragen: Gegen Schließung des Fahrzeugbaus bei VW Salzgitter – Keine Erhöhung der Stückzahlen – Verbot des Akkordsystems – Verbot der Überstundenarbeit – Für den 7-Stunden-Tag!

Sanierungsfachmann Schmücker

Gerade deshalb haben sich die Großaktionäre von VW mit Schmücker einen Fachmann geholt, der langjährige Erfahrungen und Erfolge aufweisen kann, wie man auf dem Rücken der Arbeiter einen Betrieb durch Gesundschrumpfen aus den sogenannten roten Zahlen führen und die Profite steigern kann. So hat Schmücker bei Hanomag in Hannover die Belegschaft von 10 000 auf 2 000 abgebaut und dann den Betrieb verkauft.

Und als Manager von Rheinstahl hat er in der Zeit von 1968 bis 1973 die Belegschaft um gut 20 000 Arbeiter und Angestellte verringert, das sind 23,7 %. In der gleichen Zeit hat Schmücker aber mit weniger Arbeitern den Umsatz um 68 % gesteigert. Die Rheinstahl-Aktionäre waren zufrieden.

Aber Schmücker ist nicht nur ein Sanierungsfachmann, sondern auch ein Mitbestimmungsexperte. Denn bei Rheinstahl gibt es die paritätische Mitbestimmung nach dem Montan-Modell. Also obwohl es bei Rheinstahl schon die paritätische Mitbestimmung gibt, sind weder Entlassungen verhindert worden noch ist die Steigerung der Arbeitshetze verhindert worden. Daß dort im Aufsichtsrat Gewerkschaftsvertreter sitzen, hat den Arbeitern dort nichts Gutes gebracht. Die Interessen der Belegschaft können auch gar nicht erfolgreich im Aufsichtsrat vertreten werden. Denn was die Funktionäre im Aufsichtsrat machen, darüber dürfen sie nichts nach außen dringen lassen. Eine Beauftragung durch die Belegschaft kann nicht stattfinden, eine Kontrolle ist nicht möglich. Die Aufsichtsräte sind durch das Aktiengesetz eindeutig auf das Wohlergehen des Betriebes verpflichtet. Sie haben die Aufgaben und Pflichten eines ordentlichen Geschäftsführers zu erfüllen.

Und die Gewerkschaftsvertreter im VW-Aufsichtsrat, unter anderem auch der Kollege Loderer, haben ja auch nicht gegen Entlassungen überhaupt gestimmt, sondern nur dagegen, daß 25 000 statt nach ihrem Vorschlag 20 000 entlassen werden sollen. Das ist allerdings keine Basis, um gegen die Sanierungsmaßnahmen einen Kampf zu führen. Denn ob man einer von 25 000 oder nur von 20 000 ist, das ist einem ziemlich gleich, wenn man entlassen wird.

Und wenn der Kollege Loderer sagt, daß wir uns nicht gegenseitig die Köpfe einrennen sollen, dann verstehen wir das so: Eben weil wir uns nicht zersplittern lassen wollen und weil wir keine Schuld an der Krise haben, gerade deshalb ist es gerecht, daß der Kampf gegen die Entlassungen und gegen die Verlegung des Fahrzeugbaus geführt wird. Und weil wir, die einzelnen Werke, uns nicht zersplittern lassen wollen, deshalb kann es auch nicht um eine gleiche Lastenverteilung gehen, sondern um den Kampf gegen die Lasten auf dem Rücken der Arbeiter.

Und genauso gerecht ist auch der Kampf der Kollegen von Audi/NSU. Die Demonstrationen und Streiks in Neckarsulm, Heilbronn und Neuenstein sind gerecht. Und das sagen wir, weil wir uns nicht zersplittern lassen und weil alle Werke gemeinsam handeln müssen und nicht gegeneinander.

Dabei nützt es uns überhaupt nichts, auf die Regierung zu hoffen. Kollege Loderer, Du weißt genauso wie alle anderen, daß gerade das Werk Salzgitter mit 25-prozentiger Förderung aus unseren Steuergeldern gebaut wurde. Und was haben wir heute davon? 3 000 sollen auf die Straße gesetzt werden, und die Schließung des Werkes ist doch nur noch eine Frage der Zeit.

Keine Überstunden

Also obwohl die Arbeiter nicht schuld sind an der Krisenwirtschaft, sollen die Arbeiter die Lasten der Krise tragen. Nicht nur, daß Tausende entlassen werden sollen, die Arbeitshetze wird zunehmen, und mit weniger Arbeitern soll mehr geschaffen werden; das sieht man auch an Überstunden, die jetzt gemacht werden. Ich möchte mal wissen, was sich der Betriebsrat dabei gedacht hat, jetzt Überstunden zuzustimmen?! Selbst nach dem Betriebsverfassungsgesetz § 87 braucht und muß der Betriebsrat nicht zustimmen. Im Gegenteil, ohne die Zustimmung des Betriebsrates können gegen den Willen der Kollegen gar nicht so ohne weiteres Überstunden angesetzt werden.

Weil also die Sanierungsmaßnahmen alle Arbeiter treffen, ist es möglich, dagegen die Einheit aller Kollegen herzustellen. Die anwesenden Kollegen dieser Versammlung sollten den Betriebsrat auffordern, keiner Entlassung und keiner Überstunde zuzustimmen. Die Kollegen im Fahrzeugbau haben durch ihren Streik gezeigt, daß die Bereitschaft da ist, sich nicht alles gefallen zu lassen und gegen die Verlegung des Fahrzeugbaus den Kampf aufzunehmen.

Auf dieser Versammlung faßte der Redner den Kampfeswillen und die Solidarität der VW-Arbeiter, besonders mit den Kollegen von Audi/NSU, zusammen. Unter dem Beifall der Kollegen sagte er: "Die Kollegen haben bereits den Widerstand organisiert und haben schon verhindert, daß das Werk in Neckarsulm geschlossen wird. Auch hier in Salzgitter wäre es möglich, die Verlegung des Fahrzeugbaus zu verhindern. Vielfach beschworen ist heute die Solidarität aller Arbeiter. Ein aktiver Beitrag zur Solidarität wäre es, wenn die hier versammelten Kollegen eine Grußadresse an die Audi/NSU-Kollegen schicken, daß es richtig und gerecht ist, was sie machen, und daß wir uns nicht zersplittern lassen."

Die sozialdemokratischen Betriebsräte, die kurz vorher die angeblich fehlende Solidarität der Arbeiter bejammert hatten, verhinderten, daß über diese Grußadresse abgestimmt wurde.

Sympathisantengruppe Salzgitter des KBW

Solidarität mit Audi/NSU Neckarsulm

Beschluß der Ortsjugendkonferenz der IG Metall Kassel

Kassel. Die Delegierten der Ortsjugendkonferenz beobachten seit längerer Zeit die Entwicklung der Audi/NSU-Werke, besonders in Neckarsulm. Die vor wenigen Wochen stattgefundene Kundgebung und Arbeitsniederlegung der Neckarsulmer Automobilarbeiter hat auch bei uns zu angeregten Diskussionen geführt. Wir sind der Meinung, daß diese große IG-Metall-Kundgebung mit mehr als 20 000 Arbeitern und die Arbeitsniederlegungen von mehr als 10 000 Kollegen genau die richtige Antwort auf die Angriffsversuche des VW-Vorstandes sind.

Weyl: Die Kandidaten mit Programm gewählt

Drei Kollegen mit klaren Vorstellungen wurden in den Betriebsrat gewählt

Mannheim. Vor der Wahl zum Betriebsrat bei der Chemischen Fabrik Weyl hatten heftige Auseinandersetzungen über die wichtigsten Forderungen der Belegschaft gegenüber der Geschäftsleitung stattgefunden. Neun Kollegen, die zum Betriebsrat kandidierten, hatten Forderungen zum Programm für ihre Arbeit im Betriebsrat erhoben.

Am 16. April wurde dann bei Weyl der Betriebsrat gewählt, der aus 9 Kollegen (5 Arbeiter und 4 Angestellte) besteht, darunter nach dreijähriger Unterbrechung wieder eine Frau.

Die Geschäftsleitung und die Betriebsräte, die eine "vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung vorzogen und diese auch weiterhin als die bessere Methode zur Durchsetzung von Forderungen hinstellten, hatten alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um gegen das Programm und die Kandidaten zu hetzen.

Es wurden z.B. anonyme Pamphlete im Betrieb verteilt, in denen die Kollegen in übler Weise beschimpft wurden.

Morgens am Wahltag wurde ein Plakat am Eingang zum Wahllokal mit folgendem Wortlaut angebracht: *"Wählt die Kandidaten der Vernunft"*. Darunter die 10 Kandidaten, die unter keinen Zielvorstellungen kandidierten. Weiter hieß es: *"Extremisten von links und rechts haben keinen Platz im Betriebsrat!"*

Alle diese Angriffe, Einschüchterungs- und Spaltversuche konnten jedoch nicht verhindern, daß drei dieser Kollegen mit klaren Vorstellungen in den Betriebsrat gewählt wurden.

Das Wahlverhalten zeigt deutlich, daß eine Polarisierung unter der Belegschaft stattgefunden hat. Die Wahlbeteiligung von 85 % war höher gegenüber früheren Wahlen mit 70 bis 75 %. Gewählt wurden auf der Einheitsliste entweder die Kandidaten des Programms oder die Kandidaten der "Vernunft".

Zwei Betriebsräte, die bisher schon offen die Interessen der Geschäftsführung vertreten haben, wurden ganz eindeutig von den "leitenden" Angestellten, Meistern und Schichtführern gewählt und auch ganz klar von diesen unterstützt, indem man seinen Mitarbeitern diese beiden als "qualifizierte Betriebsräte" pries und deren Wiederwahl empfahl.

Schon die konstituierende Sitzung am 23. April machte deutlich, daß nur mit klaren Zielvorstellungen eine konkrete Betriebsratsarbeit möglich ist. Ein Kollege, der sich aufgrund der Sachdiskussion in dieser Sitzung voll auf das Programm stellte, wurde, unterstützt von den drei Kollegen des Programms, zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Aufgrund dieser Diskussion wurden dann auch die drei Kollegen in die wichtigsten Ausschüsse delegiert.

Die Programmforderungen sind:

1. **Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen, des Unfallschutzes und der Arbeitsbedingungen** sowie deren Überwachung durch regelmäßige Betriebsbegehungen des Betriebsrates, mindestens einmal monatlich mit mindestens drei Mitgliedern des Betriebsrates abwechselnd.
2. **Verbesserung der Lohn- und Gehaltsstruktur:**
   a. stufenweise Eingliederung aller Facharbeiter in Lohngruppe V
   b. Absicherung aller außertariflichen Zulagen
   c. Schichtzulage auch für Zweischichtbetrieb.
3. **Vier Tage Zusatzurlaub für alle Schichtarbeiter** sowie für Arbeiter und Angestellte, die Umgang mit Giften ab Giftklasse III haben.
4. **Schaffung von Pausen- und Umkleideräumen sowie sanitärer Einrichtungen** nach den neuesten arbeitsmedizinischen Erkenntnissen, um auch dadurch Gesundheitsschädigungen vorzubeugen.

Wie diese Forderungen zu verwirklichen sind, haben die neun Betriebsratskandidaten in ihrer gemeinsamen schriftlichen Erklärung zur Betriebsratswahl dargelegt.

"Die im Programm enthaltenen Forderungen sind realisierbar mit einem standfesten Betriebsrat, der sich die Zusammenarbeit mit dem Vertrauensleutekörper zum lebensnotwendigen Inhalt macht und so auf die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bauen kann! Dabei ist die ständige Unterrichtung der Belegschaft und die Beratung mit dem Vertrauensleutekörper schon im Beschluß- und Verhandlungsstadium erforderlich!"

D., Betriebszelle Weyl

Solidarität gegen die Entlassungen

Bremen. Der Kommunistische Studentenbund Bremen hat auf der Universitätsvollversammlung am 29.4. folgende Solidaritätserklärung eingebracht, die von den anwesenden 500 Studenten bei 3 500 Studenten der gesamten Universität einstimmig angenommen wurde:

Die versammelten Studenten nehmen mit Empörung zur Kenntnis, daß der VW-Konzern 25 000 Arbeiter entlassen will. Wir unterstützen die Aktionen der Belegschaften, die sich richten gegen diese Entlassungen und sich äußern in Warnstreiks und Demonstrationen. Wir fordern den VW-Konzern auf, die Entlassungsdrohungen rückgängig zu machen.

DGB-Kundgebung in Erwitte

8 000 stärkten den streikenden Seibel-Arbeitern den Rücken

Erwitte. An der Solidaritätskundgebung, die die IG Chemie am 1. Mai zur Unterstützung der Betriebsbesetzer von Seibel & Söhne am Nachmittag in Erwitte durchführte, nahmen ca. 6 000–8 000 Menschen (nach Schätzung der Polizei sogar über 10 000) aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens teil. Am Nachmittag hatte das Paderborner "Solidaritätskomitee" mit den streikenden Arbeitern bei Seibel & Söhne, in dem auch der KBW mitarbeitet, ein Autokorso zur DGB-Kundgebung in Erwitte gebildet, nachdem der DGB in Paderborn keine Busse zur Verfügung gestellt hatte.

Etwa 20 PKW's mit ca. 120 Leuten fuhren nach Erwitte. Die Ortsaufbaugruppe des KBW führte ein Transparent mit der Parole "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!" mit sich und verkaufte in Erwitte auf der Kundgebung 55 KVZ.

Es herrschte unter den Kundgebungsteilnehmern Einigkeit darin, daß der Streik und vor allem die Betriebsbesetzung durch die Kollegen von Seibel & Söhne eine notwendige, richtige und beispielhafte Sache ist, um die Rechte der Arbeiter auch in der Krise gegenüber den Kapitalisten durchzusetzen.

Einhellige Zustimmung erhielten die verschiedenen Redner immer dann, wenn sie hervorhoben, daß es zwischen Kapital und Arbeit zu keinerlei Harmonie kommen könne und daß die gesamte Arbeiterklasse in Westdeutschland aus dem Beispiel der Erwitter Kollegen lernen mußte.

Besonders starken Beifall – unterbrochen von minutenlangen Hochrufen auf die internationale Solidarität der Arbeiter – erhielt eine Delegation von Kollegen der Uhrenfabrik LIP in Besancon/Frankreich, die ebenfalls ihren Betrieb besetzt hatten, als er stillgelegt werden sollte.

Diese Kundgebung hat den Kollegen von Seibel & Söhne den Rücken gestärkt in ihrem Kampf und wird sie ermutigen, den Kampf weiterzuführen.

–D., Ortsaufbaugruppe Paderborn

Das Arbeitsgricht erklärte am 30.4. alle Kündigungen, die Seibel verhängt hatte, für ungültig.

Die Gewerkschaftsführung und der Seibel-Anwalt Klein handelten einen Kompromiß aus, wonach die Besetzung aufgehoben wird, und Seibel gegen das Urteil keinen Widerspruch einlegen wird. Dieser Kompromiß wurde von seiten der Gewerkschaftsführung ohne vorherige Absprache mit den Kollegen abgeschlossen. Der Streik selbst wird jedoch von den Seibel-Arbeitern fortgesetzt.

Seibel hatte vorher noch gedroht, daß er Einstweilige Verfügungen gegen fünf Kollegen beantragen würde. Danach sollte diesen fünf Kollegen untersagt werden, das Betriebsgelände zu betreten; bei Nichtbeachtung müßte jeder Kollege 100 000 DM bezahlen.

Nachdem die Besetzung aufgegeben worden ist und die Arbeiter damit ein wichtiges Mittel aus der Hand gegeben haben, wird Seibel seine Anstrengungen verstärken, um zu seinem Ziel zu kommen. Die Kollegen dagegen werden gegenüber den kommenden Winkelzügen des Kapitalisten wachsam sein müssen. Sie werden sich dabei auf ihre einheitliche Kraft stützen.

Landesbezirkstag der IG Druck und Papier in Westberlin

Wichtige Beschlüsse

Beschlüsse zum Kampf gegen die Folgen der Krise, gegen den § 218 und zur Chile-Solidarität gefaßt.

Am 26.4.75 tagte in Westberlin der 10. ordentliche Landesbezirkstag der IG Druck und Papier. Zu mehreren Fragen, die für den Kampf der Druckarbeiter und der ganzen Arbeiterklasse wichtig sind, wurden dort Beschlüsse gefaßt.

Allein im Jahre 1974 wurden 900 Druckarbeiter in Westberlin entlassen und jetzt noch sind 600 arbeitslos. Gleichzeitig wechseln in den Betrieben 12-Stundenschichten und Kurzarbeit einander ab. Um der Überstundenschinderei entgegenzutreten und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, wurde auf dem Bezirkstag beschlossen:

– Landesbezirksvorstand und Hauptvorstand der IG DruPa wurden aufgefordert, **"nochmals und wiederholt darauf zu drängen, daß in den Betrieben keine Überstunden gemacht werden".** Soweit Überstunden unvermeidbar sind, sollen die Betriebsräte dafür sorgen, daß **"diese nur im Rahmen der tariflischen Vereinbarungen und gesetzlichen Bestimmungen geleistet werden".**

– **"Die Tarifkommissionen werden aufgefordert, die Durchsetzung der Forderung nach einem 7-Stunden-Tag (35-Stunden-Woche) bei vollem Lohnausgleich vorrangig in Angriff zu nehmen."**

Weiterhin wurde der Landesbezirksvorstand aufgefordert, **"gegen Betriebsschließungen, Verlagerungen und Fusionen auf Kosten der Beschäftigten alle möglichen gewerkschaftlichen Gegenmaßnahmen zu treffen".**

Der Landesbezirkstag forderte **"den Gesetzgeber auf, den § 218 ersatzlos zu streichen".**

Schließlich wurde ein Antrag zur Chile-Solidarität verabschiedet, in dem DGB und Bundesregierung aufgefordert werden, sich für folgende Forderungen einzusetzen:
**"Keine Kredite für die Junta!
Keine Investitionen der Konzerne in Chile!
Unterstützung der Solidaritätsaktionen!
Unbeschränkte Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin!"**

–U.–

GEW-Ausschlüsse

Am 3. Mai hat der Hauptvorstand der GEW 63 Mitglieder des KBW, Der Gruppe Rote Fahne (KPD) und der KPD/ML ausgeschlossen. Die GEW-Mitglieder werden diese Ausschlüsse sicher nicht ruhig hinnehmen.

Daß die Vertreter kapitalistischer Interessen in der GEW es bei diesen Ausschlüssen nicht lassen wollen, zeigt ein Antrag Fristers an den Hauptvorstand: Unter seiner eigenen Leitung soll ein Spitzelausschuß eingesetzt werden. Eine "Arbeitsgruppe" hat die Aufgabe, Publikationen "extremistischer Organisationen" zu durchschnüffeln und dem Hauptvorstand jährlich mindestens zweimal Meldung zu machen: Material und eine Vorschlagsliste für weitere Ausschlüsse zu liefern. Frister selbst hat für den Ausschuß personelle Vorschläge gemacht: Ingo Behringer aus Baden-Württemberg und Eberhard Engmann, Student an der Universität Kiel. Frister lobt das Denunziantentum des letzteren: *"Er hat in einer Zuschrift an die GEW den Mangel an inhaltlicher Argumentation bei der Auseinandersetzung mit den Extremisten kritisiert und gleichzeitig Informationsmaterial zur Verfügung gestellt."*

Betriebsratswahlen am Deutschen Krebsforschungszentrum
Drei verschiedene Programme
Heidelberg. Am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) wurde am 14./15. April
Gruppen gewählt, da die gemeinsame Wahl bei den Beamten und den Angestellten knapp scheiterte. Zur Wahl selbst stellten sich insgesamt 6 Listen mit drei verschiedenen Programmen
von Höhergruppierungsanträgen, Maßnahmen gegen die Streichung von übertariflichen Zulagen, das Ergreifen aller für den Gesundheitsschutz notwendigen Maßnahmen, Bindung des

die verschiedenen Redner immer dann, wenn sie hervorhoben, daß es zwischen Kapital und Arbeit zu keinerlei Harmonie kommen könne und daß die gesamte Arbeiterklasse in Westdeutschland aus dem Beispiel der Erwitter Kollegen lernen mußte.
Besonders starken Beifall – unterbrochen von minutenlangen Hochrufen auf die internationale Solidarität
worden ist und die Arbeiter damit ein wichtiges Mittel aus der Hand gegeben haben, wird Seibel seine Anstrengungen verstärken, um zu seinem Ziel zu kommen. Die Kollegen dagegen werden gegenüber den kommenden Winkelzügen des Kapitalisten wachsam sein müssen. Sie werden sich dabei auf ihre einheitliche Kraft stützen.



Ein Kollege von Lip aus Frankreich sprach auf der Kundgebung. Die Lip-Arbeiter hatten monatelang ihr Werk besetzt.

Betriebsratswahlen am Deutschen Krebsforschungszentrum

Drei verschiedene Programme

Heidelberg. Am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) wurde am 14./15. April der Betriebsrat gewählt, nachdem ihn die Belegschaft zuvor auf einer Personalversammlung Ende Januar mit 190 zu 120 Stimmen zum Rücktritt aufgefordert hatte.

Der Betriebsrat hatte Maßnahmen der Leitung, wie z. B. Kantinenpreiserhöhung, trotz großer Proteste der Belegschaft hingenommen und u. a. bei Höhergruppierungen nicht eingesetzt. Die Belegschaft sah diesen Betriebsrat als ein ungeeignetes Instrument für ihre Interessensvertretung an.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) ist ein Betrieb mit ca. 700 Beschäftigten, 30 Beamten, 115 Arbeitern und 560 Angestellten. Ungefähr ein Viertel der Belegschaft sind Wissenschaftler. Der ganze Betrieb ist in 10 relativ selbständige Abteilungen gegliedert. Der DKFZ-Leitung fällt es immer schwerer, die alte Ideologie "der Forscherfamilie" aufrechtzuerhalten, weil sich gerade jetzt in der Krise die Arbeitsbedingungen für die Kollegen zunehmend verschlechtern. Der gewerkschaftliche Organisierungsgrad steigt, ist aber mit weniger als 8 % noch sehr gering. Bei der jetzt angelaufenen Personalratswahl wurde weiterhin getrennt nach Gruppen gewählt, da die gemeinsame Wahl bei den Beamten und den Angestellten knapp scheiterte. Zur Wahl selbst stellten sich insgesamt 6 Listen mit drei verschiedenen Programmen.

Die drei verschiedenen Programme und das Wahlergebnis

"Unabhängige Liste Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ)":

Auf dieser Liste hatte der ehemalige Personalratsvorsitzende 8 weitere Angestellte, zwei Arbeiter und zwei Beamte um sich geschart. In ihrem Programm wurde die sattsam bekannte Politik der "vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit der DKFZ-Leitung neu aufgewärmt. Diese Liste gewann drei Sitze bei den Angestellten (von acht), alle beide bei den Arbeitern und einen bei den Beamten (dieser Vertreter ist Sekretär des Direktoriums).

"Programmliste Belegschaftsinteressen":

Diese Liste entstand auf Initiative der ÖTV-Gewerkschaftsgruppe. Kandidaten konnten nur bei den Angestellten gefunden werden. Es kandidierten auf dieser Liste ÖTV-Kollegen (unter ihnen ein KBW-Mitglied und Stadtratskandidat) und gewerkschaftlich Nichtorganisierte, die für dieses Programm gewonnen werden konnten. Zur Diskussion um das Programm hatte die Gewerkschaftsgruppe die Belegschaft auf eine Versammlung eingeladen, bei der ca 30 Kollegen anwesend waren. In dem Programm waren die wichtigsten Forderungen der Belegschaft: Ablehnung von Zeitverträgen (ca. 20 % der Belegschaft ist von diesen Verträgen betroffen), strikte Einhaltung von Tarifverträgen, konsequente Durchsetzung von Höhergruppierungsanträgen, Maßnahmen gegen die Streichung von übertariflichen Zulagen, das Ergreifen aller für den Gesundheitsschutz notwendigen Maßnahmen, Bindung des Personalrats an die Beschlüsse der Belegschaft. Diese Liste versuchte, diese Forderungen in der Belegschaft zu verankern und klarzumachen, daß sich die Belegschaft für die Forderungen aktiv einsetzen muß. Sie gewann bei den Angestellten drei Sitze.

"Alternative dritte Liste":

Sie übernahm die Forderungen der ÖTV-Gewerkschaftsgruppe zum Teil und in abgeschwächter Form, nannte sich neutral, wollte mit Kommunisten nicht zusammenarbeiten, aber auch nicht mit dem alten Personalratsvorsitzenden. Diese Liste gewann 2 Sitze bei den Angestellten, ihre Arbeiterkandidaten wurden nicht gewählt, da sie kaum jemand im Betrieb kannte.

Die insgesamt meisten Stimmen bekam der alte Personalratsvorsitzende (die meisten aus seiner Abteilung, der größten im Deutschen Krebsforschungszentrum, die zudem von den anderen Abteilungen abgeriegelt ist). Der KBW-Genosse bekam die viertmeisten Stimmen. Das Wahlergebnis zeigt auf der einen Seite die wachsende Unzufriedenheit von Teilen der Belegschaft mit der Politik der "vertrauensvollen Zusammenarbeit" des alten Personalratsvorsitzenden, die bei den Angestellten nur noch zu drei Sitzen reichte. Die Belegschaft wird ihre Interessen gegen die Geschäftsleitung aber nur durchsetzen können, wenn sie sich auf dem Boden der dringendsten Forderungen vereinheitlicht und den Betriebsrat darauf festlegt.

Aufbauzelle Deutsches Krebsforschungszentrum

IG Druck: Keine Anrechnung auf die übertariflichen Leistungen

Stuttgart. Zugleich mit geplanten größeren Entlassungen in mehreren Stuttgarter Druckbetrieben, wollen die Druckkapitalisten den Lohn abbauen. Aus 17 Druckbetrieben kamen Betriebsräte und Vertrauensleute zusammen und beschlossen, gegen diesen Lohnraub vorzugehen. Wie sieht die Lage der Druckkollegen in Stuttgart aus?

Zugleich mit der Errichtung eines neuen Druckzentrums wollen die Druckkapitalisten von drei Stuttgarter Zeitungen zahlreiche Arbeitsplätze abbauen.

Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze brachte aber bisher nur einen Sozialplan für die Beschäftigten der technischen Abteilungen der 'Stuttgarter Nachrichten'; beim 'Wochenblatt' wird gegenwärtig über einen Sozialplan verhandelt. Die Geschäftsführung der 'Stuttgarter Zeitung' sagte zu, daß die Einsparungen von 125 Arbeitsplätzen in den technischen Abteilungen nicht zu Entlassungen führen würden, weil mit dem Umzug ins neue Druckzentrum Möhringen andere Arbeitsplätze entständen.

Unter dem Motto: "Jetzt geht es zuerst um die Arbeitsplätze" hat die IG Druck in Stuttgart jede Diskussion über Tariferhöhungen in den Hintergrund gerückt. Über den 6,4 %-Tarifabschluß wurde noch nicht einmal in den Betrieben eine Information verteilt, wie es sonst üblich war.

Die Druckkapitalisten versuchen jetzt, die Angst der Kollegen um ihren Arbeitsplatz durch Lohndrückerei zu nutzen. In über zwei Dutzend Betrieben, darunter auch der großen Druckerei Belse, wurde angekündigt, daß der Tarifabschluß auf die übertariflichen Leistungen angerechnet werde.

30 Betriebsräte und Vertrauensleute aus 17 Stuttgarter Druckbetrieben beschlossen, gegen diesen Lohnraub vorzugehen, und dazu die Kollegen in den Betrieben und die Gewerkschaft zu aktivieren. Sie beschlossen folgende Resolution:

"Ausgehend von der Empfehlung des Kollegen Stotz in 'druck und papier' Nr.8/75 fordern die Vertrauensleute der IG Druck und Papier, Bezirk Stuttgart, die am 26.4.75 über die Tarifsituation beraten haben, die Tarifkommission auf, unverzüglich über die Effektivität (Anrechnung) der letzten Lohntarifvereinbarung zu beraten, und dem Hauptvorstand die erforderlichen Durchsetzungsmaßnahmen vorzuschlagen."

Die Vertrauensleute beschlossen, unter den Kollegen eine Unterschriftensammlung mit diesem Text durchzuführen. Damit soll die Diskussion über den Tarifabschluß und ihre volle Durchsetzung entfacht werden. Sie wird auch nützlich sein, den Widerstand gegen die Anrechnung der Tariferhöhung in den einzelnen Betrieben zu verstärken, selbst wenn sich die Gewerkschaft nicht um die Forderungen ihrer Mitglieder kümmern sollte.

–H., Ortsaufbaugruppe Stuttgart–

KFZ-Handwerk

Tarifforderungen der IG-Metall-Branchenversammlung KFZ-Handwerk Kassel

Kassel. Im Mai laufen die Tarifverträge im KFZ-Handwerk aus. Die Kapitalisten empfahlen in einem Schreiben an den Tarifbezirk, daß man doch stillschweigend die Tarifverträge nicht kündigen solle und erst im Herbst, wenn die Werkstätten wieder etwas mehr Flaute haben, die Verhandlungen aufnehmen solle. Diesen Versuch der Kapitalisten, Lohnerhöhungen von vornherein abzuwiegeln, haben die Kollegen der Branchenversammlung einstimmig abgelehnt. Stattdessen stellten sie ihre Forderungen auf, die auf der Sitzung der Großen Tarifkommission am 13. Mai vertreten und gegenüber den KFZ-Handwerksunternehmen **durchgesetzt werden sollen:**

– 70 Pfennig mehr Stundenlohn für Arbeiter
– 120 DM mehr für Angestellte
– 1 Tag mehr Urlaub
– Erhöhung des Urlaubsgeldes um 10 %
– Streichung der unteren Lohngruppen
– Erhöhung der Ausbildungsvergütung für Lehrlinge um Beträge zwischen 40 und 60 DM
– Nichtanrechnung des Samstags als Urlaubstag bei Lehrlingen.

Aus: Ortsbeilage Kassel der KVZ Nr. 17/1975

35-Stunden-Woche

Kassel. Die Delegierten der 1. Ortsjugendkonferenz fordern den Vorstand der IG Metall auf, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich **als gewerkschaftliches Kampfziel in den Forderungskatalog aufzunehmen.**

Gegen KPD-Verbot und Beamtenrecht

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Urteil zur Klage der DKP-Lehrerin Lenhart auf Übernahme in den Schuldienst festgelegt, daß hierzulande niemand Beamter werden könne, der nicht bereit sei, das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln zu schützen. Mit dem KPD-Verbot wurde festgelegt, welche politische Ordnung für die westdeutsche Kapitalistenklasse geeignet ist; das Beamtenrecht ist das Mittel, um die Staatsdiener dazu zu zwingen, diese Ausbeuterordnung zu verteidigen.

Wenn bürgerliche Politiker den Namen Konrad Adenauer aussprechen, bekommen sie ein feierliches Gesicht. Denn unter der Führung von Konrad Adenauer war es der westdeutschen Bourgeoisie gelungen, der Arbeiterbewegung schwere Schläge zu versetzen. Unter anderem gelang es, die Kommunistische Partei politisch zu isolieren, faktisch zu zerschlagen und den Kommunismus unter Verbot zu stellen. Für eine ganze Weile war Schluß mit dem Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat in Richtung Revolution. Die Arbeiterbewegung war ohne politischen Sprecher. Der Bourgeoisie ging es dementsprechend gut. Die SPD-Parteiführer kassierten ihren Judaslohn. Konnten ihren Einfluß ausweiten und stabilisieren. Vor revolutionärer Kritik waren sie ab dato gesetzlich geschützt.

Die Massen, die von ihren Interessen geleitet werden, machen die Geschichte. Adenauer liegt unter der Erde. Im ganzen Lande aber arbeiten heute Revolutionäre am Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Es gibt kaum eine größere Ortschaft, wo es nicht Revolutionäre gibt, die der bürgerlichen Gesellschaftsordnung den Kampf ansagen und auf die Umwälzung dieser Verhältnisse hinarbeiten.

Der Bourgeoisie ist das widerwärtig. Wohl hat sie Gesetze, einen jeden schlichtweg einzulochen, der sich mit anderen zusammenschließt, um das private Eigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen. Die Bourgeoisie kann diese Gesetze aber nicht mit voller Wucht anwenden. Der ideologische Schaden, den ein brutal, mit aller Härte des Gesetzes durchgezogenes Verbot anrichten würde, wäre zu groß. Und die Kommunisten könnten schwerlich gehindert werden, aus dem Untergrund heraus gegen diese Verhältnisse zu kämpfen. Also schaut die Bourgeoisie gegenwärtig zähneknirschend zu, wie der Aufbau der Kommunistischen Partei Fortschritte macht.

Selbstverständlich ist Zähneknirschen nicht das einzige, was sie tut. Sie trifft auch Vorbereitungen, zum geeigneten Zeitpunkt neuerlich ein vollständiges Verbot durchzusetzen.

Und sie unternimmt allerhand Schikanen, um den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zu hindern. Vor allem aber ist sie gezwungen, den Staatsapparat auszubauen. Denn für große Klassenkämpfe, wie sie bevorstehen, wird ein ausgezeichnet und reibungslos funktionierender Unterdrückungsapparat gebraucht.

Und hier hat die Bourgeoisie gegenwärtig ziemliche Schwierigkeiten. Im öffentlichen Dienst gibt es Radikale und gar nicht mal so wenige. Das geht ihr aufs Gemüt. Das geht ihr an die Sicherheit. Da muß was unternommen werden. Dementsprechend wird gegenwärtig begonnen, den öffentlichen Dienst zu säubern. Von Radikalen und Verfassungsfeinden, wie das die bürgerlichen Politiker nennen.

Tatsächlich geht es der Bourgeoisie darum, im öffentlichen Dienst die radikalen Vertreter der Arbeiterbewegung und die Feinde des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln zu beseitigen. Im Ziel sind sich hier alle bürgerlichen Politiker einig. Über die Methode gibt es Streit. Einig sind sich die bürgerlichen Politiker auch, daß es das beste wäre, wenn es sich unauffällig machen ließe. Anläßlich des Bundesverwaltungsgerichtsurteils, in dem festgehalten wird, daß die Mitgliedschaft bei einer nicht verbotenen Partei genügt, um im öffentlichen Dienst verboten zu werden, schreibt die "Süddeutsche Zeitung": "Ein überzeugender Ausweg aus dieser fruchtlosen Kontroverse ist in Wirklichkeit nicht auf gerichtlichem Wege zu finden, sondern nur dann, wenn dieses Thema aus der vordergründigen Polemik verschwindet." Das ist ein frommer Wunsch. Für die Bourgeoisie wäre es freilich das beste. Es ist aber unlösbar, was der bürgerliche Leitartikler sich hier wünscht.

Folgender Widerspruch wäre zu lösen: Dreieinhalb Millionen Arbeitskräfte braucht die Bourgeoisie gegenwärtig schon, um die öffentlichen Angelegenheiten in ihrem Interesse regeln zu lassen. Diese Riesenzahl kann auch nicht annäherungsweise aus den besitzenden Klassen rekrutiert werden.



1. Mai Bremen: Streikrecht auch im Öffentlichen Dienst

Sie muß rekrutiert werden aus der Gesellschaftsklasse, deren einziger Besitz die Arbeitskraft ist und deren einzige Existenzmöglichkeit der Verkauf der Arbeitskraft an andere. In der großen Masse sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vollständig frei vom Besitz an den Produktionsmitteln und können sich keineswegs durchs Leben schlagen, indem sie andere für sich arbeiten lassen. Sondern sie müssen selber arbeiten, und zwar indem sie ihre Arbeitskraft verkaufen.

Es liegt auf der Hand, daß es ein unlösbares Problem darstellt, mit Leuten, die kein privates Eigentum haben an den Produktionsmitteln, das Recht der Kapitalistenklasse auf den Besitz an Produktionsmitteln zu verteidigen gegen den Zugriff der Arbeiterklasse. Die Interessenlage der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst rät es ihnen anders.

In dem Maße, wie sich die Front herausbildet zwischen der Arbeiterklasse, die das bürgerliche Eigentum aufheben muß, wenn sie der Ausbeutung entrinnen will, und dem Staatsapparat, der eben dieses Eigentum beschützt, muß sich auch im öffentlichen Dienst eine entsprechende Front herausbilden. Zwischen den Dienstherren, die von der Bourgeoisie gut gefüttert werden, und der Masse der Beschäftigten, denen die Interessenlage gebietet, mit der Arbeiterklasse zusammenzugehen. Es ist unschwer zu erkennen. Bezüglich der Entrechtung im öffentlichen Dienst wird es Krawall geben und keine Ruhe eintreten können, solange es die bürgerliche Klasse gibt.

Diese Ausgangslage muß man kennen, wenn man den Kampf gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst führen will. Daß der Kampf unvermeidlich ist, das ist bloß die eine Seite der Sache. Die andere ist, daß man es erlernt, ihn erfolgreich zu führen.

Die gegenwärtige Unterdrückungswelle im öffentlichen Dienst erweckt den Anschein, als ob die Bourgeoisie hier vollständig in der Vorhand wäre. Dies ist auch der Fall, was die rechtliche Lage angeht. Die Bourgeoisie kann vollständig im Rahmen ihrer Gesetze, ihrer Verfassung und ihrer Rechte bleiben und trotzdem dreieinhalb Millionen Leute unter politische Aufsicht stellen und ihnen Sondervorschriften machen.

Zwei Rechte sind es, die die Bourgeoisie in der Verfassung verankert hat, weil sie Grundpfeiler ihres Systems sind. Das eine ist die Pflicht zum treuen Dienen und im Kern die Einrichtung des Berufsbeamtentums. Das andere ist das KPD-Verbotsurteil. Bekanntlich hat es sich die westdeutsche Bourgeoisie geleistet, die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgerechnet mit der Begründung des Verbots der KPD zu umschreiben.

Beide Gesetzesvorschriften gewähren der Bourgeoisie Recht und bedeuten für die Arbeiterklasse Fesseln.

Wenn die gegenwärtige Auseinandersetzung im öffentlichen Dienst und um die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erfolgreich geführt werden soll, dann ist es nötig, gegen beide Gesetzesvorschriften eine politische Front aufzubauen.

Was das KPD-Verbotsurteil angeht, so ist klar, daß die Anwendung dieses Urteils im öffentlichen Dienst darauf abzielt, auszutesten, ob es sich die Arbeiterklasse erneut bieten lassen wird, daß man ihr den Gedanken an Revolution verbietet. Wenn hier nachgegeben wird, dann wird man es schnell erleben, daß erneut die ganze Wucht dieses Verbotes auf die Arbeiterbewegung fällt.

Was das Beamtenrecht angeht, so hat der Kampf dagegen ebenfalls eine Bedeutung entschieden über den öffentlichen Dienst selber hinaus. Es leuchtet ein: Nicht besonders treu ist es, wenn sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zusammenschließen und beraten, wie sie sich gegen den Dienstherren zur Wehr setzen können, und zum Beispiel streiken. Dementsprechend ist es auch die Auffassung der Bourgeoisie, daß zumindest die Beamten das Streikrecht nicht hätten, und die Absicht der Bourgeoisie, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst insgesamt das Streikrecht zu verkürzen. Man erinnert sich noch gut, wie anläßlich des Streiks im Vorjahr die ganze Bourgeoispresse aufgeheult hat, ob es wirklich sein darf, daß Leute, die zur Erledigung öffentlicher Angelegenheiten angestellt wurden, streiken.

Ein erfolgreicher Angriff auf das Streikrecht im öffentlichen Dienst hätte offensichtlich schädliche Folgen für die ganze Arbeiterklasse. Wirtschaftlich, weil ein Absinken des Lohnniveaus im öffentlichen Dienst unvermeidlich auf die Industriebranchen durchschlagen müßte. Politisch, weil die ideologische Abhängigkeit von der Bourgeoisie selbstverständlich größer ist, wenn der freie Zusammenschluß und die selbständige Aktion nicht mehr legal möglich sind. Darüberhinaus ist es natürlich so, daß der freie und selbständige Zusammenschluß der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber dem Dienstherren ein fortwährendes Element der Zersetzung des Staatsapparates darstellt.

Man sieht: Die politische Absicht der Bourgeoisie bei der gegenwärtigen Säuberung des Staatsdienstes besteht in folgendem. Begrenzte Anwendung des KPD-Verbotes, begrenzte politische Entrechtung, um zur allgemeinen Anwendung des KPD-Verbotes und zur allgemeinen Entrechtung zu gelangen. Anwendung des Beamtenrechtes auf die radikalen Vertreter der Arbeiterbewegung und die Feinde des privaten Eigentums, um zur Ausdehnung des Beamtenrechtes und zur Verpflichtung zum treuen Dienen auf die Masse der Beschäftigten vorzubereiten. Im Effekt: Ausrichtung des Staatsapparates auf die perfektionierte Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes sowie Verkürzung der legalen Rechte der Arbeiterklasse zur Erschwerung des Widerstandes.

In dieser Situation nach einem irgendwie gearteten Kompromiß zu suchen, der die Interessen der Arbeiterklasse an diesem Punkte mit den Interessen der Bourgeoisie aussöhnt, ist offensichtlich müßig.

Um was es geht, ist gegen das KPD-Verbot eine schroffe politische Front aufzubauen. So daß der Gebrauch des KPD-Verbotes zum unkalkulierbaren Risiko für die Bourgeoisie wird. Und für die Abschaffung des Beamtenrechtes und gegen das Prinzip vom treuen Dienen einzutreten, so daß die Bourgeoisie es nicht wagen kann, das Beamtenrecht umfassend einzusetzen und beispielsweise das Streikrecht im öffentlichen Dienst ganz abzuschaffen.

Im Aufbau dieser politischen Fronten gegen die Bourgeoisie gewinnen auch die einzelnen Kämpfe, die jetzt geführt werden, eine größere Schlagkraft. Bislang erhebt sich der Widerstand meist unter folgenden Gesichtspunkten: Einerseits werden die Zustände in den öffentlichen Einrichtungen enthüllt, die es den Dienstherren wohl geraten sein lassen, bloß solche einzustellen, die beispielsweise der Schweigepflicht genügen. Weiterhin wird der faktischen Entrechtung das Recht jedes Staatsbürgers auf freie Äußerung der Meinung gegenübergestellt. Das ist gewiß richtig. Es ist aber nicht hinreichend.

M.F.



Kollegen des Öffentlichen Dienstes am 1. Mai in Hamburg

Die Verantwortlichen bleiben im Dunkeln

Prozeß gegen Vollzugsbeamte des Mannheimer Landesgefängnisses

Gegenwärtig wird im Mannheimer Landesgericht gegen zwei ehemalige Hauptwachtmeister der Landesvollzugsanstalt Mannheim Anklage erhoben wegen Mord an dem Häftling Peter Vast. Der Gefangene Peter Vast wurde am 27.Dezember 1973 in der Zelle 1329 von der Wachmannschaft mit Schlüsselbund, Stuhlbein und einem hölzernen Schlagstock bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und dann unter eine Pritsche geschoben, wo Vast an seinem Erbrochenen erstickte.

"Der Häftling Worm, der die Information nach draußen gegeben hatte, wurde zum Verrückten erklärt und in die psychiatrische Haftanstalt Hohenasperg gebracht. Als am Jahrestag der Ermordung von Vast die Mannheimer Gefangenen im Hof eine Kundgebung machen wollten, stand die Bereitschaftspolizei in Bruchsal abrufbereit. Notfalls wird geschossen." (Zitat aus dem Flugblatt des Frankfurter Gefangenenbeirats)

Mitte Juni 1974 enthüllte der Frankfurter Gefangenenrat, daß in ca. 100 Fällen Häftlinge im Mannheimer Landesgefängnis gefoltert wurden, wobei mindestens vier Todesfälle eintraten. Weiter wurde in mehreren Fällen Beamtenbestechung aufgedeckt. Das mühsam konstruierte Lügengebäude der Beamten und Politiker stürzte zusammen. Ein Gefängnisskandal größeren Ausmaßes wurde aufgedeckt.

Der jetzt stattfindende Prozeß wird so geführt, daß möglichst wenig von dem "Knast-Alltag" und den menschenunwürdigen Zuständen weiter ans Tageslicht gefördert wird. Der Prozeß befaßt sich mit kleinen Beamten, die in Bestechungen und einzelnen Sauereien gegenüber den Gefängnisinsassen verwickelt sind. Die politisch Verantwortlichen aber sollen weiterhin ungeschoren in ihren Regierungssesseln bleiben. Dies wurde auch unter den Zuschauern erkannt und in vielen Diskussionen in den Pausen herausgestellt.

Mitglieder des Frankfurter Gefangenenrates entrollten im Gerichtssaal ein Transparent "Bender und Raith auf die Anklagebank". Im Prozeß selbst wurden die Namen des Justizministers und des Anstaltsleiters nicht mal erwähnt. Der Richter, Professor Schmidt, ließ das Transparent sofort einziehen. Den Fotografen wurde der Film beschlagnahmt, Tonbandaufnahmen verboten und gegen einen Zuhöhrer Hausverbot ausgesprochen. Es soll schnell ein Schlußstrich unter den Mannheimer Gefängnisskandal gezogen werden. Den Verteidigern wurden Gerichtsakten nicht übergeben oder die Übergabe lange hinausgezögert. Im Prozeß stellte der Verteidiger den Antrag, den medizinischen Sachverständigen, Prof. Dr. Klein, wegen Befangenheit abzulehnen, da er über die Todesursache von Vast unterschiedliche Angaben machte. Das Gericht entschied jedoch gegenteilig, Begründung: "daß sich der medizinische Sachverständige vom Auftrag der Kammer leiten ließ, ist voll auszuschließen."

Auch der ehemalige Anstaltsleiter Raith verwickelte sich in Widersprüche. Er behauptete z. B., daß er den Häftling vor seinem Tod nicht mehr gesehen hätte. Dem standen die Aussagen eines Krankenpflegers und eines Revierbeamten entgegen. Die erneute Vorladung Raiths wurde dennoch abgelehnt.

"Wenn da Beamte hineinverwickelt sind, dann sieht es für sie schlecht aus", hatte der Hauptwachtmeister Poschinger vor eineinhalb Jahren zu seinem Kollegen H.J.Otto gesagt, als sie sich in der Kantine über den Tod von Vast unterhielten.

Am dritten Prozeßtag weigerte sich der erste Belastungszeuge, auszusagen, weil er einen Tag zuvor "ab 8 Uhr morgens 11 Stunden im Keller des Landesgerichts – kein Essen, keine Pritsche, kein Fenster –" verbringen mußte. Das sei "wie eine Folter für ihn gewesen".

An den folgenden drei Prozeßtagen wurden die Verhörmethoden der Sonderkommission durch die Zeugen angeprangert. Einer sprach von "einer Tortur", ein anderer meinte, man habe ihn "solange in die Mangel genommen, bis er zu allem Ja und Amen gesagt habe", ein dritter – der sich damals bei der hessischen Polizei beworben hatte – erklärte, ihm habe man gesagt, "Du frißt bei der hessischen Polizei kein Gramm Salz" oder "Wir können auch anders, wir können ein paar Stockwerke tiefer gehen!" Zudem erklärten die Zeugen übereinstimmend, sie seien immer wieder an ihre Familie erinnert worden: "Wieviele Kinder haben Sie?" "Drei." "Dann denken Sie dran." – und bei der Protokollierung sei "Wortklauberei" betrieben worden, "alles in schöne Sätze" gekleidet, doch "der Sinn war nicht mehr der, der gemeint war".

Der Prozeß macht deutlich, daß die Justiz alles daran setzt, das, was über die Zustände hinter den Gefängnismauern ans Licht gekommen ist, wieder zu vertuschen. Was dort vorgeht, hält die herrschende Klasse ebenso gerne geheim wie das, was sich hinter den Vorhängen ihrer Villen tut. Um das Loch zu stopfen, das durch den Mannheimer "Skandal" entstanden ist, werden vielleicht zwei kleine Beamte über die Klinge springen müssen, die wahren Schuldigen wird das Gericht von sich aus jedenfalls im Dunkeln lassen.

–m., Mannheim–

Interview mit dem Genossen Hans Meier, Bremen

8. Mai 1945: Im Strafbataillon 999

Wo warst Du während des Zusammenbruchs des Hitlerfaschismus?

Den Zusammenbruch des Hitlerfaschismus erlebte ich als Angehöriger des Straf- und Bewährungsbataillons 999 auf der Insel Rhodos. Es war dies ein Zusammenbruch, indem die Engländer eine Schutzmacht errichteten zum Schutz der faschistischen deutschen Offiziere vor den Aktivitäten deutscher Antifaschisten.

Damals am 8. Mai erschien einiges, was mit der Aufrechterhaltung von Moral und Disziplin von den englischen Offizieren begründet wurde, unverständlich für viele Antifaschisten.

Heute, am 8. Mai 1975, 30 Jahre nach diesem Zusammenbruch, wird immer klarer, was am 8. Mai 1945 gerettet werden sollte: Das deutsche Volk war zwar von einer bestialischen Regierungsform der deutschen Bourgeoisie befreit, nicht aber von den Monopolkapitalisten, die sich der Mörderclique der Faschisten bedient hatten. Gerettet werden sollten die Hitlergenerale, die heute die Bundeswehr kommandieren, gerettet werden sollte das kapitalistische System, die Mitglieder des kapitalistischen Staatsapparates, z.B. die Mitglieder der Waffen-SS, die sich heute unter dem Namen HIAK tummeln und z.B. am 9. / 10. Mai 1975 ein Kameradschaftstreffen durchführen, organisiert von Stabsoffizieren der SS. Gerettet werden sollte die Justiz, jene Nazi-Richter, die heute im Justizapparat sitzen ...

Wie war die Zusammensetzung des Strafbataillons 999?

Es war eine Mischung von politischen und kriminellen Häftlingen, die hauptsächlich Sozialdemokraten und Kommunisten waren, und die Kriminellen, von denen einige selbst das Schandbare des "Tausendjährigen Reichs" erkannt hatten und für den politischen Widerstandskampf brauchbar waren, andere dagegen eben nicht.

Was war mit dieser Zusammensetzung beabsichtigt?

Erstens sollten die politischen Häftlinge dadurch zu Kriminellen gestempelt werden, zweitens sollte jedes einheitliche Handeln gegen den Faschismus hintertrieben werden und jeder Ansatz für den Aufbau von Widerstandsorganisationen verhindert werden. Den regulären Truppen, die auf der Insel stationiert waren, war der Umgang mit dem Strafbataillon verboten. Ihnen wurde gesagt, es handle sich nur um Kriminelle, mit denen es keinen Umgang geben darf.

Gab es dennoch Möglichkeiten, innerhalb des Strafbataillons Widerstand zu organisieren?

Ja, und diese Möglichkeiten wurden auch von uns Antifaschisten genutzt, zwar nicht in der ersten Zeit, aber je mehr der Krieg fortschritt, und sowohl mit Beteiligung von ehemals Kriminellen als auch von regulären Soldaten sowie der italienischen Hiwis, wie sie genannt wurden, die am Badoglio-Putsch teilgenommen hatten und den eingeteilten Kompanien zugeteilt waren.

Zum Beispiel war geplant gewesen, am 20. April 1945 das Offizierskasino in die Luft zu sprengen, wobei die Vorbereitungen äußerst präzise klappten. Durch Beschluß der Widerstandsleitung wurde dieser Plan wieder aufgehoben, gelungen aber war es, viele, und insbesondere die italienischen Hiwis, in den Widerstand mit einzubeziehen.

Wie war die Situation im Strafbataillon kurz vor und während des Zusammenbruchs des Hitlerfaschismus?

Nachdem in Italien der sogenannte Badoglio-Putsch gescheitert war und die deutschen Offiziere die Verwaltung der Insel übernahmen, verschlechterte sich die Lage von Tag zu Tag für die Wehrmacht, und immer günstiger wurden die Voraussetzungen des Widerstandes gegen die faschistischen Okkupanten der Insel. Als die Versorgung immer schwieriger wurde, faßten die faschistischen Generale den Beschluß, die deutschen Truppen abzusetzen, und sprengten auch gleich einige Lebensmitteldepots in die Luft. Das war aber sehr kurzsichtig, denn die englische Blockade war bereits so überlegen zu Wasser und in der Luft, daß keine JU mehr starten konnte und kein deutscher Soldat mehr die Insel verlassen konnte. Durch die Schuld der Offiziere brachen Hungerepidemien aus, und es wurden sogenannte Kriegsgärten angelegt. Jeder Soldat, der sich eine Apfelsine aus einem solchen Garten holte, wurde mit dem Tod bestraft. Soweit mir bekannt ist, hat der Generalmajor Wagner innerhalb des letzten Jahres vor der Kapitulation noch ungefähr 800 italienische und 600 deutsche Soldaten standrechtlich erschießen lassen. Als nach der Kapitulation die Engländer die Insel mit wenigen Kräften besetzt hatten, hatte dieser Generalmajor Wagner, der soviel Menschenleben auf dem Gewissen hat, noch die Möglichkeit, von einem Gefangenenlager zum anderen auf der Insel Rhodos zu reisen und Reden zu halten.

Dieser General erhielt später in Italien, wie ich erfahren habe, 15 Jahre Zuchthaus und lebt, soweit ich weiß, seit langem wieder auf freiem Fuß.

Am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation, kam meine Kompanie, die sonst an verschiedenen Stellen dezentralisiert war, an dem Ort zusammen, wo ich auf einer Backstelle war. Wir hatten bereits eine kurze Versammlung durchgeführt und beschlossen, daß alle Hoheitszeichen der NSDAP an der Uniform, wie das Hakenkreuz an der Mütze, die Litzen und Schulterklappen, entfernt werden. Als jetzt das Gros der Kompanie anmarschiert kam, gingen wir ihnen entgegen, und forderten sie auf, sofort die Hoheitszeichen zu entfernen, was sie auch taten. Zwei Stunden später ließ unser Kompaniechef die ganze Kompanie antreten und forderte uns auf, unter dem Hinweis "noch sind wir deutsche Soldaten", die Hoheitszeichen innerhalb von zwei Stunden wieder an der Uniform anzubringen.

Darauf meldete ich mich zu Wort und gab zu verstehen, daß ich im Namen aller Antifaschisten eine Erklärung abzugeben hätte und erklärte sinngemäß:

Herr Kompaniechef, wir als ehemalige KZ-ler, Zuchthäusler und Gefäng-
lige KZ-ler, Zuchthäusler und Gefäng-
nisinsassen, aus politischen Gründen innerhalb der deutschen Strafanstalten unter dem Faschismus gefoltert, mißhandelt und gepeinigt, – wir können es mit unserem Gewissen nicht mehr vereinbaren, die Hoheitszeichen der NSDAP an ihren Uniformen und an unserem eigenen Leib zu tragen. Deshalb haben wir den Beschluß gefaßt, diese Zeichen zu entfernen und sind nicht gewillt, sie wieder an den Uniformen zu befestigen.

Darauf antwortete der Kompaniechef, daß er auf seiner Anweisung bestehe und versuchte auch gleich, die Kriminellen gegen uns auszuspielen.

Für uns kam es jetzt darauf an, die Einheitsfront herzustellen, auch die Kriminellen in dieser Weise mit in Schutz zu nehmen, um diese Aktion bis zur letzten Neige durchzuführen, und das ist uns auch gelungen. Er gab uns noch einmal eine Bedenkzeit von zwei Stunden und wollte sich dann bei der englichen Besatzungsmacht Auskunft holen. Nach zwei Stunden mußten wir wieder antreten. Niemand hatte die Hoheitszeichen wieder angelegt, und er verlas, daß jeder zum Tode verurteilt werden kann, der nicht Gehorsam leistet, was die englische Leitung herausgab, und auf meinen Namen und zwei andere legte er keinen Wert mehr, das sei sowieso dann erledigt als Rädelsführer. Durchgeführt werden konnte das dann nicht mehr, weil die Einheitsfront unter den Soldaten so stark war bis auf drei, daß wir uns durchgesetzt haben und sich später auch herausstellte, daß die deutschen Offiziere falsche Berichte an die englischen Besatzer gegeben hatten.

Wie wurden auf der einen Seite die deutschen Antifaschisten und auf der anderen Seite die Faschisten der Wehrmacht nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus von den Alliierten behandelt?

Von seiten der englischen konservativen Offiziere wurden keine Unterschiede gemacht. Für sie waren faschistische Wehrmacht und antifaschistische Kräfte innerhalb der Wehrmacht ein und dasselbe und wurden über einen Kamm geschoren. Das zeigte sich daran, daß die Engländer alle Macht in den Händen der faschistischen Offiziere beließen und von den antifaschistischen Kräften Gehorsam gegenüber den faschistischen Offizieren verlangten. Das heißt also, daß zwischen einer faschistischen und einer bürgerlichen Armee, wie sich hier ganz deutlich zeigt, im wahrsten Sinne des Wortes kein grundlegender Unterschied erkennbar war. Diese eben von mir geschilderter Behandlung vollzog sich noch während unseres Verbleibens auf der Insel Rhodos. Nach etwa 14 Tagen bzw. drei Wochen wurden wir in die englischen Kriegsgefangenenlager nach El Dawa in Ägypten abtransportiert. Hier war die Behandlung der Antifaschisten folgendermaßen: Zunächst, wie auf der Insel Rhodos, eine gleiche Behandlung wie für die Faschisten. Als wir von Bord des italienischen Frachters Alexandria auch in den Hafen Alexandria einliefen und von Bord gingen, standen englische Soldaten in Zweierreihen Spalier und empfingen uns mit Fußtritten ins Gesäß usw. Das war unser Empfang in der englischen Kriegsgefangenschaft im Hafen.

Dann wurden wir mit Eisenbahnwaggons entlang des Nils nach der Wüste El Dawa verschickt, wo riesige Gefangenenlager gebaut waren, und wurden durch die Hauptlagerstraße geführt und kamen an solchen Gefangenencages (-käfigen) vorbei, wo deutsche Faschisten gesondert gehalten wurden. Zu unserem großen Erstaunen mußten wir uns gefallen lassen, einen Steinhagel über uns ergehen zu lassen und uns mit Verräter usw. beschimpfen zu lassen, ohne daß die Engländer eingriffen. Dann kamen wir allerdings in sogenannte antifaschistische Cages und konnten uns unter der Führung von Stabsfeldwebeln, die von den Engländern als Lagerpolizisten eingestuft waren, ihrer Führung unterstellen und dann das politische Leben in den Lagern entwickeln. Das heißt, daß wir uns sofort an die Arbeit machten und antifaschistische Arbeitsgemeinschaften ins Leben riefen in den englischen Lagern.

Wie wurde diese antifaschistische Arbeit in den englischen Lagern gestaltet?

Nun, zunächst war es so, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten zusammensetzten und sich eine antifaschistische Leitung wählten. Das heißt, daß wir uns die Aufgabe stellten, den vom faschistischen Geist durchdrungenen jugendlichen deutschen Kriegsgefangenen die demokratischen Grundsätze näherzubringen, sie im Marxismus zu unterrichten und zu lehren, wobei wir dann sofort von dem englischen Lagerkommandanten zum Verhör geholt wurden und uns klar gemacht wurde, daß uns verboten sei, den Kommunismus zu lehren, sondern unsere Aufgabe nur darin bestehen dürfe, die deutschen Kriegsgefangenen zur Demokratie zurückzuerziehen. Unsere Versammlungen waren anfangs äußerst schlecht besucht. Wir hatten ein großes Zelt zur Verfügung, wo sich dann außer der Leitung der Antifaschisten nur noch zwei oder drei von 800 Gefangenen einfanden. Wir mußten alles daran setzen, diesen Zustand zu ändern. Wir haben ihn dadurch geändert, daß wir z.B. auf eine der Mentalitäten der deutschen Gefangenen eingegangen sind, und haben z.B. den Muttertag zum Anlaß genommen, das gesamte Lager umzugestalten durch Plakatierung, durch Grafiken, um Bilder zu zeigen mit passenden Unterschriften, wie Mütter, die ihre Kinder auf den Armen halten, daß diese Kinder nicht für den Krieg geboren, sondern für den Frieden und ein friedliches Deutschland, das man erhalten und verteidigen muß usw. Auf jeden Fall wurde das ganze Lager in dieser Hinsicht umgestaltet. Die Kriegsgefangenen, selbst die in unserem Teil des Lagers befind-
die in unserem Teil des Lagers befind-
lichen drei Offiziere, die sich uns angeschlossen hatten, waren am anderen Morgen sehr erstaunt und begeistert. Das hatte zur Folge, daß auf der nächsten Versammlung im großen Zelt nicht zwei, drei kamen, sondern von den achthundert Kriegsgefangenen etwa sechs- bis siebenhundert erschienen waren und unsere Versammlung besuchten. Und den Höhepunkt erreichten wir dann mit unserer ersten freien Maifeier, soweit man sie frei unter englischen Verhältnissen nennen kann, also frei vom Faschismus. Sie hatte solch einen durchschlagenden Erfolg, daß bis auf einen Lagerinsassen alle an dieser Maifeier teilgenommen haben und es eine sehr gute und begeisternde Maifeier gewesen ist, die sich grundlegend von dem, wie es im Bewußtsein der Menschen in der faschistischen Zeit war, unterschied.



Sowjetische Partisanen im Zweiten Weltkrieg bei der Instruktion. Neben den Völkern der Sowjetunion erhoben sich im Zweiten Weltkrieg Widerstandskämpfer in den besetzten Staaten Europas zum bewaffneten Kampf gegen den Faschismus. Die Widerstandsbewegung in Deutschland selbst trug dazu bei, den Faschismus zu schwächen.

Beschlüsse für das Recht auf Abtreibung

Frankfurt. Der Ortsjugendausschuß der Deutschen Postgewerkschaft, Ortsverwaltung Dreieich, hat einstimmig folgende Resolution gegen den § 218 verabschiedet:

"Wir fordern alle Gewerkschafter und gewerkschaftlichen Gremien auf, sich aktiv für die Streichung des § 218 einzusetzen.

Unter den momentanen gesellschaftlichen Verhältnissen sprechen wir uns grundsätzlich für das Recht aller Frauen auf Abtreibung aus. Gleichzeitig fordern wir soziale Maßnahmen, die es allen Frauen ermöglichen, Kinder zu bekommen und sie unter zumutbaren Verhältnissen zu erziehen.

Gerade die Frauen der arbeitenden Bevölkerung sind immer wieder gezwungen, Abtreibungen vornehmen zu lassen, und werden hierbei in die profitgierigen Hände von Kurpfuschern getrieben. Während die Frauen der besitzenden Klasse bei teuren Auslandsaufenthalten in gut eingerichteten Kliniken Abtreibungen durchführen lassen können, und dies allerdings auch nicht unter dem Gesichtspunkt der Existenznot.

Deshalb fordern wir ersatzlose Streichung des § 218, gegen das reaktionäre Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Selbstbestimmung des Volkes! Das heißt, wir treten für die Durchführung einer Volksabstimmung ein."

Westberlin. Der ordentl. Landesbezirkstag der IG Druck und Papier hat auf seiner Tagung am 26.4.1975 beschlossen, den "Gesetzgeber" aufzufordern, "den § 218 ersatzlos zu streichen".

Köln. Am 28. April diskutierten die über 45 Teilnehmer der Frauen-Hauptversammlung der IG Chemie des Verwaltungsbezirks Köln über die Situation, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts entstanden ist. Sie verabschiedeten eine Resolution, die das Karlsruher Urteil verurteilt, das sich über den Willen des Volkes hinwegsetzt. Alle in der IG Chemie organisierten Kolleginnen werden aufgefordert, ihre Aktivitäten gegen den § 218 jetzt nicht einzustellen. Die Resolution wurde an die "Gewerkschaftspost" geschickt.

Hannover. Auf einer Veranstaltung "Weg mit dem § 218" beschlossen etwa 150 Teilnehmer bei nur zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen eine Resolution, in der sie einmütig die ersatzlose Streichung des § 218 fordern und den Vorschlag des KBW zur Fortführung des Kampfes gegen den Abtreibungsparagrafen unterstützen. Es wurde ein Komitee gegründet, das den Kampf auf dieser Linie organisieren soll. Schon jetzt arbeiten darin etwa 20 Menschen, davon viele Unorganisierte. Während der DGB-Mai-Rede wurde der Aufruf zur Unterstützung der Arbeit des Komitees verteilt. Der DGB hatte einen Stand gemacht, an dem für die Fristenlösung Unterschriften gesammelt wurden. Mitglieder des Komitees konnten vielen Menschen in Diskussionen klar machen, daß mit dieser Forderung nichts wesentliches anzufangen ist. Spontan erklärten sich einige bereit, jetzt im Komitee mitzuarbeiten.

Oldenburg. Am 22. April führte die Kommunistische Hochschulgruppe an der Oldenburger Universität eine Veranstaltung zum Thema "Weg mit dem § 218!" durch. Bei nur einer Enthaltung verabschiedeten die über 20 Anwesenden eine Resolution, die den Vorschlag des KBW unterstützt.

Hildesheim. Nach einer Veranstaltung der Ortsgruppe des KBW, zu der über 100 Menschen gekommen waren, hat sich eine Initiative für ein Komitee gegen den § 218 gebildet, an der zahlreiche unorganisierte Gegner des Abtreibungsparagrafen sich beteiligen.

Mönchengladbach. Auf der Grundlage des Vorschlags des KBW hat sich ein Komitee gegen den § 218 gebildet, an dem bisher 11 Personen teilnehmen.

Kassel. Am 24. April wurde ein Komitee gegen den § 218 auf der Grundlage des Vorschlags des KBW gegründet.

Frankfurt. Am 23. April führte die Zelle Romanistik des Kommunistischen Studentenbundes am Romanischen Seminar der Universität eine Veranstaltung zum § 218 durch. Etwa 20 Studenten nahmen daran teil. Die Aufführung einer Szene aus dem Theaterstück "Cyankali" von Friedrich Wolf, die sehr gut den Klassencharakter des § 218 zum Ausdruck brachte, fand große Zustimmung.

Einige Studenten wollen jetzt diese Szene aus den 20-er Jahren modernisieren und auf Veranstaltungen und auf der Straße aufführen. Beschlossen wurde, sich mit der Forderung "Weg mit dem § 218! Volksentscheid!" an der 1. Mai-Demonstration zu beteiligen.

Einladung zu einem Treffen der Komitees und Initiativen gegen den Paragrafen 218

Nach dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes, das dem § 218 Ewigkeitscharakter verleihen will, hat der Ständige Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) den Vorschlag gemacht, den Kampf gegen den § 218 mit folgender Stoßrichtung weiterzuführen:

Weg mit dem § 218!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Dieser Vorschlag hat auf zahlreichen Veranstaltungen, in Gewerkschaftsgruppen, bei Diskussionen in Betrieben und auf der Straße eine breite Zustimmung gefunden. Gleichzeitig haben zahlreiche Gegner des § 218 Bedenken, ob dieser Vorschlag mit Erfolg in die Tat umgesetzt werden kann. Sämtliche politischen Organisationen, die sich in Worten stets gegen den § 218 ausgesprochen haben, haben diese Bedenken zum Vorwand genommen, um sich entweder jeder Stellungnahme zu enthalten oder kapitulantenhaft gegen den Vorschlag aufzutreten. Heute ist die Lage so, daß sich auf der Linie der drei genannten Forderungen an verschiedenen Orten Komitees und Initiativen gebildet haben und daß einzelne Frauengruppen von der Richtigkeit dieser Losungen überzeugt werden konnten. Es gibt also Ansätze einer Aktionseinheit zur Durchsetzung dieser Forderungen, während die verschiedenen politischen Organisationen diese Aktionseinheit der Massen zur Fortsetzung des Kampfes gegen den § 218 hintertreiben. In dieser Situation halten wir es für richtig, nicht länger zu warten, ob diese oder jene politischen Organisation noch ihre Meinung ändern wird, sondern die nächsten praktischen und organisatorischen Schritte einzuleiten, um die Aktionseinheit der Massen gegen den § 218 voranzubringen und weitere Schritte zum Kampf gegen den § 218 festzulegen.

Die bürgerlichen Parteien im Parlament gedenken, die Frage unter der Hand zu erledigen und keine erneute öffentliche Debatte über den § 218 zuzulassen. Entweder werden sie die Sache im Sande verlaufen lassen wollen oder irgendwann mit einer Änderung an die Öffentlichkeit treten, auf die sie sich bereits geeinigt haben und die sie rasch durch das Parlament ziehen werden.

In dieser Situation kommt es darauf an, die weiteren Aktionen gegen den § 218 nicht von der Planung der bürgerlichen Parteien abhängig zu machen, sondern selbständig den Zeitpunkt weiterer Aktionen festzulegen.

Wir schlagen vor, daß zu Beginn der Sitzungsperiode des Parlaments nach der Sommerpause am 21. September eine zentrale Massendemonstration in Bonn gegen den § 218 durchgeführt wird, daß zur Vorbereitung dieser Demonstration von Juni bis September eine Unterschriftensammlung durchgeführt wird für die drei Forderungen: Weg mit dem § 218! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Um diesen Vorschlag zu erörtern, laden wir alle Initiativen und Komitees gegen den § 218, die in der Stoßrichtung des weiteren Kampfes gegen den § 218 mit uns grundsätzlich übereinstimmen, zu einer gemeinsamen Beratung ein. Dieses Treffen soll am 31. Mai/1. Juni in Mannheim stattfinden. Auf diesem Treffen soll über das weitere Vorgehen entschieden werden und sollen die Komitees einen gemeinsamen Ausschuß bilden, der die Komitees zentral vertreten kann, die Unterschriftensammlungen zentralisieren und Demonstrationen vorbereiten kann.

Wir fordern alle Komitees und Initiativen auf, diesen Vorschlag zu beraten und wenn sie mit der gemeinsamen Beratung einverstanden sind, 1–3 Vertreter festzulegen und zu diesem Treffen anzumelden. Der Kommunistische Bund Westdeutschland ~~wird~~ die organisatorische Vorbereitung dieses Treffens übernehmen. Wir bitten die Komitees, Initiativen und Frauengruppen, die an diesem Treffen teilnehmen wollen, ihre Teilnahme bis zum 24. Mai bei unserem Büro anzumelden.

Kommunistischer Bund
Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Ständiger Ausschuß
6800 Mannheim 31
Sandhoferstr. 29
Tel.: 0621/36012
0621/36013

Einig, dass das Volk selber entscheiden soll

Die seit zwei Monaten bestehende Frankfurter Initiative, in der z. Z. 28 Mitglieder arbeiten, hatte zum 30.4 zu einer Veranstaltung in den "Gildestuben" eingeladen. Zu der Veranstaltung kamen 70 Menschen, obwohl wir ganz allein durch Hausbesuche, Wandzeitung etc. mobilisieren mußten. Die bürgerliche Presse hatte eine Ankündigung der Veranstaltung abgelehnt.

Untergruppen der Initiative aus den Stadtteilen Bockenheim, Bornheim/Nordend, Sachsenhausen und Nordweststadt hatten kurze Beiträge vorbereitet, in denen die soziale Not der zur Abtreibung gezwungenen Frauen anschaulich geschildert wurde. Es wurde gezeigt, wie viele Frauen in ihrer Verzweiflung zu selbstzerstörerischen Mitteln greifen, um nur nicht ein zusätzliches Kind bekommen zu müssen. So wurde von einer Frau berichtet, die sich mit einer Pistole durch den Unterleib schoß und knapp dem Tod entging. Diese Frau trug schwere bleibende Unterleibsschäden davon.

Wir stellten heraus, daß unter den gegebenen sozialen Verhältnissen, die täglich 500 Frauen zur Abtreibung zwingen (Frankfurter Rundschau vom 19. April), jegliche Bevormundung des Staates über die betroffenen Frauen und Familien gegen die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes gerichtet ist. Deshalb meinen wir, daß der § 218 ersatzlos gestrichen werden muß und daß die betroffenen Frauen und Familien selbst darüber entscheiden müssen, ob sie abtreiben lassen wollen.

Nach einer längeren Diskussion konnten wir Einigkeit darüber erzielen, daß das Volk selbst entscheiden muß. Einige Anwesende meinten, man müsse sich gegen die "Kompetenzüberschreitung" des Bundesverfassungsgerichtes wenden und die Frage des § 218 wieder in die Hände des Parlaments legen. Das ist aber eine ganz falsche Auffassung. Haben wir es nicht selbst miterlebt, wie kein einziger Abgeordneter sich um die Interessen des Volkes gekümmert hat? Alle, ob SPD, CDU oder FDP, haben übereingestimmt, daß das Volk zu dumm und zu leichtsinnig sei, um über die Frage der Abtreibung selbst zu bestimmen.

Am Schluß der Diskussion beschlossen wir bei einer Enthaltung, unter den Forderungen "Ersatzlose Streichung des § 218! Das Volk selbst soll entscheiden!" an der 1. Mai-Demonstration des DGB teilzunehmen. Keine Einigkeit wurde über den Volksentscheid erzielt. Die Diskussion darüber muß weitergeführt werden. Eine gute Gelegenheit dazu wird sich bieten, wenn das Initiativkomitee eine öffentliche Diskussion über einen Plattformentwurf macht. Ein gutes Ergebnis brachte die Spendensammlung der Initiative, die 150 DM erbrachte. Mit dem Geld finanzieren wir zum Teil unsere Auslagen und wollen betroffene Frauen damit unterstützen.



Transparente, Schilder und Sprechchöre gegen den § 218 waren auf den Mai-Demonstrationen häufig zu sehen und zu hören. Das Bild zeigt die Hamburger Mai-Demonstration.

Wegen Abtreibung verurteilt

Saulgau, Kreis Sigmaringen. Zu einer Geldstrafe von 300 DM hat das Amtsgericht eine 27-jährige verheiratete Frau verurteilt, weil sie im Oktober 1974 in einer holländischen Klinik eine Abtreibung hat vornehmen lassen.

Das Gericht ließ sich nur deshalb von einer höheren Strafe abhalten, weil in der Bevölkerung zum Zeitpunkt der Abtreibung "Rechtsunsicherheit" bestanden habe. Die Fristenlösung war zwar schon im Bundestag beschlossen, die Gesetzesänderung aber durch die einstweilige Verfügung des Bundesverfassungsgerichts außer Kraft gesetzt. Daß "eine Diskussion ein Gesetz nicht aus der Welt schafft" und der § 218 des Strafgesetzbuches nach wie vor in seiner alten Fassung gültig sei, daran wollte das Gericht mit der Verurteilung keinen Zweifel aufkommen lassen.

Die genaueren Umstände dieses jüngsten Urteils verdienen dabei Beachtung. Es war der für längere Zeit inhaftierte Ehemann, der gegen seine eigene Frau Anzeige erstattet hatte, weil die Schwangerschaft von einem anderen Mann stammte. Die Frau, die schon zwei Kinder versorgen mußte, hatte Angst, ihre Ehe durch die Geburt des Kindes zu zerstören. Dies ließ das Gericht kalt. "Unbefriedigend" empfand der Richter lediglich, daß er mangels Kenntnis der Person des betreffenden Mannes nur die Frau verurteilen konnte.

Das Urteil zeigt, daß sich der Justizapparat nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts beeilt, der Strafandrohung gegen die Abtreibung wieder volle Geltung zu verschaffen und die verschiedenen Wege, das Gesetz praktisch zu unterlaufen, absperren will. Das Urteil zeigt, daß der bürgerliche Staat keineswegs gewillt ist, einfach zuzusehen, wenn Frauen nach Holland fahren oder sich Gutachten von entgegenkommenden Ärzten besorgen.

Daß es sich bei diesem Urteil keineswegs um ein Zufallsurteil irgendeines besonders verknöcherten Paragrafenreiters handelt, geht schon daraus hervor, daß noch kurz vorher vom Gesetzgeber durch die jüngste "Strafrechtsreform" selbst die Voraussetzung für die Verurteilung einer im Ausland vorgenommenen Abtreibung ausdrücklich festgelegt worden ist. Während bei anderen Straftaten deutscher Staatsbürger im Ausland eine Verfolgung durch westdeutsche Gerichte nicht möglich ist, wird bei Abtreibungen ausdrücklich eine Ausnahme gemacht.

Das Urteil sollte denen zu denken geben, die den Kampf für die Abschaffung des Paragrafen und für die Durchsetzung des Rechts auf Abtreibung meinen aufgeben zu können, weil es noch diesen oder jenen Weg daran vorbei gibt. Dieser Weg am Gesetz vorbei war schon bisher für die Masse der Frauen und Familien nicht zugänglich, während er für die Privilegierten nie große Mühe gemacht hat, weshalb sie auch über die Abschaffung dieses Paragrafen niemals haben ernsthaft nachdenken müssen.

–h.v.–

Bremen.
Die Versammlung der Krankenpflegerschüler des Zentralkrankenhauses St.Jürgenstr. begrüßte die DGB-Jugenddemonstration gegen die Ausbildungsmisere und für eine bessere Berufsausbildung am 15.5. in Bremen. Die Mehrheit der Versammelten stellte folgende Forderungen auf: Einführung des 10. Schuljahres, in dem praktische Kenntnisse vermittelt werden; Recht jugendlicher Arbeitsloser auf Teilnahme am Unterricht einer Facharbeiterklasse, so daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können; 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Tagen; Anerkennung arbeitsloser Jugendlicher als Arbeitslose.

Niedersachsen.
Nach einer Mitteilung des Philologenverbandes plant das niedersächsische Kultusministerium, im nächsten Jahr nur ca. 1 100 Plastellen für Lehramtsbewerber bereitzustellen. Bei ca. 4 000 Absolventen im nächsten Jahr nur ca. 1 100 Planstellen für Lehramtsbewerber bereitzustellen. Bei ca. 4 000 Absolventen

Giessen
Der Konvent die Universität Giessen beschloß mit großer Mehrheit an der Universität keine Anhörungsverfahren gegen wissenschaftliche Bedienstete und Hilfskräfte zum Zweck der Überprüfung ihrer Verfassungstreue durchzuführen. Der Konvent forderte die Landesergierung auf, die politischen Anhörungen an allen hessischen Universitäten einzustellen.

Weingarten.
In einem offenen Brief wandten sich drei vom Berufsverbot bedrohte Lehramtskandidaten an das Oberschulamt Tübingen, und legten ihre Auffassung zu den Berufsverboten dar. Sie forderten die Behörde auf, auf einer öffentlichen Veranstaltung ihre Maßnahmen zu begründen.

Nordrhein-Westfalen
Gegen die Einführung einer neuen und schärferen Prüfungsordnung streikten die
schärferen Prüfungsordnung streikten die
Studenten an den Fachhochschulen in Hagen, Iserlohn, Münster, Essen, Düsseldorf und an anderen Orten.

„Wir nennen sie Puddingschule"

Bericht über die Ausbildung in einer "Allgemeinbildenden Berufsschule für Mädchen/Endstation Hilfsarbeiterin

Ich gehe einmal die Woche zur "Bildungsanstalt für Frauenberufe" in Bremen-Blumenthal. Wir nennen diese Schule Puddingschule.

Hauptsächlich ist die Schule eine sogenannte "allgemeinbildende Berufsschule" für Mädchen ohne Berufsausbildung, die ihre Schulpflicht noch nicht hinter sich haben. Wie es mit dieser "allgemeinen Bildung" für die Mädchen bestellt ist, davon will ich hier berichten.

Innerhalb von einem Jahr ist unser Unterricht von acht auf fünf Wochenstunden gekürzt worden. Unterricht kann man dazu eigentlich gar nicht sagen. Von diesen fünf Stunden haben wir vier Stunden Kochen. Und dann noch eine Stunde, wo wir nichts machen und warten, bis die Zeit um ist.

Unterrichtsmaterial gibt es so gut wie garnicht. Wir haben kein einziges Buch. Wozu auch? Mit dem Kochmaterial wird an allen Ecken gespart und oft müssen wir auch was zubezahlen. Wenn wir dann zur Abwechslung mal Handarbeiten haben, dann werden wir gezwungen, unsere Sachen, die wir brauchen, selbst zu bezahlen. Für uns ist kein Geld da, heißt es dann. Bezahlen müssen dann meist unsere Eltern. Denn von den 233 Schülerinnen, die hier zur Schule gehen, sind 53 % arbeitslos.

Ich bin auch eine von den Arbeitslosen. Es ist so, wenn man eine Stelle sucht, daß wir wegen dem einen Tag Berufsschule nirgends angenommen werden. Die Direktorin der Schule, Gesa Ritters, sagte denn auch in der Zeitung (Nord Kurier, 28.2.75): *"Diese Mädchen haben kaum eine Chance, eine Stelle zu bekommen, da die Arbeitgeber lieber Mitarbeiter einstellen, die nicht mehr schulpflichtig sind."* Dann stellt sie weiter fest: *"Zur Zeit kommen die meisten Schülerinnen nämlich sehr unlustig zur Schule, da sie Angst haben, infolge ihrer Schulpflicht ihren Arbeitsplatz zu verlieren."*

Wen wundert's, daß wir zu einer solchen Schule "unlustig" hingehen? Vorgeworfen wird uns dann noch, wir wollten nichts lernen, wir sind "lernunwillig", wie das heißt. Doch es gibt auf dieser Schule nichts zu lernen und so muß der Staat auch zu Zwangsmaßnahmen greifen, um die "allgemeine Schulpflicht" an uns zu vollstrecken. Meine Eltern mußten einmal 75 Mark Geldstrafe zahlen, weil ich öfter nicht hingegangen bin.

Wir müssen dann auch jede Arbeit annehmen, die wir irgendwie kriegen können, weil wir ja auch keinen Pfennig Arbeitslosenunterstützung bekommen, denn die meisten haben noch nie eine Stelle gehabt.

Einige von uns arbeiten auch nachts in Kneipen oder Bars, um leben zu können. Wo das hinführt, kann man sich denken, aber kümmern tut's den Staat und die Schulbehörde nicht.

In der Zeitung stand weiter: *"Die Mädchen, die in der glücklichen Lage sind, einen Arbeitsplatz zu haben, sind meist im Haushalt, in Fabriken oder als Ladenhilfe tätig."*

Bei uns in der Klasse arbeiten viele als Ladenhilfe. Von halb neun bis Ladenschluß, anschließend Putzen. Am Schultag von der Schule aus gleich noch zur Arbeit; samstags arbeiten – das alles für etwa 500 Mark monatlich. Das ist die glückliche Lage, in der sie sind.

Ich habe mich einmal für eine zweijährige "Ausbildung" als Ladenhilfe bei der Weka, einer Kaufhaus- und Supermarktkette, beworben. Ausbildung heißt das deshalb, weil man weniger Geld bekommt. Anschließend gilt dieser Abschluß nur für Weka-Geschäfte und wird nirgends anders anerkannt.

Wir haben einmal in der Schule mit unserer Lehrerin über unsere Situation gesprochen. Aber da wird's dann immer so hingestellt, als ob wir selbst dran schuld sind. Wir wissen aber, daß das nicht stimmt. Uns wird jedes Wissen vorenthalten. Kochen sollen wir lernen und in der Fabrik arbeiten, mehr brauchen wir nicht.

Unseren Forderungen nach Erweiterung des Unterrichts, nach technischen Unterrichtsmöglichkeiten wird seit Jahren das Argument der fehlenden Fachräume, Unterrichtsmittel und des fehlenden Geldes entgegengehalten. Gleichzeitig zahlt der Staat, wie das Arbeitsamt Bremen-Nord im Nord Kurier vom 28.2.75 mitteilt, sogenannte "Eingliederungsbeihilfen" an die Kapitalisten, die einen von uns für sich arbeiten lassen. Das sieht in der Praxis so aus, daß die Arbeiterinnen ihren Lohn vom Staat bekommen, und was sie erarbeiten, der Kapitalist einstreicht.

Damit uns Schülerinnen dieser Betrug nicht auffällt, werden wir in der Schule gedrillt, uns auf unsere Arbeit zu konzentrieren. Außerdem wird uns beigebracht, daß wir immer Leute über uns haben, die Druck auf uns ausüben, aber daß wir trotzdem noch lange nicht glauben sollen, daß wir am schlimmsten dran sind.

Aber alle Lohnabhängigen, besonders die weiblichen ohne Berufsausbildung, sind schlimm dran. Deshalb stellen wir diese Forderungen auf:

Recht für alle arbeitslosen Jugendlichen und Hilfsarbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl an der Berufsschule. Unterricht von einem solchen Umfang, der es ihnen ermöglicht, die Facharbeiterprüfung zu machen.

Diese Forderung ist nur ein erster Schritt. Gelöst werden kann die Frage unserer Ausbildung nur durch die Einheitsschule für Jungen und Mädchen mit theoretischem und praktischem Unterricht für alle bis zum 18. Lebensjahr. Nur so können wir eine Ausbildung erhalten, die es uns ermöglicht, die Produktion zu beherrschen, statt den Maschinen der Kapitalisten unterworfen zu sein.

–b.k./b.d.
Kommunistischer Arbeiterjugendbund
Bremen
Stadtteilzelle Nord–

Westberlin. In einer gemeinsamen Erklärung wandten sich zehn Jura-Professoren der Freien Universität, teilweise SPD-Mitglieder, gegen Disziplinarmaßnahmen, die gegen Unterzeichner von Wahlaufrufen und Kandidaten der SEW, der Gruppe Rote Fahne (KPD) und des KBW eingeleitet werden sollen. Sie erklärten sich bereit, den Betroffenen in einem eventuellen Verfahren Rechtsbeistand zu leisten.

Einheitlicher Dachverband aller Studentenschaften

Braunschweig. Der Studentische Rat der Technischen Hochschule Braunschweig beschloß am 28.4. einen Antrag für das Aktionsprogramm des zu gründenden einheitlichen Dachverbandes der Studentenschaften.

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, daß der Dachverband die Forderung vertreten solle, daß die Studentenwerke von den "Betroffenen" selbst verwaltet werden sollten und daß er den Kampf für freie politische Betätigung der Studenten und für das uneingeschränkte politische Mandat der Studentenvertretungen unterstützen solle. Weiterhin soll sich der zu gründende Dachverband dafür einsetzen, daß die jugendlichen Arbeitslosen als Arbeitslose anerkannt werden.

Beschlossen wurde weiterhin, daß der Dachverband für eine kostendeckende Ausbildungsförderung (BAFöG), für die Zurücknahme der Darlehensregelung, für die sofortige Einbeziehung aller ausländischen Kommilitonen in den Kreis der Förderungsberechtigten und für einen Elternfreibetrag von 1 500 Mark eintreten soll.

Auch zum diesjährigen 1. Mai hatte der Studentische Rat der Technischen Universität Braunschweig sich zu verschiedenen politischen Fragen geäußert. So forderte er in einer Resolution die vollständige Streichung des § 218 und sprach sich für einen Volksentscheid zum § 218 aus. Abgelehnt hatte er einen Antrag der Jusos und des MSB-Spartakus, daß der neue Dachverband auf das Grundgesetz festgelegt werden solle.

Stuttgart. Eine Neuwahl der Delegation der Hohenheimer Studentenschaft für die Fortsetzung der Gründungsversammlung zu einem einheitlichen Dachverband versuchte der MSB-Spartakus durchzusetzen. Abgewählt werden sollten die zwei Vertreter der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) und der Jusos, die eintreten für den Einheitsverband aller Studentenschaften ohne satzungsmäßige Bindung an eine politische Linie. Der Versuch scheiterte, das Studentenparlament bestätigte die Delegation.



Ungefähr 800 Studenten beteiligten sich letzte Woche in Kassel an einer Demonstration gegen verschärfte neue Prüfungsbedingungen.

„Mit ihnen wird's ein böses Ende nehmen"

Offener Brief von 5 Lehrbeauftragten an den Innenminister von Baden-Württemberg

Rund 200 Menschen, vorwiegend Studenten, beteiligten sich am 30. 4. in Mannheim an einer Demonstration gegen Berufsverbote für acht Lehrbeauftragte der Fachhochschule für Sozialwesen (FHS). Die Demonstration war auf einer Vollversammlung der Studenten gegen den Willen des DKP/SHB-AStA, der sich an der Demonstration auch nicht beteiligte, beschlossen worden. Fünf der acht Lehrbeauftragten haben inzwischen öffentlich Stellung zu den angedrohten Berufsverboten bezogen.

Herrn Minister Schieß
Innenministerium
7 Stuttgart 1
Postfach 30. April 1975

Herr Minister,
Sie haben Ihre Gesinnungspolizei ausgeschickt, uns politische Führungszeugnisse auszustellen. Ihre Spitzel und Zuträger haben "Erkenntnisse" zusammengetragen, und Sie haben verfügt, unsere Führung sei schlecht.

Von Ihren Zuträgern verdächtigt und von Ihren Spitzeln beschattet, werden wir nun von der Fachhochschule verwiesen. Aber dadurch werden Sie die Studenten nicht davon abhalten können, Klarheit über den Einsatz zu gewinnen, der ihnen später für ihren Beruf zugewiesen ist. Immer mehr Studenten erkennen, daß sie ausersehen sind, das von diesem Gesellschaftssystem täglich erzeugte soziale Elend zu retouschieren und den sozialen Müll zu verwalten. Diese Studenten werden sich später nicht als Sozialpolizisten gegen das Volk einsetzen lassen, sondern sie werden sich auf die Seite derer stellen, die sich gegen ihre miserable Lage zusammenschließen und gegen ihre Unterdrückung den Widerstand aufnehmen. In Ihren Augen, denen eines Polizeiministers, ist das natürlich Befehlsverweigerung und Meuterei. Dem werden Sie aber weder durch unsere Entfernung noch durch die Kontrolle der studentischen Arbeiten, die Sie sich jetzt zur Zensur vorlegen lassen wollen, zuvorkommen.

Wenn Sie auch schon die Gedanken nicht verbieten können, so glauben Sie doch, eine Geisel zu ihrer Unterdrückung in der Hand zu haben. Unsere Lehr- und Berufsverbote sollen auch über die FHS hinaus abschreckend zeigen, mit welch mächtigem Feind sich anlegt, wer als Gegner dieser Verhältnisse auftritt oder auch nur als solcher verdächtigt wird. Aus Angst um die Zukunft soll sich jeder den Maulkorb selbst verpassen, sich selbst an die Kette legen; soll jeder aus seinem Gehirn ein Gefängnis für seine Gedanken machen. Jeder sein eigener Polizist – das ist ein Schwerpunkt der Bildungsreform.

Aber da das nicht so ohne weiteres klappen wird, weil die Menschen sich nicht damit befreunden können, ihre Gedanken eigenhändig hinter Gittern zu halten, werden Sie immer mehr auf Spitzel, Denunzianten und Beschatter angewiesen sein. Das wird soweit gehen, daß selbst der Rektor der FHS in seinem Vertreter seinen Aufpasser sehen wird und umgekehrt.

Mit der Sorge um unsere Zukunft kann weder uns Dozenten noch die Studenten jemand erpressen, denn wir wissen, daß die einzigen, die Angst um ihre Zukunft haben müssen, die Kapitalisten und ihre Schießhunde sind, die die Profite, Spekulantengewinne und Handelsspannen der Geldsäcke in diesem Land schützen. Mit ihnen wird es allerdings ein böses Ende nehmen. Unsere Zukunft sowie die der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung liegt im Sozialismus; vor ihm brauchen nur die Angst zu haben, die nicht arbeiten wollen. Heute wird uns von den Statthaltern unserer überfälligen Wirtschaftsordnung ein Bekenntnis zur "freiheitlich demokratischen Grundordnung" abverlangt. Freiheit und Demokratie werden als Köder ausgelegt, um uns sicher an die Leine der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu legen.

Freiheit und Demokratie für die arbeitenden Menschen aber werden umfassend erst im Sozialismus verwirklicht werden. Für ihn wollen wir eintreten.

gezeichnet:
Stephan Baier
Gisela Langbein-Walk
Eckart Riehle
Wolf Schluchter
Renate Smattosch

Dokument zum Numerus Clausus

Wie wenig in unserer kapitalistischen Gesellschaft von dem reformistischen Geschwätz nach Chancengleichheit zu halten ist, zeigte mir erneut ein geheimes "Papier der gemeinsamen Arbeitsgruppe des Hochschulausschusses und des Schulausschusses der Kultusministerkonferenz" (KMK) zu Fragen des Hochschulzugangs, das in der Zeit vom 18.12.1974 bis zum 3.1.1975 erstellt wurde:

Die sich aus der KMK-Vorlage ergebenden Vorschläge sehen z. B. folgende Maßnahmen vor: Die Arbeitsgruppe geht davon aus: "... daß mit der Überführung der Mehrzahl der Studienbewerber in besondere Auswahlverfahren gerechnet werden muß". Wozu diese Bestimmungen gebraucht werden, wird unumwunden zugegeben: "Diese Verfahren bieten nur dann gewichtige Vorteile gegenüber dem allgemeinen Auswahlverfahren, wenn die jeweils ausgeschiedenen Bewerber nicht durch Warten ihre Chancen verbessern können und daher lange Wartezeiten in Kauf nehmen ... Dabei ist nicht zu vermeiden, daß ... stets ein Teil der Hochschulzugangsberechtigten aufgrund ihrer Abiturnote keine Zulassungschance hat ..."

"Die Hochschulberechtigung soll ... für Fächer mit Zulassungsbeschränkung grundsätzlich als verbraucht gelten, sobald ein erster berufsqualifizierter Studiengang abgeschlossen ist. Das gilt insbesondere auch für Absolventen der Fachhochschulen. Dabei verkennt die Arbeitsgruppe nicht, daß ein völliger Ausschluß des Wechsels von der Fachhochschule zur wissenschaftlichen Hochschule auf Dauer nur dann vertretbar erscheint, wenn es zugleich auch gelingt, die Attraktivität der Fachhochschule zu gewährleisten. Hierzu könnte eine Diplomverleihung an Absolventen der Fachhochschulen beitragen.

Die Förderung eines Zweitstudiums nach dem BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) sollte völlig entfallen. ... Das gleiche muß aber auch gelten, wenn ein Studium nicht zu einem Abschluß geführt worden ist. Die Hochschulzugangsberechtigung soll daher für Fächer mit Zulassungsbeschränkungen auch als verbraucht gelten, wenn der Wechsel der Studienrichtung später als nach der Zwischenprüfung oder – wo eine solche nicht vorgesehen ist – später als nach dem 3.Semester erfolgt."

„Vaterlandsverteidigung"– Unter der Herrschaft der Monopolbourgeoisie Verteidigung des Imperialismus

Unter dem Vorwand, die Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte stärken zu wollen, hat sich die Gruppe Rote Fahne (KPD) entschlossen, in der Bundesrepublik Deutschland, einem imperialistischen Staat, den "Gedanken des gerechten Verteidigungskrieges" zu propagieren.

Unter dem Vorwand, den Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte führen zu wollen, beginnt die Leitung der Gruppe Rote Fahne eine Politik der Versöhnung mit dem Imperialismus und der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Deren Militärpolitik und ihre Armee will sie nicht angreifen, weil sie imperialistisch ist und der Ausbeutung und Unterdrückung dient, sondern *"gerade deshalb"*, *"weil sie nicht in der Lage sein werden, die nationale Verteidigung zu gewährleisten"*. Bei ihrer Aussöhnung mit dem Imperialismus und der westdeutschen Monopolbourgeoisie hat die Gruppe Rote Fahne *"Teile der Armee"* entdeckt, die *"eindeutig"* gegen die Übergriffe der imperialistischen Supermächte gerichtet sind und folglich ebenso *"eindeutig"* nicht auf die Verteidigung der Ausbeutung und Unterdrückung und die imperialistische Aggression gerichtet sind. Diese eindeutigen *"Teile der Armee"* der imperialistischen Bundesrepublik will die Gruppe Rote Fahne stärken.

Den Klassenkampf gegen die Schmidt-Regierung und das westdeutsche Monopolkapital will die Gruppe Rote Fahne allerdings *"im Rahmen des Kampfes gegen die imperialistischen Supermächte verstärkt"* weiterführen, *"denn die Schmidt-Regierung kollaboriert mit dem US-Imperialismus auf allen Gebieten"*. Dieser Klassenkampf soll die *"Stärkung der militärischen Unabhängigkeit"* des BRD-Imperialismus unterstützen, *"auch dann, wenn sie noch im Rahmen der NATO"* durchgeführt wird.

Gegen die Politik der Versöhnung mit dem BRD-Imperialismus und der westdeutschen Monopolbourgeoisie unter dem Vorwand der Schaffung der Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte, haben wir in der KVZ 16/75 die Polemik aufgenommen. In der Roten Fahne Nr. 17 wird auf diese Polemik geantwortet. In dieser Antwort wird die Politik der Aussöhnung mit dem Imperialismus und der westdeutschen Monopolbourgeoisie fortgesetzt. Auf einige Kennzeichen dieser Politik wollen wir erneut eingehen.

Einschränkung der Ziele der internationalen Einheitsfront

Die Gruppe Rote Fahne behauptet, ihre klassenversöhnlerischen Ideen seien die Konsequenz der *"Analyse der Widersprüche der Welt, wie sie die chinesischen Genossen leisten"*. Dies ist beileibe nicht richtig. Wir haben bereits in der KVZ Nr. 16 darauf hingewiesen, daß die Gruppe Rote Fahne von einer anderen Einschätzung der internationalen Situation ausgeht als die Kommunistische Partei Chinas. Die Gruppe Rote Fahne geht davon aus, daß die Revolution den Krieg nicht verhindern kann und daß sich die westdeutsche Arbeiterklasse deshalb auf eine Verteidigung des BRD-Imperialismus gegen die beiden Supermächte einrichten muß. Demgegenüber hat Tschou En-lai in seinem Bericht an den IV. Nationalen Volkskongreß der Volksrepublik China in Übereinstimmung mit den Tatsachen und den früheren Dokumenten der Kommunistischen Partei Chinas festgestellt:

"Gegenwärtig wachsen die Faktoren sowohl für die Revolution als auch für den Krieg an. Ganz gleich, ob der Krieg die Revolution hervorruft oder die Revolution den Krieg verhindert, die internationale Lage entwickelt sich zugunsten der Völker, und die Zukunftsperspektiven der Welt sind immer glänzend." Es ist klar, daß aus dieser Einschätzung niemand ableiten kann, die westdeutsche Arbeiterklasse solle, statt die Revolution in Westdeutschland vorzubereiten, die Verteidigung des BRD-Imperialismus vorbereiten. Was nun die Frage der internationalen Einheitsfront betrifft, so stellt die Kommunistische Partei Chinas diese Frage wesentlich anders als die Gruppe Rote Fahne, die angeblich die Konsequenzen aus der *"Analyse der Widersprüch in der Welt"* zieht, *"wie sie die chinesischen Genossen leisten"*. Tschou En-lai stellt in dem erwähnten Bericht dazu fest:

"Wir müssen uns mit allen Kräften auf der Welt, mit denen eine Vereinigung möglich ist, vereinigen, um gegen den Kolonialismus, den Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der Supermächte zu kämpfen."

Oder im Bericht an den X. Parteitag:

"In der gegenwärtigen ausgezeichneten Lage im Inland wie in der internationalen Arena ist es äußerst wichtig, Chinas Angelegenheiten mit Erfolg zu regeln. Deshalb muß unsere Partei international am proletarischen Internationalismus festhalten, auf der konsequenten Politik der Partei beharren, die Einheit mit dem Proletariat, den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen der ganzen Welt festigen, die Solidarität mit allen jenen Ländern, die der Aggression, Subversion, Kontrolle und Schikane seitens des Imperialismus ausgesetzt sind, verstärken und die breitestmögliche Einheitsfront bilden, um den Imperialismus, den neuen und alten Kolonialismus, insbesondere die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte, den USA und der Sowjetunion, zu bekämpfen."

Die Gruppe Rote Fahne hat von der Politik der internationalen Einheitsfront gegen den Imperialismus, den neuen und alten Kolonialismus und insbesondere die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte wenig verstanden, wenn sie die Einheit mit dem BRD-Imperialismus anstrebt, um ihn gegen eine der beiden Supermächte zu verteidigen. Nichts anderes bedeutet jedoch die Politik der Vaterlandsverteidigung in der imperialistischen Bundesrepublik. Die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt erwarten jedoch einen anderen Beitrag von der Arbeiterklasse in Westdeutschland im Kampf gegen Imperialismus, alten und neuen Kolonialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Sie erwarten von der westdeutschen Arbeiterklasse, daß sie auf dem Weg zum Sturz des BRD-Imperialismus und der westdeutschen Monopolbourgeoisie die Truppen des US-Imperialismus und der anderen imperialistischen Staaten aus Westdeutschland vertreibt, jeden Versuch der Einmischung fremder Staaten in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik zurückschlägt und die Expansions- und Aggressionsbestrebungen des BRD-Imperialismus, seien sie selbständig oder im Rahmen imperialistischer Koalitionen, entschieden bekämpft. Diese Erwartungen der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt an die Arbeiterklasse in Westdeutschland sind vollständig gerechtfertigt und stimmen mit den Interessen der Arbeiterklasse in Westdeutschland wie mit den Interessen des deutschen Volkes voll überein. Was letztere Frage, die nationale Frage, betrifft, so ändert die Spaltung der deutschen Nation nichts daran, daß die Bundesrepublik ein imperialistischer Staat ist und jeder Beitrag der Arbeiterklasse in Westdeutschland zur friedlichen Wiedervereinigung der deutschen Nation nur bestehen kann im entschiedenen Kampf gegen den Imperialismus und nicht, wie die Gruppe Rote Fahne meint, im Bündnis mit dem BRD-Imperialismus. Was diese Frage betrifft, so enthält das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland eine klare Aussage, und an dieser Aussagen werden die Kommunisten festhalten:

"Die deutsche Nation ist gespalten. Die BRD und Westberlin stehen im westlichen imperialistischen Lager. Die DDR liegt im unmittelbaren Einflußbereich des russischen Sozialimperialismus. Das westdeutsche Proletariat muß die westdeutsche Bourgeoisie schlagen und Westdeutschland aus dem System des Imperialismus herausbrechen, ehe es die Frage der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzen kann. Die Kommunisten treten allen Versuchen entgegen, das westdeutsche Proletariat unter der Fahne der Wiedervereinigung der Nation für eine imperialistische Politik gegenüber der DDR zu gewinnen. Insbesondere treten die Kommunisten den Versuchen der westdeutschen Bourgeoisie entgegen, Westberlin zu einem Brückenkopf ihrer Aggressionsbestrebungen auszubauen."

Die Frage der Staatsmacht und ihres Klassencharakters wird vergessen

In ihrem Eifer, den BRD-Imperialismus zu verteidigen, vergißt die Gruppe Rote Fahne nicht nur, daß der BRD-Imperialismus gegenwärtig die zweite imperialistische Macht ist innerhalb der von den USA geführten imperialistischen NATO-Koalition, daß auf westdeutschem Boden gegenwärtig die Truppen der einen Supermacht, den USA, bereits stehen und daß sich das Ringen **beider** Supermächte auf Europa konzentriert und gerade deshalb die Gefahr eines **Welt**krieges besteht, der in Europa entschieden wird. Sie vergißt auch, daß es in Westdeutschland nicht nur eine Monopolbourgeoisie gibt, sondern daß diese Monopolbourgeoisie herrscht und zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung einen imperialistischen Staatsapparat unterhält. Die Frage dieser politischen Herrschaft der Monopolbourgeoisie mit Hilfe eines imperialistischen Staatsapparates wird weder im ersten noch im zweiten Artikel der Roten Fahne aufgeworfen. Vielmehr stellt die Gruppe Rote Fahne fest, daß ein *"gerechter Verteidigungskrieg"* des BRD-Imperialismus *"gegen einen Angriff der beiden Supermächte"* *"in unserem Land notwendigerweise ein Volkskrieg unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei sein"* wird. Damit das Volk einen gerechten Verteidigungskrieg als Volkskrieg unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei führen kann, sollte man annehmen, daß vorher die Herrschaft der Monopolbourgeoisie und ihres imperialistischen Staatsapparates durch das Volk beseitigt worden ist und zwar nicht in einem *"gerechten Verteidigungskrieg"* zur Verteidigung des BRD-Imperialismus, sondern in einem Bürgerkrieg gegen die Monopolbourgeoisie und ihres Staatsapparat. Weshalb Lenin, was die Kriege imperialistischer Staaten betrifft, auch stets davon ausgegangen ist, daß es für die Arbeiterklasse in diesen imperialistischen Staaten darauf ankommt, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie umzuwandeln. Diese Frage umschifft die Gruppe Rote Fahne durch die Phrase, daß der *"gerechte Verteidigungskrieg"* des BRD-Imperialismus *"in unserem Land notwendigerweise ein Volkskrieg sein"* werde. Tatsache ist jedoch offensichtlich, daß jeder Krieg des BRD-Imperialismus, solange es diesen gibt und solange die Monopolbourgeoisie in Westdeutschland herrscht, nicht ein Volkskrieg sondern ein imperialistischer Krieg sein wird und ein Volkskrieg in Westdeutschland nur der Bürgerkrieg gegen die Herrschaft der Monopolbourgeoisie sein kann.

So ganz kommt natürlich die Gruppe Rote Fahne um die Tatsache der Herrschaft der Monopolbourgeoisie und des imperialistischen Staatsapparates nicht herum. Sie wirft sie jedoch nicht offen auf, sondern behandelt sie auf Umwegen. Sie stellen die These auf, daß imperialistischer Staat nicht gleich imperialistischer Staat ist, indem sie sagen: *"Wir sehen, Schmierer ist der Meinung, imperialistischer Staat ist gleich imperialistischer Staat."*

Weil es also Widersprüche zwischen imperialistischen Staaten gibt, weil es aufstrebende und untergehende imperialistische Staaten gibt, weil es Supermächte gibt und solche imperialistischen Staaten, die nur in imperialistischen Koalitionen ihre imperialistischen Ziele verfolgen können, meint die Gruppe Rote Fahne, den Klassencharakter des BRD-Imperialismus für null und nichtig erklären zu können und zu seiner Verteidigung übergehen zu müssen. Weil der Imperialismus heute zwei Supermächte hervorgebracht hat, meint die Gruppe Rote Fahne, hätte der Imperialismus in Westdeutschland aufgehört Imperialismus zu sein, hätte der BRD-Imperialismus aufgehört, ein imperialistischer Staat zu sein. Oder wie sonst soll er einen *"gerechten Verteidigungskrieg"* führen? Weil der BRD-Imperialismus vergleichsweise schwach ist, will ihn die Gruppe Rote Fahne gleich stützen. Das war noch allemal die Absicht von Sozialchauvinisten. Damit stellt sich die Frage des Sturzes der Herrschaft der Monopolbourgeoisie selbstverständlich nicht mehr und die Vaterlandsverteidigung ist gerechtfertigt und wird *"notwendigerweise"* zum Volkskrieg, ohne daß die Herrschaft der Monopolbourgeoisie beseitigt worden wäre durch das Volk. Die Gruppe Rote Fahne schreibt in ihrer Antwort auf unsere Polemik: Unser Beharren darauf, daß der BRD-Imperialismus nicht aufgehört habe, Imperialismus zu sein, erkläre sich daraus, *"weil für ihn* (Joscha Schmierer) *der Gedanke an die nationale Verteidigung gegen den Angriff einer Supermacht* an sich *schon verwerflich ist."* Umgekehrt, nur weil die Gruppe Rote Fahne die Vaterlandsverteidigung als Frage "an sich" behandelt, kann sie die gerechte Verteidigung des BRD-Imperialismus als Politik proklamieren.

Wer den Klassenstandpunkt aufgibt, verliert jeden Halt!

In ihrer Antwort auf unsere Polemik gegen die *"gerechte Verteidigung"* des BRD-Imperialismus schreibt die Gruppe Rote Fahne:

"Wir müssen auf die selbständige Bewaffnung der Arbeiterklasse und der Volksmassen orientieren, nicht um sie, wie der KBW fordert, immer und unter allen Umständen nur gegen die eigene Bourgeoisie zu richten, sondern um das Proletariat und die Volksmassen zu einer bewaffneten Macht gegen den Imperialismus und insbesondere die Supermächte zu machen. Im Falle eines nationalen Verteidigungskrieges wird das Proletariat die Waffen nicht aus der Hand legen, wie es der Fehler in einer Reihe von Ländern nach dem Sieg im antifaschistischen Krieg war, sondern behalten für den Sturz der Bourgeoisie. In jedem Falle, ob die Revolution den Krieg verhindert oder der Krieg die Revolution hervorbringt, gilt für das Proletariat der Länder der Zweiten Welt, den Kampf für die nationale Unabhängigkeit und Sozialismus zu führen. Das folgt aus der Existenz der beiden Supermächte."

An diesem Zitat fallen verschiedene Punkte auf. Auffällt, daß die Gruppe Rote Fahne ihre ursprüngliche Einschätzung, daß die Revolution den Krieg **nicht** verhindern kann, hier wieder zurücknimmt. Damit nimmt sie ihre ursprüngliche Begründung für die Vorbereitung der *"gerechten Verteidigung"* des BRD-Imperialismus ebenfalls zurück. Das Wichtige ist jedoch, daß die Kampfziele des Proletariats nationale Unabhängigkeit und Sozialismus aus der Existenz der beiden Supermächte ableitet und nicht aus dem Kapitalismus und dem Imperialismus. So fällt es dann auch leicht, den Kampf für diese Ziele auf die beiden Supermächte einzuschränken. Damit aber die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu einer bewaffneten Macht gegen den Imperialismus und die beiden Supermächte werden können, damit sie die Ziele, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus, erreichen können, muß die Arbeiterklasse in einem imperialistischen Land die Herrschaft der Monopolbourgeoisie beseitigen und den imperialistischen Staatsapparat stürzen. Dies gilt **in jedem Fall**: ob es bereits vor dem Krieg gelingt oder erst während des Krieges, darüber entscheiden die Kräfteverhältnisse im internationalen Maßstab und im eigenen Land. Da die Gruppe Rote Fahne dies verleugnet, wird sie weder dazu einen Beitrag leisten können, daß die Revolution den Krieg verhindert, noch dazu, daß der Krieg die Revolution hervorbringt.

Woher kommen die falschen Ideen der Vaterlandsverteidigung?

Diese falschen Ideen tauchen auf zu einem Zeitpunkt der relativen Stärkung des BRD-Imperialismus. Sie hängen mit dieser relativen Stärkung des BRD-Imperialismus zusammen. Einerseits ermöglicht diese relative Stärkung des BRD-Imperialismus eine Stärkung der selbständigen imperialistischen Politik der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Andererseits steckt auch der BRD-Imperialismus in einer wachsenden ökonomischen und politischen Krise, auf die er antworten muß mit einer Verschärfung seiner imperialistischen Bestrebungen. Die Politik der Vaterlandsverteidigung, die eine Unterwerfung unter den BRD-Imperialismus bedeutet, ist in dieser Situation ein wichtiges Instrument der Bourgeoisie, um die Arbeiterklasse bei der Stange zu halten und politisch vor den Karren der Monopolbourgeoisie zu spannen. Sie dient nicht nur der Verteidigung des BRD-Imperialismus, sondern des Imperialismus überhaupt, denn sie hält die Arbeiterklasse eines wichtigen imperialistischen Landes von ihren revolutionären Aufgaben fern. Oft hat die Gruppe Rote Fahne durch ihr Spaltertum der Bourgeoisie versteckt gedient. Jetzt beginnt sie, ihr offen zu dienen.

–Joscha Schmierer–

Eine andere Spielart bürgerlicher Ideologie

In der Militärfrage treten sich die bürgerlichen Auffassungen und die proletarischen Auffassungen besonders schroff gegenüber. Wird die Militärfrage in einem imperialistischen Land unter dem Gesichtspunkt der Vaterlandsverteidigung oder dem Gesichtspunkt des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes behandelt – daran scheiden sich Sozialchauvinisten auf der einen und Kommunisten auf der anderen Seite. Wird der Militarismus unter dem Gesichtspunkt des Pazifismus oder der Bewaffnung der Arbeiterklasse betrachtet – dies ist eine weitere Scheidelinie zwischen bürgerlichen Kräften und den Kräften des Proletariats.

Der **Kommunistische Bund (Nord)** schreibt in seiner Zeitung "Arbeiterkampf" folgendes:

"Wir wenden uns aufs schärfste gegen die Einberufung der Frauen zur Bundeswehr! Es ist schon schlimm genug, daß Millionen Männer sich zur Zeit noch für kriegerische Ziele der Kapitalisten verpflichten müssen. Deshalb sind wir grundsätzlich dagegen, daß auch noch die Frauen für die Imperialisten den Krieg üben sollen, daß sie militärisch gedrillt werden, um im Krieg 'gleichberechtigtes' Opfer zu sein."

Hier riecht der bürgerliche Pazifismis aus jeder Zeile. Eine andere Stellung nehmen zu der aufgeworfenen Frage die Marxisten-Leninisten ein. Lenin formulierte diese Stellung einmal so:

"Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir "unterstützen" diese Entwicklung nicht, wir "fordern" so etwas nicht, wir kämpfen dagegen. Aber *wie* kämpfen wir? Wir erklären, die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen sind *progressiv*. Wir wollen nicht zurück, zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kpaitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts über die Trusts usw. hinaus und durch sie zum Sozialismus.

Das gleiche gilt, mutatis mutandis (= mit den nötigen Änderungen), von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische – und andere – Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen die Frauen militarisieren. Wir antworten darauf: Desto besser! Nur immer schneller voran – je schneller, desto näher ist der bewaffnete Aufstand gegen den Kapitalismus. Wie können sich die Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend usw. einschüchtern oder entmutigen lassen, wenn sie das Beispiel der Kommune nicht vergessen. Es ist doch keine "Theorie", kein Traum, sondern Tatsache. Und es wäre wirklich zum Verzweifeln, wenn

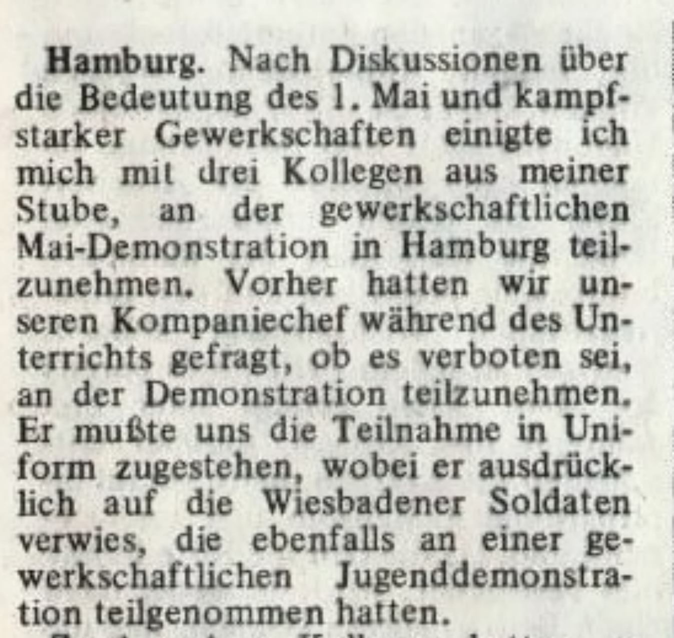
Forts. auf S. 12, rechte Spalte

1. Mai: Soldaten demonstrieren in Uniform



Soldaten des Heeres und der Marine auf der Bremer Mai-Demonstration

Korrespondenzen der Soldaten



Hamburg. Nach Diskussionen über die Bedeutung des 1. Mai und kampfstarker Gewerkschaften einigte ich mich mit drei Kollegen aus meiner Stube, an der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration in Hamburg teilzunehmen. Vorher hatten wir unseren Kompaniechef während des Unterrichts gefragt, ob es verboten sei, an der Demonstration teilzunehmen. Er mußte uns die Teilnahme in Uniform zugestehen, wobei er ausdrücklich auf die Wiesbadener Soldaten verwies, die ebenfalls an einer gewerkschaftlichen Jugenddemonstration teilgenommen hatten.

Zwei meiner Kollegen hatten es allerdings noch nicht gewagt, in Uniform zu erscheinen, reihten sich aber unter den Soldaten in Uniform (zirka 30) ein. Einer wurde durch das Beispiel der anderen so ermutigt, daß er schnell nach Hause fuhr, seine Uniform anzog und die Hälfte des Weges noch in Uniform mitdemonstrierte. Ein anderer, der aus grundsätzlichen Erwägungen in der Freizeit nie eine Uniform anziehen wollte, bedauerte nachher, daß er die Uniform am 1. Mai in der Kaserne gelassen hatte.

Die Reaktion der Mitdemonstrierenden war sehr positiv; man gratulierte uns zu dem Mut, in Uniform zu demonstrieren. Von Passanten wurden wir vor allem während des Einzuges auf den Kundgebungsplatz durch Klatschen begrüßt.

Unsere Sprechparolen wie

"Lohnfortzahlung für alle Wehrpflichtigen – Kündigungsrecht für Zeitsoldaten"

"Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr" und

"Solidarität mit den Volksbefreiungsstreitkräften in Indochina"

wurden durchweg positiv aufgenommen.

Leider waren verschiedene DKP-Soldaten gegen diese Forderungen. Sie machten weiter vorn im Zug eine weitere Reihe auf. So kam es zu einer schädlichen Spaltung. Ein einheitliches Vorgehen aller uniformierten Soldaten hätte sicher eine noch größere Wirkung gehabt.

Die Soldaten aus meiner Stube und ich waren uns jedenfalls einig: Die Teilnahme an dieser großen Demonstration war ein richtiger Schritt und für den nächsten 1. Mai haben wir uns vorgenommen, noch besser unter den Soldaten auf eine Beteiligung an der Demonstration hinzuwirken. Das ist zwar schwierig, weil die Hälfte der Soldaten unserer Kaserne aus Nordrhein-Westfalen kommt, aber nicht unmöglich.

Die Berichte von der Demonstration werden viele Soldaten ermutigen, unserem Beispiel zu folgen.

–C., Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg–

Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit

Wiesbaden. An der diesjährigen 1.Mai-Demonstration des KBW in Wiesbaden-Biebrich beteiligten sich auch acht Soldaten des Wiesbadener Soldaten- und Reservistenkomitees in Uniform. Sie trugen ein Transparent mit den Forderungen nach "Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit" und "Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr".

–B.K., Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden–



54 Soldaten forderten den DGB auf, am 1. Mai für ihre Rechte einzutreten

Hildesheim. Zum 1. Mai forderten 54 Soldaten den DGB Hildesheim auf, am 1. Mai für die Forderung "Lohnfortzahlung während der Dienstzeit der Soldaten, Bezahlung der Soldaten, die noch nicht im Lohnverhältnis gestanden haben, entsprechend den Zeitsoldaten, Kündigungsrecht für die Zeitsoldaten" einzutreten und sie aufzustellen, um gegen die Trennung der Soldaten vom Volk anzugehen. Die Erfahrungen, die wir bei der Unterschriftensammlung machten, waren im wesentlichen die, daß die Kollegen uns spontan zustimmten und meinten, daß dies eine richtige Forderung sei. So sammelte ein Soldat Unterschriften bei seinen Kameraden. Von allen Kameraden, die er auf die Forderung ansprach, unterschrieben bis auf eine Ausnahme alle!

Bedenken äußerten sie und sagten, daß nur durch die Aufforderung an den DGB die Forderung noch lange nicht durchgesetzt sei. Das ist zweifelsohne richtig. Diese Aufforderung war aber ein guter Anfang. Ein weiterer Schritt war, daß in der Kaserne DGB-Plakate zum 1. Mai aufgehängt wurden, auf die wir die oben genannten Forderungen draufschrieben.

Am 1. Mai selbst trugen auf der Kundgebung des DGB und auf einer anschließenden Demonstration vier uniformierte Soldaten die Forderung "Lohnfortzahlung während der Dienstzeit". Damit zeigten sie, daß sie sich nicht vom Volk trennen lassen, um gegen die Interessen des Volkes im Krieg gegen ein anderes Land oder gegen die eigenen Kollegen anzutreten. Das war für die Menschen, die dies sahen, äußerst lehrreich, und viele begrüßten diesen mutigen Schritt der Soldaten.

Begrüßen taten diesen Schritt nicht die Spitzel und Offiziere der Bundeswehr. So wollte ein Offizier die Soldaten aus dem Demonstrationszug herausholen. Als ihm dies aufgrund des Widerstands der umstehenden Menschen nicht gelang – er kam erst gar nicht in die Nähe der Soldaten – wollte er die Feldjäger in seiner Aufregung anrufen. Dem setzte der Demonstrationszug die oben genannten Forderungen entgegen, und es wurde vorgeschlagen, die Soldaten im Falle eines Einsatzes der Feldjäger durch einen Ring zu verteidigen. Die Feldjäger kamen nicht! An der DGB-Kundgebung und an einer anschließenden Demonstration nahmen auch Soldaten, die keine Uniform trugen, teil.

M., Initiative zum Soldaten- und Reservistenkomitee Hildesheim

Der General hat entschieden: Teilnahme in Uniform verboten

Bremen. 10 Soldaten haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie zur Teilnahme an der DGB-Demonstration in Uniform aufforderten. Die Soldaten traten u.a. für die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit ein.

Die Bundeswehrführung kam ins Rotieren, vor allem in bezug auf die Beteiligung in Uniform. Einem der Unterzeichner wurde vom Kompaniechef mit Prozeß gedroht, weil der Kamerad schon einmal einen strengen Verweis erhielt, als Flugblätter bei ihm gefunden wurden. Einen Tag nach der Verteilung, am 29. April, kam ein Befehl von unserem Brigadegeneral, grundsätzlich sei es erlaubt, in Uniform an Gewerkschaftsdemonstrationen teilzunehmen. Nur wenn es polistisch wird, sei es verboten, und wann es das wird, entscheide er. Am 30. April hatte er entschieden, in Absprache mit dem DGB, daß es sich um eine politische Demonstration handele und die Teilnahme verboten sei.

Wir ließen uns dennoch nicht einschüchtern und marschierten am 1. Mai unter den Forderungen "Freie politische Betätigung für Soldaten" und "Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige – Kündigungsrecht für Zeitsoldaten" an der Seite der Kollegen mit, und zwar in Uniform. Auch bekamen wir keine Prügel von den Vulkan-Kollegen wegen der verhaßten Uniform, wie ein Kompaniechef erwartet hatte. Im Gegenteil, die Kollegen fanden es richtig, daß wir am 1. Mai in Uniform für unsere Interessen eintreten.

J.M., Soldaten- und Reservistenkomitee Bremen

Feldjäger mußten ergebnislos abziehen

Wolfsburg. Auf der diesjährigen Mai-Demonstration, die erstmals durch den DGB organisiert wurde, nahmen auch Soldaten unter der Forderung "Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit" teil, darunter drei Kollegen in Uniform.

Inmitten der Abschlußrede drängte sich plötzlich ein Oberfeldwebel des Feldjägerdienstkommandos Braunschweig durch die Zuhörer, ging auf uns zu und forderte uns auf, mitzukommen. Wir weigerten uns und fragten, was er wolle, und im Nu waren wir von etwa hundert Menschen dicht umringt, die zuerst erstaunt, dann empört auf das Auftauchen der Feldjäger reagierten. Als der Oberfeldwebel erklärte, es sei verboten, in Uniform zu demonstrieren – was im übrigen nicht stimmt für eine gewerkschaftliche Demonstration – und unsere Personalien aufnehmen wollte, wuchs die Empörung nur noch. Die umstehenden Kollegen riefen ihm zu, er solle sich erst einmal ausweisen, und uns ermutigten sie, unsere Ausweise nicht zu zeigen, damit wir keinen Ärger bekommen, was wir dann auch nicht taten. Schließlich wurden die Rufe immer lauter, die ihn aufforderten, uns in Ruhe zu lassen und abzuhauen, so daß ihm nichts anderes blieb, als sich unter lautem Beifall zu trollen.

So hatte er dann genau das Gegenteil von dem erreicht, was er wollte. Er war es, der sich als einziger vor den Kollegen ausweisen mußte, und der Einsatz der Feldjäger hat vielen Menschen vor Augen geführt, wie sehr die Bundeswehrführung darauf erpicht ist, die Soldaten vom Volk zu trennen und ihnen jede gewerkschaftliche und politische Betätigung zu verbieten. Es zeigte sich aber auch, daß man nur dagegen ankämpfen kann, wenn man alle Möglichkeiten nutzt, die Forderungen der Soldaten an die Öffentlichkeit zu tragen, um eine breite Debatte über den Charakter der Armee zu erreichen.

Gefreiter L., Wolfsburg

In Wilhelmshaven versuchten die Feldjäger ebenfalls erfolglos die Soldaten festzunehmen. Den Bericht drucken wir in der nächsten KVZ ab.

Italien: "Heute Soldaten, morgen Partisanen"

Mit solchen Parolen haben sich am 25. April zahlreiche Soldaten der italienischen Armee in Uniform an den Demonstrationen zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus beteiligt. Ein größer werdender Teil der italienischen Soldaten versucht, die Sympathien mit den Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die italienische Bourgeoisie und gegen den italienischen Staat offen zu zeigen. So haben sich die Soldaten in den letzten Monaten zum Beispiel durch Schweigeminuten häufig an den Streiks der Arbeiter und Angestellten für wirtschaftliche Forderungen und gegen den Faschismus beteiligt. Während der italienische Verteidigungsminister erklärt, daß Protestaktionen der Soldaten Ausdruck der allgemeinen Wehrpflicht seien, richtete der sozialdemokratische Abgeordnete Magliano, der sich auf den Antifaschismus beruft und als Insasse des KZ Mauthausen zum italienischen Widerstand gehörte, eine Anfrage an den Ministerpräsidenten. Er will wissen, was geschehe, wenn die Streitkräfte zu einem "Infektionsherd von Umstürzlern, Taugenichtsen und Verrätern" würden (Neue Züricher Zeitung vom 30. April).

Bild links: Hamburger Soldaten demonstrieren auf der Mai-Demonstration des DGB für Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit.

←

Forts. v. S. 11

Eine andere Spielart bürgerlicher Ideologie

die Sozialdemokraten allen ökonomischen und politischen Tatsachen zum Trotz daran zu zweifeln begännen, daß die imperialistische Epoche und *die* imperialistischen *Kriege* naturnotwendig, unvermeidlich zur Wiederholung *dieser* Tatsachen führen *müssen.*

(. . .)

Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung wird alles. Der Imperialismus ist erbitterter Kampf der **Großmächte um Teilung und Neuteilung der Welt – er *muß* daher zur weitern Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen. Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun?? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, mit solcher schändlichen Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen:**

'Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut alles Militärische – das ist nötig für die Proletarier, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Räuberkriege geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines 'eigenen' Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch das Besiegen der Bourgeoisie und *deren* Entwaffnung ein Ende zu bereiten.'

Wenn man nicht eine solche Propaganda und eben eine solche im Zusammenhange mit dem jetzigen Kriege treiben will, dann höre man gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialen Revolution, von dem Kriege gegen den Krieg im Munde zu führen." *(Lenin, Das* Militärprogramm der proletarischen Revolution)

Die Stellung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) zur Militärfrage ist eindeutig. Sie ist festgelegt in seinem Programm und in den von der 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz beschlossenen Leitsätzen zum Militärwesen. Genauso wie wir entschieden alle "Vaterlandsverteidiger", d.h. alle Verteidiger des westdeutschen Imperialismus, bekämpfen, genauso entschieden bekämpfen wir alle bürgerlichen Pazifisten, die ihren ideologischen Plunder unter die Arbeiterklasse bringen wollen. Zu unserer Kritik an den Vaterlandsverteidigern schreibt der Kommunistische Bund (Nord) in der gleichen Nummer seiner Zeitung: *"Ausgezeichnet! So sehr waren wir mit J.S. schon lange nicht mehr einverstanden!!"* Das wird wohl eine Täuschung sein.

J.S.

Großbritannien
Lohnkämpfe

Gegen Rationalisierungen, Entlassungen und Sozialvertrag

Die Rationalisierungen der Kapitalisten schreiten fort. Um ihre Profite zu sichern und sich auf dem europäischen und internationalen Markt wettbewerbsfähig zu halten, will die britische Stahlindustrie mindestens 20 000 ihrer Arbeiter entlassen. Gegenwärtig arbeiten 220 000 in der Stahlindustrie. Die Stahlkapitalisten haben jedoch letztes Jahr nur einen "bescheidenen Profit von 60-Millionen Pfund", das sind etwa 250 Millionen DM, erzielt. Schon jetzt schwebt ihnen als Idealbild eine Verringerung der Stahlarbeiter auf allerhöchstens 60 000, um die Hälfte also, vor!

Vergleichbar mit VW in Westdeutschland soll auch British Leyland wieder zu größeren Profiten "saniert" werden. Dort sind in den letzten 18 Monaten 10 000 Arbeiter entlassen worden. Jetzt wurden die Direktoren ausgetauscht, der Staat kauft den Mehrheitsanteil der Aktien auf und die Arbeiter sollen in der nächsten Zeit von 170 000 um 25 000 verringert werden.

Das hält aber viele Arbeiter keineswegs davon ab, Lohnforderungen aufzustellen und zu erkämpfen.

Im Werk Cowley bei Oxford von British Leyland war in zwei Abteilungen Kurzarbeit eingeführt worden. Als dadurch auch andere Abteilungen nicht mehr "genügend Arbeit" hatten, versuchte die Betriebsleitung auch dort 150 Arbeiter auf Kurzarbeit zu setzen, worauf alle Kollegen rausgingen, Zwei Tage lang lag das ganze Werk still.

Bei Chrysler in Coventry streikten die Arbeiter der Lackiererei und legten die gesamte Produktion lahm. Sie protestierten gegen Umschichtungen von Arbeitsplätzen und die ständig höher geschraubten Produktionsziele.

Ein Ford-Werk in Swansea wurde von der Frühschicht besetzt und die Betriebsleitung ausgesperrt. Zwei Arbeiter hatten die Stückzahlen, die immer höher gesetzt worden waren, nicht geschafft und waren rausgeflogen.

Die Eisenbahner haben unter Berufung auf die neuesten Verteuerungen durch Healys Haushalt ein Angebot von erst 20 %, dann 21,2 % abgelehnt und sind bei ihrer Forderung geblieben, die zwischen 30 % und 35 % liegt. Die Lohnverhandlungen für die etwa 200 000 Eisenbahner gehen jetzt zu einer Schlichtungsstelle, doch haben sich die Gewerkschaftsvertreter bereits mehrheitlich für einen nationalen Streik ausgesprochen.

Gewerkschaftsvertreter der Seeleute haben ein Angebot der Schiffahrtsgesellschaften von 27 % abgelehnt und sich gegen deren Argumentation verwahrt, man müsse das Realeinkommen bei den Seeleuten in Betracht ziehen, die doch so lange Arbeitszeiten auf See – etwa 26 Überstunden pro Woche – hätten.

Die etwa 100 000 Werftarbeiter haben sich ein Lohnabkommen von über 30 % bereits erstreikt, ebenso wie die etwa 1,5 Millionen Maschinenbauarbeiter.

Auf der jährlichen Gewerkschaftstagung der Maschinenbaugewerkschaft wurden bereits neue, weitergehende Lohnverhandlungen gefordert. Außerdem wurden Anträge gestellt, die den Sozialvertrag als Einmischung in freie Lohnverhandlungen und als zusätzliche Lohnbeschränkung verurteilen und seine Abschaffung verlangen. Andere Anträge fordern die Kürzung der wöchentlichen Grundarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden ohne Lohnverlust und treten für längeren Urlaub ein.

–M., zur Zeit London–

Entschlossener Kampf der ZANU gegen Entspannungskomplott

Bei ihren Anstrengungen, in Zimbabwe mit Hilfe einer sogenannten Entspannungspolitik die vollständige Befreiung Zimbabwes zu verhindern und eine neokoloniale Lösung zu erreichen, konzentrieren die Kolonialisten und Imperialisten ihren Angriff auf die Ausschaltung der ZANU.

Diese führt als einzige Befreiungsorganisation Zimbabwes den bewaffneten Kampf mit zunehmendem Erfolg und breitester Unterstützung der Volksmassen. Ihr fester Standpunkt ist: keine Verhandlungen über Beteiligung an der derzeitigen Staatsmacht des Smith-Regimes, Verhandlungen ausschließlich über die sofortige und vollständige Übergabe der Macht an die afrikanische Mehrheit durch die weiße Minderheit nach dem Prinzip "Ein Mann, eine Stimme", kein Waffenstillstand, solange das Smith-Regime dazu nicht bereit ist. Die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes durch die ZANU und ihre breite Unterstützung durch die Massen in Zimbabwe hat bisher verhindert, daß die Imperialisten mit den sogenannten "kompromißbereiten Kräften" Muzorewa vom AND, Nkomo von der ZAPU und Kaunda, Präsident von Zambia, eine Übergangslösung aushandeln konnten, die einen schweren Rückschlag für den Befreiungskampf des Volks von Zimbabwe bedeutet hätte. Aber auch der letzte Schlag nach der Ermordung des Generalsekretärs der ZANU, Herbert Chitepo, die Festnahme der gesamten äußeren ZANU-Führung in Zambia durch die Armee, um sie zu einer Kompromißhaltung zu zwingen, konnte die ZANU nicht von ihrem Standpunkt abbringen. Nach der letzten Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) antwortete der Präsident der ZANU, N. Sithole, auf die Frage, ob er sich eine Übergangslösung von fünf Jahren vorstellen könne, mit der Feststellung, daß er die Mehrheitsregierung jetzt und auf der Grundlage von "Ein Mann, eine Stimme" will.

Der folgende Brief des Genossen Rex K. Chiwara, Vertreter der ZANU für Westeuropa, macht deutlich, wie wichtig es war, daß die ZANU in dieser schwierigen Lage auch materielle Unterstützung erhält, wozu wir mit den restlichen Spenden aus der Landrover-Sammlung in der Lage waren. Wir fordern dazu auf, den Kampf des Volkes von Zimbabwe und der ZANU auch weiterhin entschlossen zu unterstützen.

H.L.

Zimbabwe-Spendenkonto
Volksbank Mannheim
Konto Nr. 10 683 26

Der Brief von Rex Chiwara

Liebe Freunde und Genossen,

Vor der Freilassung unserer politischen Führer in Zimbabwe waren offene und öffentliche Versammlungen vom Smith-Regime nicht erlaubt. Es war nicht möglich, die Massen öffentlich zu mobilisieren. Die Freilassung der politische Führer brachte eine vorübergehende Änderung dieser strikten Sonderregelungen. Der Bevölkerung wurde erlaubt, öffentliche Versammlungen abzuhalten und wieder politische Organe im ganzen Land zu bilden.

Unsere Führer und andere Mitglieder reichten nicht aus, um die Aufgabe der Mobilisierung der Massen in einer so kurzen Zeitspanne vor dem
ANC-Kongreß durchzuführen. Da der
ANC-Kongreß durchzuführen. Da der Kongreß des erweiterten ANC am 8. März stattfinden sollte, hielten wir es für notwendig, einige unserer Mitglieder auf dem günstigsten Weg nach Zimbabwe zu senden, damit sie helfen, die Massen zu mobilisieren und zu organisieren. Wir baten deshalb den KBW, uns mit acht Rückflugkarten nach Zimbabwe zu helfen. Das Geld wurde überwiesen, und wir konnten sechs Leute nach Hause (Zimbabwe) senden. Sie trugen eine Menge bei zur Organisierung der Massen innerhalb von Zimbabwe. Dieses Geld diente einem guten Zweck, denn die Unterstützung für die ZANU in Zimbabwe wird heute von niemandem bestritten. Wenn der Kongreß jetzt stattfinden würde, würde sich die ZANU voll durchsetzen. Zwei weitere Fahrkarten wurden für einen anderen sehr wichtigen Zweck genutzt. Wir konnten zwei Genossen nach Lusaka zum militärischen Training senden.

Wie Ihr gehört haben werdet, führte die reaktionäre Regierung Zambias, festentschlossen, den Weg für "Entspannung" zu ebnen, eine Aktion gegen die ZANU durch nach dem Begräbnis unseres großen Kämpfers, des Genossen Chitepo, der durch eine Bombe in Lusaka im Auto getötet wurde:

a. Dabei wurde die gesamte äußere Führung der ZANU verhaftet und eingesperrt, auch ich, sowie einige Mitglieder der ZANLA (Befreiungsstreitkräfte der ZANU) und andere Anhänger.

b. Die Büros der ZANU wurden geschlossen.

c. Alle ZANU-Bankkonten in Lusaka wurden eingefroren.

d. Alle unsere Durchgangslager in Zambia wurden umstellt und alle Leute darin festgesetzt.

Diese Aktion versetzte uns plötzlich in sehr große Schwierigkeiten. Die Partei ist für die Finanzierung aller Parteiorgane und ihrer Arbeit verantwortlich; das sind 1. die militärischen Kräfte, 2. Rekruten, 3. Parteikader, 4. Familien der Parteikader und derjenigen, die zum Kampf an die Front gingen, 5. die Kriegsverletzten und Kranken und andere Teile der Massen müssen versorgt werden.

Die Partei verfährt dabei so, daß sie jeden Montag die Mittel an Nahrung und Geld ausgibt, die notwendig sind, um den Apparat der Organisation funktionsfähig zu erhalten. Wir haben Kräfte in Zimbabwe im militärischen Einsatz und anderswo.

Auch der Guerillakrieg kann ohne Geld nicht geführt werden. So hatten wir eine wirklich schwierige Aufgabe vor uns.
Als ich nach 24 Stunden vorüber-
Als ich nach 24 Stunden vorübergehend freigelassen wurde, sah ich, daß unsere Leute ziemlich aufgeschmissen waren ohne Nahrung und Geld. Da ich der einzige Führer war, der übrig geblieben war zu dieser Zeit, fragten mich die Leute, wie sie unter diesen Bedingungen weiterleben könnten. Ich sagte ihnen, daß ich was unternehmen werde, und wandte mich sofort an erreichbare Genossen. Wir bildeten ein Komitee von drei Leuten, die die dringendsten Probleme anpacken sollten. Einige Sympathisanten borgten uns Geld für die erste Nahrung und andere dringend benötigten Dinge.

Später kam ich nach Großbritannien und konnte rasch vom KBW 61 000 DM erhalten, den Rest von der Landrover-Sammlung, der nach dem Kauf der sieben Landrover übrig blieb.

Die Unterstützung der fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik für die ZANU wird von unserer Organisation sehr geschätzt, auch von allen friedliebenden Menschen in Zimbabwe. Unser Präsident, Rev. Ndabaningi Sithole, hat sich in einem Brief bei allen bedankt, die bisher zu unserer Unterstützung beigetragen haben und weiter dazu beitragen. Wir brauchen viel mehr Mittel, um die Versorgung unserer Leute sicherzustellen und unseren Kampf weiterzuführen. Ich hoffe, Ihr werdet weiter mit unserer Lage solidarisch sein und Eure Hilfe fortsetzen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der Genosse Präsident Sithole, wenn die Lage es erlaubt, Westdeutschland besuchen.

Im gemeinsamen Kampf,
Euer Rex J. K. Chiwara

Zimbabwe African National Union (ZANU)
Hauptvertreter in Großbritannien und Westeuropa
Mr. R. J. K. Chiwara
323 Old Street
London EC 1

Brief des Präsidenten der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU)



LET US FIGHT AND REBUILD.

Z. A. N. U.

Zimbabwe African National Union

Liebe Freunde und Genossen!

Ich habe mich mit dem Genossen Chiwara getroffen, der mir einen guten Eindruck vermittelte von der großzügigen Unterstützung, die Ihr immer unserer Organisation habt zukommen lassen.

Ich muß sagen, ich war tief bewegt über die große Beachtung, die Ihr den Ereignissen in Zimbabwe widmet, und über Euer praktisches Interesse für die Arbeit unserer Organisation, die die Spitze im Kampf um Gerechtigkeit und Regierung der Mehrheit in unserem Land bildete und weiterhin bildet.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, Euch herzlichst zu danken für die Unterstützung, die Ihr uns habt zukommen lassen während all dieser Jahre des Kampfes für unsere Rechte im Land unserer Geburt.

Wir sind fest davon überzeugt, daß – komme, was kommen mag – unser Land in nicht allzu ferner Zukunft frei und unabhängig sein wird.

Mit Kampfesgrüßen

Yours in the Struggle,

Signed :- Ndabaningi Sithole

Ndabaningi Sithole.

Sowjetunion kauft Erz

Die australische Zeitung "Australian" vom 31.3.75 berichtete, daß die sowjetischen Revisionisten große Mengen von Chrom-Erz von dem rassistischen Regime in Rhodesien (südliches Afrika) importieren, und zwar "den UNO-Resolutionen über den Wirtschaftsboykott (Rhodesiens) zum Hohn".



Auf den Mai-Demonstrationen in der ganzen Welt Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen die faschistische Junta. Das Bild zeigt Mitglieder der verbotenen chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT auf derMai- Demonstration in Hamburg.

1.Mai in Spanien

In unmittelbarer Nähe Francos explodierte eine Bombe

Madrid. Der 1. Mai in Spanien stand mehr denn je im Zeichen des Polizeiterrors. Die Polizei des faschistischen Franco-Regimes ermordete in Vigo an der nordspanischen Atlantikküste einen 48-jährigen Pförtner. Überall im Land ging sie mit Waffengewalt gegen die Demonstrationen der Arbeiter und übrigen Werktätigen vor. Mehrere Menschen wurden verletzt. Über 100 wurden verhaftet.

Trotz dieses Polizeiterrors konnte das Franco-Regime nicht verhindern, daß im ganzen Land der Widerstand seine Stärke zeigte. Die spektakulärste Aktion war ein Anschlag in unmittelbarer Nähe Francos. Eine Sprengladung in einem Auto explodierte genau um 21.30 Uhr vor dem Tor des Bernabeu-Stadions. In diesem Stadion fand zu dieser Zeit die Jubelfeier des Regimes statt. Und gerade um 21.30 Uhr war auf der Leuchttafel zur Huldigung für den Staatschef der Name Francos erschienen.

Die Tatsache, daß trotz der Polizeimaßnahmen in unmittelbarer Nähe Francos eine Sprengladung explodierte, ist der symbolische Ausdruck dafür, wie nah das Franco-Regime bereits seinem sicheren Sturz ist. Weitere Anschläge wurden im Baskenland durchgeführt. In San Sebastian wurden den Anlagen eines Fernsehsenders gesprengt, so daß das Fernsehen, das die Jubelfeier aus dem Bernabeu-Stadion übertrug, im weiten Umkreise ausfiel.

Am 2. Mai haben in Vigo gegen den Polizeiterror und die Ermordung des Pförtners am Vortage zahlreiche Belegschaften gestreikt, darunter die Werftarbeiter der Werft Vulcano.

USA: Die Verelendung schreitet fort

In den USA hat die Zahl der Arbeitslosen jetzt die 10 Millionen erreicht. Nach der offiziellen Statistik beträgt die Arbeitslosenquote knapp 9 %. Besonders betroffen sind nach wie vor die Zentren der Automobilproduktion, obwohl Chrysler in der letzten Woche einen Teil seiner entlassenen Belegschaft – nämlich 70 000 Arbeiter – wieder eingestellt hat. In Detroit, dem Automobilzentrum im Norden der USA, beträgt die Arbeitslosenrate 24 %! Das Massenelend breitet sich in dieser Stadt aus. Nach Schätzungen des Bürgermeisters Young sind 200 000 der 1,5 Millionen Einwohner unterernährt. Das ist rund ein Siebentel der Bewohner von Detroit! Viele der Unterernährten sind Kinder.

Offiziell erhalten 22 000 Mütter mit kleinen Kindern Hilfe aus staatlichen Mitteln. Die Stadt fordert aber von der Regierung in Washington, die Mittel zu erhöhen, damit wenigstens 35 000 Mütter unterstützt werden können. Tatsächlich aber sollen nach Schätzungen eines Stadtratsausschusses mindestens 150 000 Mütter mit Kindern unter 6 Jahren in akuter Not und unterernährt sein.

Insgesamt ist die Zahl derjenigen, die zum Empfang von Lebensmittelkarten berechtigt sind, auf 210 000 im ganzen Stadtgebiet gestiegen. Von den 240 000 Rentnern vegetieren in Detroit nach Aussagen der städtischen Beamten mindestens 50 000 dahin unter dem vom Staat festgesetzten Existenzminimum von 15 DM pro Tag. Der Bürgermeister Young erklärte im Februar vor einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats:

Die Alten sitzen den ganzen Tag vor einer Tasse Kaffee in einem Restaurant und hoffen, daß ein Gast seinen Teller nicht leer ißt.



Palästinensische Befreiungskämpfer in einem Ausbildungslager

Die faschistische Phalange stellt sich zur Schau.

Libanon: Neuer Angriff der reaktionären Kräfte gegen das palästinensische Volk

Übersetzung der Analyse der April - Ereignisse im Report der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (FDLP)

Am Sonntag, dem 13. April führte die reaktionäre Phalange-Partei (Kataeb) einen Anschlag auf einen Bus aus, der palästinensische Zivilisten beförderte. Diese befanden sich auf dem Rückweg von einer Feier zum ersten Jahrestag der Al-Kalsa-Operation, die innerhalb Israels gegen zionistische Ziele durch palästinensische Guerilla ausgeführt worden war. Bei dem Anschlag wurden 27 Männer, Frauen und Kinder im Bus ermordet.

Weitere Aktionen gegen die Palästinenser zu erwarten

Es ist nicht überraschend, daß alle Faktoren dieses Angriffs darauf hindeuten, daß es sich dabei um den Beginn einer neuen Kampagne gegen die p a lästinensische Widerstandsbewegung im Libanon handelt. Derartige rechte Kampagnen begannen schon mit dem Entstehen des 'Widerstandes' (so wird hier die PLO bezeichnet, die ein Zusammenschluß aller palästinensischen Widerstandsorganisationen ist, Red.) im Libanon, mit dem Beginn der Organisierung und Bewaffnung der Palästinenser-Lager im Kampf gegen den zionistischen Staat und für die Wiedergewinnung der geraubten nationalen Rechte.

Die Provokationen der Phalange-Partei gegen den Widerstand haben eine lange Geschichte. 1969 griff nur zwei Monate nach dem Abkommen von Kairo (das die Rechtmäßigkeit der Anwesenheit des palästinensischen 'Widerstands' im Libanon offiziell anerkannte) die Phalange palästinensische Kämpfer in Al-Kahala an und tötete viele von ihnen. Solche Provokationen, deren letzte der Überfall auf den Bus in Ain al-Rummaneh war, ereigneten sich ständig in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen. Bewaffnete Anschläge und Angriffe auf Palästinenser und ihre Lager im Libanon waren begleitet von großangelegten Propagandakampagnen gegen die Widerstandsbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte Libanons. Diese rechte Propaganda schloß die Forderung nach der Beendigung der offenen Anwesenheit des 'Widerstands' im Libanon ein.

Das bedeutet die Zerstörung aller erreichten politischen Erfolge und die wirksame Entwaffnung des 'Widerstands' zu fordern.

Die "Souveränität" des Libanons

Wir hören die Rechten nach der "Souveränität des Libanon" rufen, was für sie nicht die Stärkung der nationalen Verteidigung heißt, um den ständigen israelischen Angriffen auf den Süden des Libanon oder auf andere palästinensische und libanesische Ziele im Land zu begegnen. Vielmehr fordert der ständige Ruf nach "Souveränität" der Rechten die Entwaffnung der palästinensischen Bevölkerung, das Verbot der PLO (palästinensische Befreiungsorganisation) im Libanon und das Verbot für den 'Widerstand', vom Libanon aus zu operieren usw.

Diese rechtsgerichtete Interpretation von "Souveränität" entspringt der Ideologie und den Klasseninteressen der Phalangisten und anderer rechtsgerichteter Parteien. Sie hängt zusammen mit den Veränderungen, die im Libanon und anderen arabischen Staaten während der vergangenen Jahre stattgefunden haben.

Die faschistische Phalange-Partei

Die Phalange-Partei, 1936 gegründet, sah ihre Aufgabe ausschließlich in der Verteidigung und im Kampf für die Interessen der maronitischen Christen des Libanon gegen die wachsenden nationalistischen · arabischen Gefühle, die sich in den dreißiger und vierziger Jahren immer stärker artikulierten. Die Phalange-Bewegung war stark beeinflußt durch die Erfahrung ihres Führers (Pierre Gemayel) im Nazi-Deutschland, das er während der Olympischen Spiele von 1936 in Berlin kennenlernte. Dieser Einfluß schlägt sich nieder in der paramilitärischen Struktur der Organisation, ihrer engen, konfessionellen und sektenhaften Grundlage, ihrer antiarabischen Ideologie und in ihrem Leitspruch: "Gott, Vaterland, Familie".

Es ist allgemein bekannt, daß die Phalange trotz ihrer Forderung nach "Unabhängigkeit" während der französischen Kolonialzeit tatsächlich durch die Kolonialisten unterstützt und ermutigt wurde – vor allem in der Phase der Formierung als Partei. Auch bekannt ist, daß bestimmte rechte maronitische Führer Ende 1939 und während der vierziger Jahre mit zionistischen Führern in Kontakt standen. Diese maronitischen Führer unterstützten danach offen die Errichtung eines zionistischen Staates in Palästina und eines christlichen (maronitischen) Staates im Libanon.

Die Phalange-Partei wurde der Repräsentant der Interessen des Finanz-, Grundbesitz- und Handelskapitals im Libanon, das an westliche Interessen gebunden und ihnen untergeordnet ist. Die soziale Basis der Partei blieb kleinbürgerlich, bis zu 80 % der Mitglieder, der Rest rekrutiert sich aus der mittleren und Großbourgeoisie (mit Kompradorencharakter).

Die Interessen der letzteren haben sich mehr und mehr von denen des Kleinbürgertums unterschieden, das die Basis der Partei bildete. Das kommt von dem beständigen Verfall des Lebensstandards der Kleinbourgeoisie, der durch die verschiedenen wirtschaftlichen Krisen verursacht ist, die der Libanon durch seine tiefe Integration in den internationalen Kapitalmarkt erleiden mußte. Die sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Situation mit ihren ständig steigenden Lebenserhaltungskosten, verbunden mit der wachsenden Stärke der fortschrittlichen und linken Bewegung im Libanon hat natürlich ihre Wirkung darauf gehabt, daß die Unterstützung des kleinbürgerlichen Sektors der Gesellschaft für die rechten Parteien, besonders der Phalange, zurückgegangen ist.

Bündnis zwischen PLO und den fortschrittlichen Kräften des Libanon

Der 'Widerstand' fand einen natürlichen und bereitwilligen Verbündeten in den fortschrittlichen und zum linken Flügel zählenden Parteien und Bewegungen. Die Anwesenheit des palästinensischen 'Widerstands' hat einen unterstützenden Einfluß auf den demokratischen und fortschrittlichen Kampf im Libanon ausgeübt. Es ist kein Zufall, daß eine Anzahl linker Parteien (zum Beispiel die Kommunistische Partei des Libanon), die vor dem Entstehen des 'Widerstands' verboten waren, im Libanon inzwischen legal zugelassen sind und auch wirklich gewachsen sind.

Die Phalangisten haben den Zusammenhang zwischen dem Wachsen des 'Widerstands' und der linken fortschrittlichen Kräfte im Libanon gesehen und sie sind sich bewußt, daß je stärker die einen sind, desto stärker auch die anderen. Da eine volle und direkte Konfrontation der libanesischen Rechten gegen die linken und fortschrittlichen Kräfte einen Bürgerkrieg auslösen würde, war die Taktik die, zu versuchen, den 'Widerstand' zu schwächen und wenn möglich das zu tun, was das Haschemiten-Regime in Jordanien tat: die offene Anwesenheit des 'Widerstands' beenden. Dadurch hoffen sie, die gesamte demokratische und fortschrittliche Bewegung im Libanon zu schwächen.

Gleichzeitig versucht der rechte Flügel, die Ideologie der "Religiosität" am Leben zu erhalten im Versuch, die wachsende Unzufriedenheit der Kleinbourgeoise und das wachsende Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse und den unteren Schichten der Kleinbourgeoisie zu verwässern. Deshalb stellt der rechte Flügel den palästinensischen 'Widerstand' als "Moslem-Sekte" dar, die im Gegensatz zur christlichen Bevölkerung stehen würde.

Der Widerstand schlägt den Angriff zurück und bereitet den Angreifern schwere materielle und politische Verluste

Die Phalangisten scheiterten in ihrem letzten Versuch, den Kampf zwischen sich und dem 'Widerstand' in einen konfessionellen Sektenkrieg zu verwandeln. Ihr Scheitern ist bezeichnend und kann weitreichende Konsequenzen auf die politische Landschaft des Libanon haben. Der Sieg des 'Widerstands' bei den Ereignissen dieses Monats hat seine Ursachen in mehreren Faktoren:

Die Phalangisten verkalkulierten sich grundlegend in militärischer und politischer Hinsicht. Das Kräfteverhältnis war nicht zu ihren Gunsten und der Widerstand reagierte sehr rasch auf die Massaker an den Buspassagieren, indem er militärische Stützpunkte und wirtschaftliche Interessen der Phalange angriff. Der 'Widerstand' zeigte, daß er fähig ist, sofort aktiv zu werden und dem rechten Flügel schwere Verluste zuzufügen, wenn und im Augenblick wo er sich dazu entschließt. Politisch waren die Forderungen des 'Widerstands' klar: die Festnahme und Bestrafung der für das Massaker Verantwortlichen durch den libanesischen Staat. Die Phalangisten setzten zu unrecht darauf, daß der 'Widerstand' nicht auf ihren Angriff reagieren würde und setzten auch darauf, daß die libanesische Armee sich direkt in die Kämpfe einmischen würde.

Der Zeitpunkt und der abscheuliche Charakter des Anschlags auf den Bus machte jedoch das Eingreifen der Armee sehr unwahrscheinlich. Es hätte eine interne Krise für die Regierung bedeutet, und zwar von einem Ausmaß, das leicht in einen Bürgerkrieg hätte umschlagen können. Darüberhinaus hätte in einer derartigen Situation keines der rechtsgerichteten arabischen Regimes es wagen können, offen Maßnahmen gegen den 'Widerstand' zu unterstützen. Das hat seine Ursache in der augenblicklichen allgemeinen politischen Atmosphäre in diesem Raum, die sich aus dem Scheitern der Kissinger-Mission und der Verhärtung der Haltung der Israeli ergibt. Dazu kam, daß die von den Phalangisten erwartete Unterstützung durch andere rechtsgerichtete Parteien im Libanon (das ist von Chamoun von der Liberalen Partei und Edde vom Nationalen Block) nicht zum Tragen kam. Beide hielten sich vor direkter Einmischung zurück, weil sie zu diesem Zeitpunkt nicht in ihrem eigenen Interesse gewesen wäre – Chamoun, weil er als der vernünftigere und zuverlässigere Führer der libanesischen Rechten im Gegensatz zu einem impulsiven, abenteuerlichen Gemeyal erscheinen will, um dadurch seine Beziehungen mit Saudi-Arabien und dem Iran stabilisieren zu können; Edde, weil er seine Beziehungen zu der sunnitischen Bourgeoisie (moslemische Sekte) stärken will.

Die militante Solidarität der fortschrittlichen Kräfte des Libanon und des palästinensischen 'Widerstands' verhindert, daß die faschistische Rechte ihre Ziele erreicht

Zu diesen Faktoren für das Scheitern der Phalangisten kommt die Rolle dazu, die die fortschrittlichen und linksgerichteten Kräfte im Libanon spielten. Sie mobilisierten sofort zur Unterstützung des 'Widerstands' – sie forderten von der Regierung nicht nur die Bestrafung der für das Massaker Verantwortlichen, sondern auch das Verbot der Phalange-Partei, ihre Entwaffnung und den Rausschmiß der zur Phalange gehörenden Minister aus der Regierung. So wurden die Phalangisten durch die fortschrittlichen Kräfte wirksam in die Defensive gedrängt, die sich stark genug fühlten, die Maßnahmen gegen die Phalangisten zu fordern, die der rechte Flügel gegen die fortschrittlichen und linksgerichteten Kräfte im Libanon gefordert hatte.

In einigen Beiruter Tageszeitungen erfolgte auch die offene Anklage gegen die Phalange-Partei, sie stecke mit dem nationalen Feind, Israel, unter einer Decke.

Diese Berichte führten aus, daß vor den Massakern westliche Quellen davon berichtet hatten, daß Rabin auf die Frage im israelischen Parlament, weshalb die israelischen Streitkräfte auf die Tel Aviv-Operation nicht reagiert hätten, antwortete:

"Wir haben uns entschieden, keinen Gegenschlag auf die Tel Aviv-Operation durchzuführen, weil wir dabei sind, einen konfessionellen Krieg zu planen und zu erwarten, der im Libanon stattfinden und die gleiche Wirkung haben soll ..." (Zeitung Al Sha'ab, 12.4.75).

Ähnlich geartete Berichte erwähnten auch, daß die USA die Phalange ermutigt und stillschweigend unterstützt haben.

Kurz gesagt konnten die Phalangisten also keines ihrer Ziele erreichen:

– In den vergangenen Jahren haben sie sich angestrengt, den Widerstand daran zu hindern, die Palästinenser im Libanon zu organisieren und zu führen; sie wollten das Kairoer Abkommen zunichte machen und führten beständig eine gegen den 'Widerstand' gerichtete Agitation. Jetzt sind die Phalangisten aber gezwungen, sogar offiziell den 'Widerstand' anzuerkennen, indem sie mit ihm einen Waffenstillstand unterzeichnen müssen.

– Die Phalangisten müssen jetzt erleben, daß ihre Forderungen, die sie ständig gegen die fortschrittlichen und linksgerichteten Parteien vorbrachten, stattdessen zu Forderungen nach Maßnahmen gegen die Phalange-Partei wurden.

– Die Phalangisten scheiterten auch darin, den 'Widerstand' in einen langen, teuren Krieg an einer zweiten Front zu verwickeln, sodaß der 'Widerstand' aus den Auseinandersetzungen stärker hervorgeht und sein Recht auf Anwesenheit im Libanon gefestigt wurde. Darüberhinaus bewirkte die Tatsache, daß der 'Widerstand' sich nur bereit erklärte, die Kämpfe einzustellen, wenn er dazu von den fortschrittlichen Parteien und Kräften im Libanon aufgefordert würde, daß auch diese linksgerichteten Kräfte gegenüber den rechten gestärkt wurden. Die Phalangisten mußten sich einverstanden erklären, einige der für das Massaker Verantwortlichen auszuliefern (eine Forderung des 'Widerstands') und die Namen von sieben anderen Männern preiszugeben, was gegenüber allen ein klares Eingeständnis der Phalangisten ist, daß sie für die Ereignisse verantwortlich sind.

Für die fortschrittlichen Kräfte im Libanon kommt es jetzt darauf an, die Isolierung der extremen Rechten zu nutzen. Von der gestärkten Position der fortschrittlichen Kräfte aus muß die Schlacht gegen die libanesische Reaktion weitergetrieben werden und sie müssen sich auf die kommenden Schlachten vorbereiten, die in der Zukunft von den Phalangisten und anderen rechten Kräften zu erwarten sind.

Iran: 9 politische Gefangene ermordet

Der Vorstand der Confoederation Iranischer Studenten National-Union (CISNU) erklärt zu den Pressemeldungen, wonach 9 politische Gefangene im Iran kürzlich "auf der Flucht" erschossen worden seien:

"Tatsächlich wurden sie am 1. April in die zentrale Folterkammer des Ewin-Gefängnisses gebracht, von jeglichem Kontakt zu Familienangehörigen und anderen Personen abgeschnitten. Zum wiederholten Mal wurden sie grausamen Foltern unterworfen, um sie zu erpressen, eine Loyalitätserklärung für das Schah-Regime in Rundfunk und Fernsehen abzugeben. Sie haben den Foltern bis zum Schluß Widerstand geleistet und sind ihnen schließlich erlegen.

Unter diesen Umständen ist das Leben sämtlicher 40 000 politischen Gefangenen im Iran in Gefahr."

Südvietnam: Die national-demokratische Revolution schafft die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus

Politik der nationalen Versöhnung und Diktatur über die Agenten des Imperialismus

Mit dem Sieg im Widerstandskrieg gegen die US-Aggression und gegen die Saigoner Marionettenregierung hat das Volk von Südvietnam einen entscheidenden Schritt in der national-demokratischen Revolution getan, die Bestandteil der sozialistischen Weltrevolution des Proletariats ist und in Südvietnam die Voraussetzungen schafft für den Aufbau des Sozialismus. Die Ziele der national-demokratischen Revolution sind im Programm der Nationalen Front für die Befreiung von Südvietnam aus dem Jahre 1960 angegeben: "Verwirklichung der Unabhängigkeit, Demokratie, Verbesserung der Lebensbedingungen, Frieden und Neutralität in Südvietnam, friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes." Im Pariser Abkommen von 1973 wurden die USA gezwungen, diese Ziele vertraglich anzuerkennen: "Die Vereinigten Staaten und alle anderen Länder respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams" (Artikel 1).

Zwei weitere Jahre harten Kampfes waren nötig, bis das Ziel der Unabhängigkeit des Landes gegen den US-Imperialismus tatsächlich durchgesetzt und seine Marionetten vollständig besiegt werden konnten. In seiner Ausgabe zum 1. Mai 1975 konnte das Zentralorgan der Partei der Werktätigen Vietnams schreiben: **"Ab jetzt ist unser Land Vietnam vollständig unabhängig und frei. Unser Volk beherrscht vollständig sein Land und sein Leben. In der Geschichte unserer Nation und der vietnamesischen Revolution wird ein weiteres Kapitel geschrieben."**

Unabhängigkeit des Landes – ein Ziel der ganzen Nation

Unabhängigkeit des Landes und Selbstbestimmung der Nation, das sind Ziele, mit denen in einem unterdrückten Land im Prinzip alle Klassen der Nation übereinstimmen können. Für das Proletariat ist die Sache ohnehin klar: **"Nur wenn die Nation befreit ist, kann die Befreiung des Proletariats, des ganzen werktätigen Volkes herbeigeführt werden"** (Mao Tsetung, Werke III, S. 231). Auch die Bauern sind für nationale Befreiung, müssen sie doch in einem unterdrückten, halbkolonialen Land neben den Lasten der feudalen Ausbeutung auch noch die Lasten der Fremdherrschaft tragen. Selbst Teile der Bourgeoisie eines unterdrückten Landes stimmen mit diesem Ziel überein, da sie sich ohne Schutz des nationalen Marktes gegen die Konkurrenz der imperialistischen Bourgeoisie des Unterdrückerlandes nicht halten und ihre Geschäfte nicht entwickeln können.

Die Revolutionsregierung in Südvietnam konnte darum in der Stunde des Sieges nach einem langandauernden, barbarischen Krieg ins Zentrum stellen die **"Durchführung einer Politik der Einheit des ganzen Volkes, der nationalen Versöhnung und Eintracht"** (10-Punkte-Programm). Westliche Korrespondenten berichten aus dem befreiten Saigon: *"Auf der Straße herrscht eine Atmosphäre von seltsamer · überwältigender Freundlichkeit. ... Die totale Ausgangssperre der bisherigen Regierung mißachtend, standen Hunderttausende auf den Trottoirs, um die Eroberer zu begrüßen. ... Die jungen Männer in den weiten olivgrünen Uniformen ... saßen oder standen auf Panzern und Jeeps, offenbar keine Feindseligkeiten fürchtend. Sie lächelten, und manchmal schossen sie übermütig in die Luft. ... Menschen stürzten auf sie zu, um ihnen die Hände zu schütteln, und auch Bewohner Saigons, die einander nicht kannten, beglückwünschten sich gegenseitig"* (Süddeutsche Zeitung vom 2.5.1975). Von *"unbewaffneten Vietcongsoldaten"* ist die Rede (Süddeutsche Zeitung vom 3.5.1975), die *"überall mit den Bewohnern der Stadt in kleinen Gruppen diskutieren"* (Stuttgarter Zeitung vom 2.5.1975).

Die Verräter der Nation fliehen

Ausgenommen von der nationalen Eintracht sind nur die "unverbesserlichen Agenten des US-Imperialismus". Ausgenommen sind nur jene, die zu Verrätern an der Nation geworden sind und diese Einstellung fortsetzen. Der größte Teil von ihnen dürfte inzwischen in irgendwelchen Flüchtlingslagern der USA sich abgesetzt haben. Über diese Sorte Flüchtlinge berichten die Korrespondenten aus den USA: *"Mit einer gewissen Pikiertheit haben die Amerikaner vermerkt, daß die meisten bisher in den USA eingetroffenen Flüchtlinge einen sehr wohlhabenden Eindruck machten. Berichte von Flüchtlingen, die Schmuck und mit Dollars vollgestopfte Koffer mit sich herumschleppen, bilden den Kontrast zu der Reaktion jener, die fürchten, die Vietnamesen nähmen ihnen Arbeitsplätze weg"* (Stuttgarter Zeitung vom 2.5.1975). Die 'Frankfurter Allgemeine' berichtet von "reichen Kriegsgewinnlern, zu denen die Elite der Saigoner Beamten, Politiker und hohen Offiziere gehörte. Die meisten von ihnen haben Vietnam schon vor Tagen verlassen" (vom 2.5.1975). Und die 'Süddeutsche Zeitung' kennzeichnet die 'leidenden Flüchtlinge' so: *"Die Passagierlisten der Schiffe, die nun nach Guan und zu den Philippinen unterwegs sind, enthalten einen recht zufälligen Querschnitt der Saigoner Society: vom Drei-Sterne-General mit dem Köfferchen voller Goldbarren bis zur glücklichen Edelnutte, deren sich ein amerikanischer Freund erbarmt hat"* (vom 2.5.1975). Es ist der Auswurf der vietnamesischen Gesellschaft, eine schmarotzende Schicht, die sich am Leiden des Volkes gemästet hat und deren schöne Tage nun zu Ende sind. Auf Guan, in engen Zeltlagern unter brennender Sonne, bekommen sie jetzt eine Andeutung davon mit, was sie ihren Landsleuten angetan haben. Und das sind ihre Sorgen: *"Die evakuierten Mitglieder der Oberschicht beschweren sich in den Zeltlagern von Guan bereits darüber, daß es keine Klimaanlage gibt"* (Süddeutsche Zeitung vom 2.5.1975).

Die Arbeiterklasse hat die Führung in der national-demokratischen Revolution inne

Die von der Revolutionsregierung in Südvietnam proklamierten Ziele sind dem Inhalt nach alle noch bürgerlich-demokratisch. Das gilt von der Erkämpfung der nationalen Befreiung über die Garantie der demokratischen Freiheiten bis zur Enteignung aller Vermögenswerte der US-Imperialisten und ihrer Agenten und der Agrarrevolution. Durchgesetzt werden können aber alle diese Ziele, die für den weiteren Fortschritt Südvietnams unverzichtbar sind, nur unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die auch in der Befreiungsfront den Kern bildet. Die Bourgeoisie in Südvietnam ist zur Führung des Volkes im Kampf um nationale und bürgerlich-demokratische Ziele unfähig. Sie ist zu schwach und mit tausend Fäden auch dem Imperialismus verbunden.

Über die politischen Sprecher der vietnamesischen Bourgeoisie urteilt der westdeutsche Redakteur Weinstein: *"Die Gebildeten in Saigon fühlten und fühlen sich als eine Art westliche Mandarine. Sie waren eine Elite, die nur das Ziel hatte, wie Franzosen auszusehen, in Büros zu sitzen, geistreich zu diskutieren und zu intrigieren. Ohne prägende Kraft ... ohne Kontakt mit dem Volk"*, so charakterisiert er seine vietnamesischen Klassenbrüder (Frankfurter Allgemeine vom 16.4.1975).

Die Führung in der national-demokratischen Revolution in Südvietnam und im Widerstandskrieg zur Verteidigung des Vaterlandes lag darum von vorneherein bei den Kommunisten, den politischen Vertretern der Arbeiterklasse.

Ein Staat der neuen Demokratie wird geschaffen

Unter Führung der Arbeiterklasse wird auch der neue Staat stehen, der aus dem Befreiungskampf hervorgeht. Das bedeutet, daß er von vorneherein keine bürgerliche Demokratie wird, sondern, wie Mao Tsetung es genannt hat, ein Staat der **"neuen Demokratie", die „demokratische Republik der gemeinsamen Diktatur aller gegen den Imperialismus und den Feudalismus kämpfenden Menschen unter Führung des Proletariats"** (Werke II, S. 408).

Schon an den ersten Äußerungen und Maßnahmen der Revolutionsregierung ist dieser Charakter deutlich erkennbar. Der neue Staat ist eine **Diktatur** gegenüber dem Imperialismus und seinen Agenten: *"Die Revolutionsregierung ordnete die Auflösung aller bisherigen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen an (die allesamt das Marionettenregime aktiv gestützt und sich an der Unterdrückung des Volkes beteiligt haben – W.M.). Zeitungen und Zeitschriften in Privatbesitz wurden verboten"* ((Süddeutsche Zeitung vom 3.5.1975). Stattdessen wurde eine "Befreiungsgewerkschaft" gegründet und: *"Das Gewerkschaftshaus in Saigon wurde von 3 000 Mitgliedern eines 'Komitees für die Verteidigung der Arbeiterrechte' besetzt"* (Frankfurter Rundschau vom 3.5.1975). Und anstelle der Zeitungen in Händen der reichen Kriegsgewinnler wurde am 2. Mai in Saigon *"die erste Zeitung des Vietcong 'Gai Phong' – Befreiung – herausgegeben"* (Welt vom 2.3.1975).

Der neue Staat ist eine **Demokratie** für alle, die für nationale Unabhängigkeit gekämpft haben oder die sich diesem Kampf jetzt anschließen. Die Organe des neuen Staates respektieren die Rechte und den Besitz des Volkes: *"Die Soldaten wurden davor gewarnt, sich an 'keiner Nadel und keinem Faden des Volkes' zu vergreifen."* (Frankfurter Allgemeine vom 2.5.1975) Unverzüglich soll daran gegangen werden, Vertretungsorgane des Volkes zu schaffen und Wahlen durchzuführen.

Gemäß dem Pariser Vietnamabkommen *"fällt der provisorischen Regierung in Saigon ... den Informationen aus Hanoi zufolge die Aufgabe zu, allgemeine und freie Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung zu organisieren, die dann eine Verfassung ausarbeiten und die endgültige Regierung Südvietnams bestimmen werden."* (Süddeutsche Zeitung vom 3.5.1975) Gemäß dem Programm der Befreiungsfront sollen in diese Regierung einbezogen werden **"die repräsentativsten Personen aus den verschiedenen sozialen Schichten, Nationalitäten, religiösen Gemeinschaften, patriotischen und demokratischen Parteien ..."**. Getragen sein wird diese Regierung von gewählten Volkskomitees in allen Distrikten, wie sie heute schon in den befreiten Gebieten existieren und wie sie im Artikel 12 des Pariser Friedensvertrages, wo von der "Bildung von Räten auf niedriger Ebene' die Rede ist, ebenfalls schon vorgesehen waren.

Der neue Staat wird also "die gemeinsame Diktatur der revolutionären Klassen" sein, **"das Regierungssystem ... der demokratische Zentralismus"** (Mao Tsetung Werke II, S. 411).

Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft

Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Grundsätze ist der zukünftige Weg klar abgezeichnet: Verfügt wurde *"die Verstaatlichung der Banken, des Verkehrswesens, der Fabriken, landwirtschaftlichen Betriebe und Unternehmen in bisher amerikanischem Besitz sowie die Übernahme des Eigentums von Mitglieder des alten Regimes"* (Frankfurter Rundschau vom 3.5.1975). Das ist die Masse aller Produktionsmittel, die über das Niveau größerer Handwerksbetriebe hinausgehen. Die größeren Fabriken und Handelsbetriebe waren durchweg imperialistische Gründungen, während die nationale Bourgeoisie in Vietnam schwach geblieben ist. Für diese kleinen, eher handwerklichen Unternehmen und für die kleineren Geschäfte trifft vor allem zu die Bestimmung des Politischen Programms der Befreiungsfront von 1967: **"Schutz des Rechts der Bürger auf Eigentum an Produktionsmitteln ... im Einklang mit den Gesetzen des Staates"**.

Der neue Staat geht also nicht von vorneherein zur sozialistischen Produktionsweise über, wie es den Zielen der Arbeiterklasse entspricht. Er untersagt nicht die Entwicklung auch der kapitalistischen Produktion, weil die Wirtschaft in Südvietnam noch außerordentlich rückständig ist. Aber er reguliert sie von vorneherein und läßt kein Monopol aufkommen, wozu vor allem Banken und Verkehrswesen nationalisiert werden.

In der Landwirtschaft steht die Revolutionsregierung vor der Aufgabe, die Agrarrevolution gegen den Feudalismus durchzuführen und den Grundsatz zu verwirklichen: "Jedem Pflüger sein Acker." Angesichts der **Vertreibung von mehr als 50 % der** Bauern in die Flüchtlingslager der Städte müssen allerdings zuerst einmal die Bauern auf die von Bombenkratern verwüsteten Felder zurückgebracht werden. 'Le Monde' schreibt: *"Wenn in Saigon alles so geht wie in Da Nang, werden sie sich nicht lange bitten lassen. Für dieses Volk von Reisbauern wird das Wort Friede einen unmittelbaren Sinn bekommen: Rückkehr zu Grund und Boden"* (vom 30.4.1975).

National-demokratische Kulturrevolution

Sofort in Angriff genommen hat die Revolutionsregierung die Kulturrevolution gegen die stinkenden Hinterlassenschaften des US-Imperialismus. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, sich nicht *"wie Amerikaner"* zu benehmen und sich nicht an *"Unternehmungen im amerikanischen Stil wie Nachtlokalen, Bordellen und ähnlichen Einrichtungen zu beteiligen, die verboten wurden"* (Frankfurter Rundschau vom 3.5.1975). Zu *"einer einwöchigen Säuberungskampagne"* wurde aufgerufen, *"um den 'von der früheren Regierung hinterlassenen Schutt und Schmutz' zu beseitigen. In dem Appell wurden Zivilisten und Soldaten dazu angehalten, alte Flaggen, Photos und Poster früherer Regierungsmitglieder wegzuwerfen, die Straßen und Kanalisation von Müll und Abfall zu reinigen sowie Straßen, Häuser und Regierungsgebäude mit Vietcong-Fahnen und Parteiphotos zu schmücken"* (Süddeutsche Zeitung vom 3.5.1975).

Der 'Züricher Tagesanzeiger' spricht davon, daß der *"Augiasstall* (der 'Augiasstall' ist in der griechischen Sage ein derart dreckiges Gebäude, daß kein normaler Sterblicher es reinigen konnte, sondern es dazu des Göttersohnes Herkules bedurfte) *von Saigon ausgemistet"* würde. Das ist zugleich eine Voraussetzung dafür, das Lagerelend zu beseitigen und die Millionen von Flüchtlingen aus erzwungenem *"Parasitentum und Not in die Produktion zurückzuführen"*.

Zur Kulturrevolution gehört weiter, die Offiziere der Saigoner Armee umzuerziehen, so daß sie wieder lernen, von ihrer Hände Arbeit zu leben.

Der westdeutschen Bourgeoisie paßt das natürlich überhaupt nicht. Gegen diese ersten Schritte bei der Freisetzung der nationalen vietnamesischen Kultur unter dem Schlamm, den der Imperialismus hinterlassen hat, hält sie ihre Saigoner Bordell-Erinnerungen. Weinstein, der Korrespondent der 'Frankfurter Allgemeinen', versteigt sich zu der Bemerkung: *"In den Bars und Boite de nuits (Nachtlokalen) der Tu Do entstanden die ersten vietnamesischen Lieder, die von einer nationalen Renaissance sangen"* (vom 2.5.1975). 'Nationale Renaissance' aus dem Ami-Puff, dieser Erniedrigung hat das vietnamsische Volk ein Ende gesetzt.

Die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung des Vaterlandes werden geschaffen

Mit dem Sieg über den US-Imperialismus und seine Agenten ist jetzt der Weg offen zur Wiedervereinigung des vom Imperialismus geteilten Vietnam. Aber diese Wiedervereinigung kann nicht einfach durch Verwaltungsakte vollzogen werden. Neben dem erklärten Willen des Volkes ist dazu notwendig die Vollendung der national-demokratischen Revolution im Süden, um zur sozialistischen Revolution übergehen zu können wie sie im Norden Vietnams stattfindet. **"In allen kolonialen und halbkolonialen Ländern ... müssen die Revolutionen (in der Periode des Imperialismus) ... die Republik der Neuen Demokratie (als) Staatsform wählen. Diese Form gilt für eine gewisse Geschichtspriode und ist daher eine Übergangsform; sie kann aber nicht ersetzt werden und stellt eine notwendige Form dar"**, hat Mao Tsetung 1940 am Beispiel Chinas dargelegt (Band II, S. 408). Diese Revolution hat **"ihre bestimmten eigenen Aufgaben"** und benötigt ihren **"bestimmten eigenen Zeitraum"** (S. 420). Das gilt auch für Südvietnam. Die Zeitungen berichten, daß für die nächste Zeit *"Vietnam ... international durch zwei Regierungen vertreten werde. Wie aus Regierungskreisen in Hanoi verlautet, sollen in Nord- und Südvietnam zunächst zwei unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme nebeneinander bestehen und sich allmählich aufeinander zuentwickeln"* (Süddeutsche Zeitung vom 3.5.1975). Falsch ist an dieser Meldung allerdings, daß sich Sozialismus und Neue Demokratie "aufeinander" zubewegen werden. Es geht darum, den Süden an die sozialistische Revolution des Nordens heranzuführen.

Lösbar sind diese Aufgaben, weil im Süden wie im Norden dieselbe Klasse, die Arbeiterklasse, die Führung innehat und nicht verschiedene Ziele verfolgt, sondern nur unterschiedliche Aufgaben im Kampf um dasselbe Ziel.

Die Revolution in Südvietnam ist Teil der sozialistischen Weltrevolution des Proletariats

Die national-demokratische Revolution in Südvietnam, die **"dem gesellschaftlichen Charakter nach immer noch eine bürgerlich-demokratische (ist) und (deren) objektive Forderung ... der Wegbereitung für eine Entwicklung des Kapitalismus (gilt)"** (Mao Tsetung, Werke II, S. 401), diese national-demokratische Revolution ist ein Bestandteil der sozialistischen Weltrevolution des Proletariats. **"Unabhängig davon, welche Klassen, Parteien oder Einzelpersonen einer unterdrückten Nation an der Revolution teilnehmen – diese Revolution wird, wenn sie alle nur gegen den Imperialismus kämpfen, zu einem Bestandteil der proletarisch-sozialistischen Weltrevolution, und ihre Teilnehmer werden zu deren Bundesgenossen, ob sie nun dieses Umstandes bewußt sind oder nicht, ob sie ihn begreifen oder nicht"** (Mao Tsetung, Band II, S. 404).

Die Kommunisten in Vietnam, die Führer der Befreiungsbewegung, sind sich dieses Umstandes immer bewußt gewesen. Erstmals dargelegt worden ist der objektive Zusammenhang zwischen der sozialistischen Revolution des Proletariats und den nationalen Befreiungsbewegungen in den von Lenin ausgearbeiteten "Thesen zur nationalen und kolonialen Frage" der 3. Internationale. Ho Chi Minh, der Führer und Lehrmeister der vietnamesischen Revolution, berichtete 1960, daß die Kenntnis dieser Thesen ihn zum Leninismus geführt hat: **"Welche Emotionen, welcher Enthusiasmus und welches Vertrauen wurden in mir geweckt, und mit welcher Klarheit erkannte ich nun die Zusammenhänge! Vor lauter Begeisterung brach ich in Tränen aus, und obwohl ich ganz allein in meinem Zimmer saß, rief ich laut wie zu einer großen Menschenmenge: 'Märtyrer, Genossen! Das ist es, was wir brauchen, das ist der Weg zu unserer Befreiung!' "** Dieser Enthusiasmus hat heute die ganze vietnamesische Nation erfaßt und hat ihr über Jahrzehnte hinweg die Kraft zum Kampf gegeben.

Die vietnamesischen Kommunisten werden derzeit in der bürgerlichen Presse häufig als *"in erster Linie Nationalisten, wenn nicht gar Chauvinisten und erst in zweiter Linie als Kommunisten"* bezeichnet (Frankfurter Allgemeine vom 2.5.1975). Dahinter steht die Hoffnung, daß es mit dem Sozialismus für die Bourgeoisie so schlimm nicht werden wird und daß die Kommunisten in Vietnam mit der Weltrevolution nichts im Sinn haben. Beide Hoffnungen sind vergeblich.

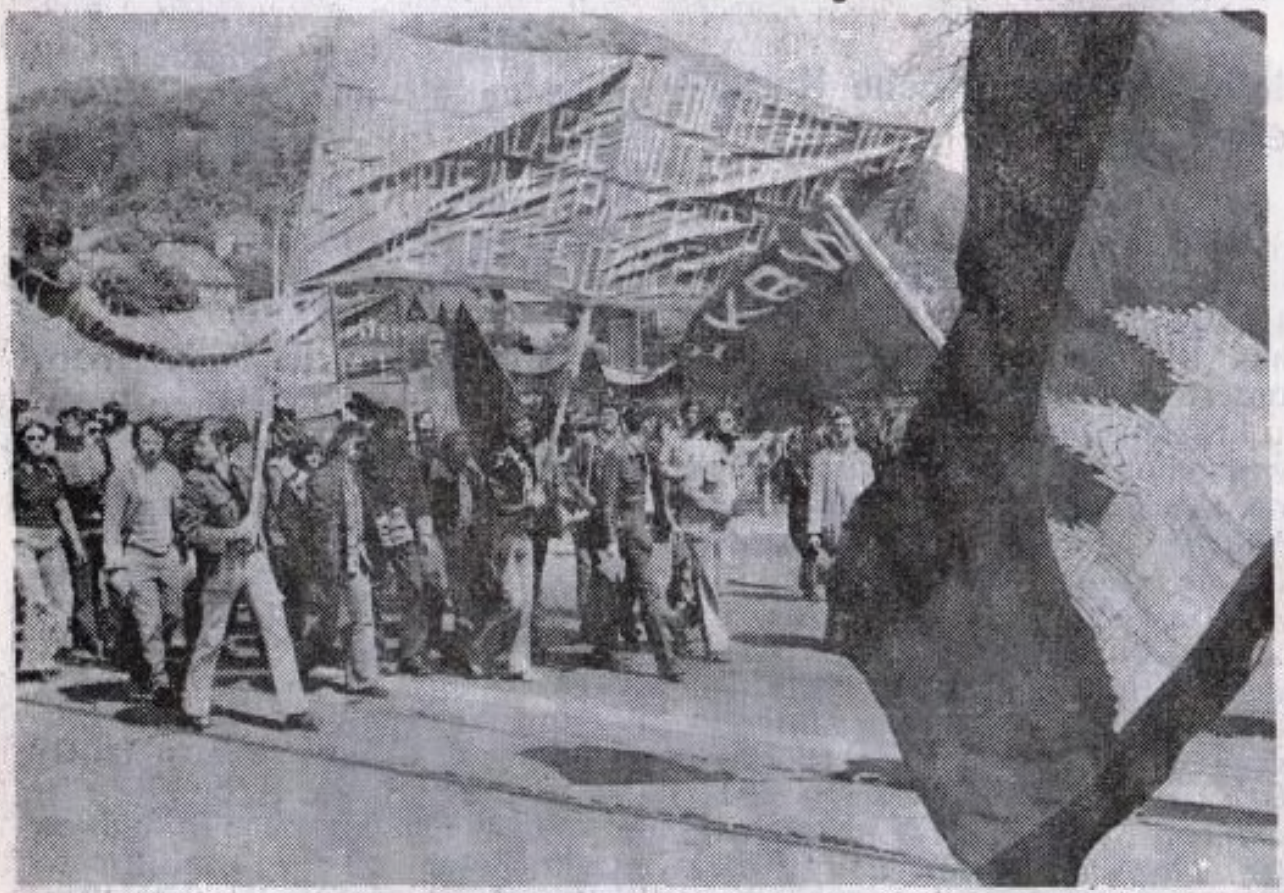
Ho Chi Minh hat die Befreiungskämpfer gelehrt, **"daß alle nationalen Befreiungsbewegungen, die gegen den Imperialismus gerichtet sind, unweigerlich zum allgemeinen revolutionären Kampf beitragen und daher nicht im Rahmen ihres lokalen politischen und gesellschaftlichen Charakters gesehen werden dürfen, sondern in ihrer Rolle, die sie in der Auseinandersetzung mit den imperialistischen Kräften in der Welt spielen"**. Und als Zweck der national-demokratischen Revolution hat er immer wieder herausgestellt: **"demokratische Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen"**. Auch dieses Testament Ho Chi Minhs wird von den vietnamesischen Revolutionären nicht vergessen werden.

–W.M.–

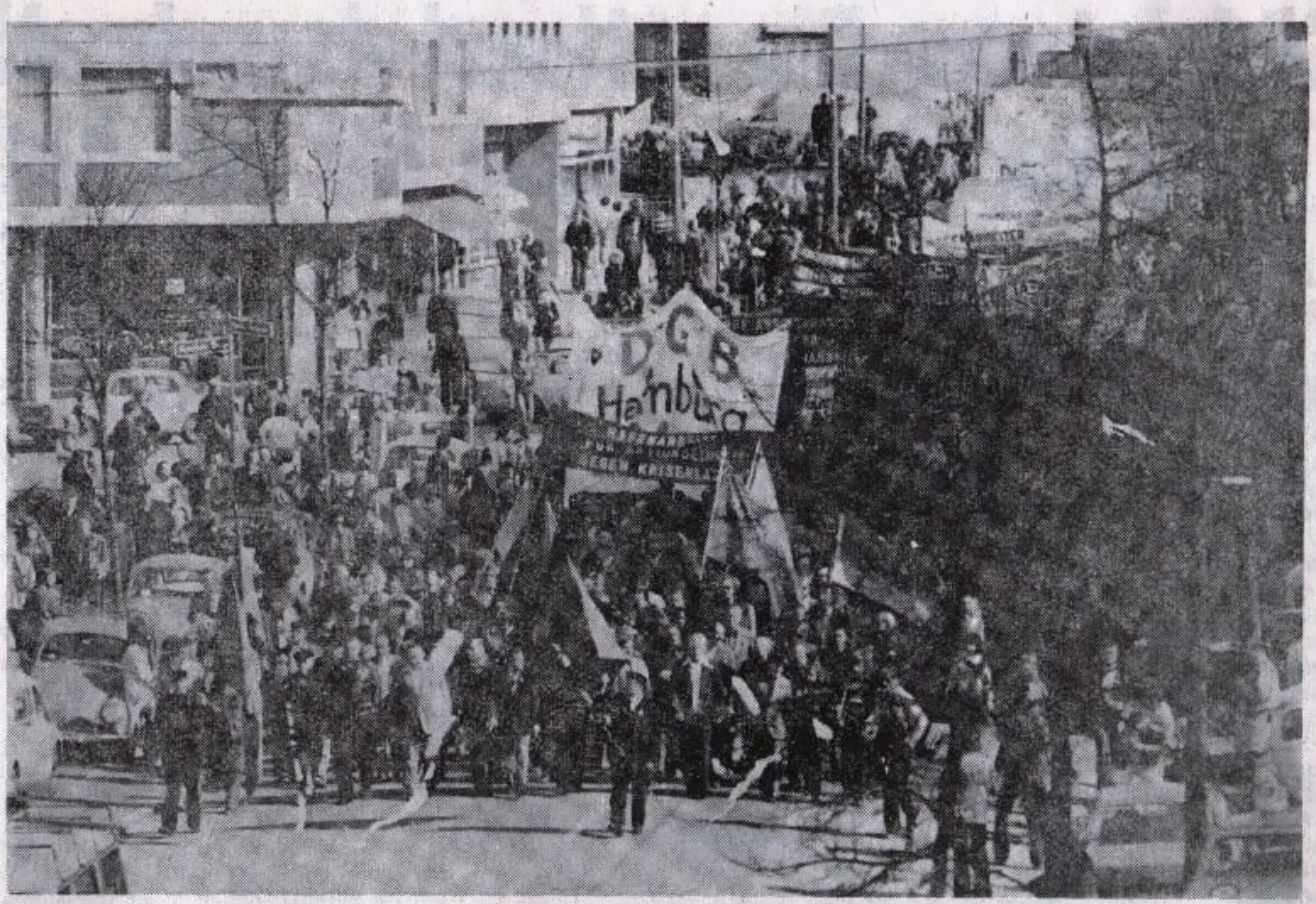
1. Mai 1975



Die Hauptlosung der internationalen Arbeiterklasse: "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!" versuchten DGB-Ordner in Braunschweig aus dem Demonstrationszug zu holen.



Wie hier auf der Demonstration des KBW in Heidelberg wurden überall mit Fahnen und Transparenten die Siege der Völker von Kambodscha und Vietnam gefeiert.



Eine der größten Mai-Demonstrationen fand in diesem Jahr in Hamburg statt. 30 000 Menschen demonstrierten – doppelt soviel wie im Jahr davor.

Polizeiangriff abgewehrt Kundgebung zu Ende geführt



Die Forderung nach kampfstarken und klassenbewußten Gewerkschaften wurde in allen Städten erhoben. – Das Bild zeigt die Bremer Demonstration.



Zahlreiche Transparente für die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter wurden getragen (hier: in Bremen). Viele ausländische Arbeiter marschierten in den Reihen der Demonstranten.



Forderungen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – das Bild zeigt die Demonstration in Braunschweig.



Auch mit Hund und Schlagstock konnte die Polizei in Delmenhorst nicht verhindern, daß die Mai-Kundgebung des KBW zu Ende geführt wurde.

Waren wir in den letzten Jahren aufgrund unserer Schwäche noch nach Bremen gefahren, um dort die Veranstaltungen und Kundgebungen zu unterstützen, so haben wir in diesem Jahr aktiv in Delmenhorst mobilisiert.

Ordnungsamt und DGB wollten jede Aktivität des KBW verhindern: Veranstaltungsverbote, Sammlungsverbot für die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams, Gerichtsbeschluß gegen das Aufstellen der Stellschilder waren im Monat April so massiv wie nie vorher. Der DGB erwirkte eine gerichtliche Verfügung gegen die Ankündigung der DGB-Veranstaltung auf unseren Stellschildern. Gegen alle Verbote und Einschränkungen haben wir unsere Propaganda entfaltet.

Die Forderungen, die besonders in der Krise für die Arbeiterklasse von Bedeutung sind, haben wir auf unseren Transparenten, in mehreren Artikeln der Ortsbeilage und im Mai-Aufruf propagiert. Der DGB hat von sich aus nichts gemacht, um die Kollegen zu mobilisieren.

Auf unserer Mai-Veranstaltung konnten wir mit mehreren Kollegen, die sonst noch viele Differenzen zum KBW haben, eine fruchtbare Auseinandersetzung über unsere Forderungen führen.

Am 1.Mai selber mobilisierten wir für die DGB-Veranstaltung, die im Saal stattfand, und für eine eigene anschließende Kundgebung.

Der DGB hatte eigens 6 Ordner nur für den KBW bereitgestellt. "Ihr seid sowieso die längste Zeit Gewerkschaftsmitglieder gewesen!", sagten sie. Dann notierten sie sich alle Namen von Kollegen, die Transparente hielten, wohl um Ausschlüsse einzuleiten. Sie verhinderten auch, daß wir unsere Transparente mit in den Saal nahmen.

Nach der DGB-Veranstaltung postierten wir uns vor dem Saal und riefen über Megaphon zu unserer eigenen Kundgebung auf. Viele Kollegen folgten dem Aufruf und hörten zu. Schon die ganze Zeit vorher schlichen Schutzpolizei, Kripo, Zivilpolizei und politische Polizei auf dem Platz herum.

Ich stand mit einem anderen Genossen auf einem PKW und hielt die Mai-Ansprache. Um das Auto wurde eine feste Kette gebildet, denn wir hatten schon lange vorher uns auf ein Eingreifen der Polizei vorbereitet. Dann kam ein erster Angriff. Kripo-Chef Zoschke, gleichzeitig FDP-Ratsherr und in mehreren Ausschüssen, kam mit zwei Polizisten auf uns zu und wollte das Megaphon entreißen, er tat so, als wenn er es mit dummen Jungs zu tun hätte, nach dem Motto: Nun gebt mal her das Ding. Mit Leichtigkeit wurden die drei Polizisten zurückgedrängt. Die Kundgebung konnte weitergeführt werden.

Dann kam Verstärkung. 7 Polizisten mit gezogenen Knüppeln kamen auf uns zu und begannen eine handfeste Prügelei. Ein älterer Kollege kam uns zu Hilfe und wurde von der Polizei brutal zu Boden geschleudert. Auch ein Polizeihund war dabei, erwies sich aber als untaugliche Waffe. Er biß nicht nur einen von uns ins Bein. Ein Genosse schreibt: Während ich den aggressiven Bullen im Arm hielt, wurde dieser von einem Polizeihund in den Hintern gebissen, wobei ich laut lachen mußte."

Die Massen pfiffen und buhten, sie waren über den Polizei-Einsatz äußerst empört. Zwei bis drei Kollegen, die wir nicht kannten, leisteten auf unserer Seite aktiv Widerstand. So konnte die Rede fast bis zu Ende geführt werden, bis die Polizei erst unser Megaphon entreißen konnte und damit flüchtete wie ein ertappter Dieb. Wie hielten die Kundgebung ohne Megaphon zu Ende und bekamen dafür sehr viel Beifall. Nach der Kundgebung bildeten sich große Menschentrauben. Hier vertraten wir unsere Ansichten und verteilten den Mai-Aufruf und verkauften Kommunistische Volkszeitungen. Wir konnten uns den Sozialdemokraten gegenüber sehr gut behaupten, die nur noch das eine Argument hatten: Eure Kundgebung war verboten. Zu unseren Forderungen konnten sie nichts sagen. Noch anderthalb Stunden diskutierten wir mit den Kollegen. Auch der Bundestagsabgeordnete Müller schnitt schlecht ab in der Debatte.

–A.F., Ortsaufbaugruppe Delmenhorst–